Plenarprotokoll 4/4

Sächsischer Landtag

4. Sitzung **4. Wahlperiode**

Beginn: 10:02 Uhr Dresden, 9. Dezember 2004, Plenarsaal Schluss: 19:36 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0 Eröffnung 159

Änderung der Tagesordnung 159
Uwe Leichsenring, NPD 159
Heinz Lehmann, CDU 159
Tino Günther, FDP 159

1 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach § 22 GO „Zu den linksextremistischen Krawallen in den Innenstädten von Dresden und Leipzig im Anschluss an eine von PDS-Landtagsabgeordneten angemeldete Demonstration in Pirna am 27.11.2004 Drucksache 4/0302, Antrag der Fraktion der NPD 160

Uwe Leichsenring, NPD 160
Dr. Fritz Hähle, CDU 161
Klaus Bartl, PDS 161
Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD 162
Dr. Jürgen Martens, FDP 162
Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE 163

Abstimmung und Ablehnung 163

2 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema „Stolz auf Sachsen – Mut zur Zukunft“ 164

Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident 164
Prof. Dr. Peter Porsch, PDS 171
Dr. Fritz Hähle, CDU 175
Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD 179
Holger Apfel, NPD 181
Holger Zastrow, FDP 184
Antje Hermenau, GRÜNE 186

3 Wahl eines Mitgliedes des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Sächsischen Landtages (gemäß § 3 des Gesetzes zur Ausübung der parlamentarischen Kontrolle hinsichtlich der Überwachung von Wohnungen unter Einsatz technischer Mittel und anderer polizeilicher Maßnahmen unter Einsatz besonderer Mittel im Freistaat Sachsen) Drucksache 4/0244, Wahlvorschlag der Fraktion der PDS 188

Uwe Leichsenring, NPD 188
Abstimmung und Ablehnung über die Zulässigkeit der Drucksache 4/0263 189
Uwe Leichsenring, NPD 189
Wahlvorschlag der Fraktion der NPD, Drucksache 4/0263 189
Abstimmung und Ablehnung 189
Dr. Johannes Müller, NPD 189
Heinz Lehmann, CDU 189

Andrea Roth, PDS 190
Geheime Wahl 190
Wahlergebnis 190

4 Wahl des Sächsischen Ausländerbeauftragten (gemäß § 2 des Gesetzes über den Sächsischen Ausländerbeauftragten) Drucksache 4/0271, Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der SPD Drucksache 4/0245, Wahlvorschlag der Fraktion der PDS Drucksache 4/0305, Wahlvorschlag der Fraktion der NPD Drucksache 4/0308, Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 191

Andrea Roth, PDS 191
Geheime Wahl 191
Wahlergebnis 191
Friederike de Haas, CDU 191

5 Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern und Stellvertretern des Landesjugendhilfeausschusses (gemäß § 12 Abs. 2 des Landesjugendhilfegesetzes)
Drucksache 4/0276, Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 4/0277, Wahlvorschlag der Fraktion der PDS
Drucksache 4/0278, Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 4/0279, Wahlvorschlag der Fraktion der NPD **192**

Andrea Roth, PDS 192
Geheime Wahl (Ergebnis siehe Seite 204) 192

6 Wahl eines Vertreters des Sächsischen Landtages in den Stiftungsrat der „Stiftung Sächsische Behindertenselbsthilfe – Otto Perl" (gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes zur Errichtung einer „Stiftung Sächsische Behindertenselbsthilfe – Otto Perl")
Drucksache 4/0280, Wahlvorschlag der Fraktion der CDU **192**

Abstimmung und Zustimmung 192
Karin Strempel, CDU 192

7 1. Lesung des Entwurfs Gesetz zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Sächsischen Gesetzes zur Durchführung des Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland
Drucksache 4/0262, Gesetzentwurf der Staatsregierung **193**

Hermann Winkler, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei 193

Überweisung an die Ausschüsse 194

8 1. Lesung des Entwurfs Elftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
Drucksache 4/0268, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP **194**

Holger Zastrow, FDP 194

Überweisung an die Ausschüsse 196

9 2. und 3. Lesung des Entwurfs Gesetz zur Änderung des Sächsischen Steuerberaterversorgungsgesetzes
Drucksache 4/0126, Gesetzentwurf der Staatsregierung
Drucksache 4/0255, Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **196**

Abstimmungen und Annahme des Gesetzes 196

10 2. und 3. Lesung des Entwurfs Sächsisches Ausführungsgesetz zum Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz und zu weiteren Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten (SächsAGTierNebG)
Drucksache 4/0125, Gesetzentwurf der Staatsregierung
Drucksache 4/0270, Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend **196**

Abstimmungen und Annahme des Gesetzes 197

Uwe Leichsenring, NPD 197

11 2. und 3. Lesung des Entwurfs Gesetz zur Sicherung des Rechtsanspruches von Kindern auf eine ganztägige Förderung in Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen
Drucksache 4/0064, Gesetzentwurf der Fraktion der PDS
Drucksache 4/0269, Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend **198**

Falk Neubert, PDS 198
Kerstin Nicolaus, CDU 199
Dr. Gisela Schwarz, SPD 200
Falk Neubert, PDS 200
Jürgen Schön, NPD 201
Kristin Schütz, FDP 202
Elke Herrmann, GRÜNE 202
Falk Neubert, PDS 203
Kerstin Nicolaus, CDU 203

Abstimmungen und Ablehnungen 204

Fortsetzung Tagesordnungspunkt 5 **204**

Wahlergebnis 204

12 – Föderalismusreform-Kommission
Drucksache 4/0252, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
– Für einen dem Sozialstaatsgebot und der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Bundesgebietes verpflichteten Föderalismus
Drucksache 4/0265, Dringlicher Antrag der Fraktion der PDS **205**

Marko Schiemann, CDU 205
Dr. Gisela Schwarz, SPD 207
Dr. Michael Friedrich, PDS 207
Holger Apfel, NPD 208
Dr. Jürgen Martens, FDP 209
Prof. Dr. Peter Porsch, PDS 210
Antje Hermenau, GRÜNE 211
Dr. Thomas de Maizière, Staatsminister des Innern 213
Johannes Lichdi, GRÜNE 215

Marko Schiemann, CDU 217
Dr. Michael Friedrich, PDS 217

Änderungsantrag der Fraktion der NPD, Drucksache 4/0314 217
Uwe Leichsenring, NPD 218
Abstimmung und Ablehnung 218

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksache 4/0326 218
Dr. Gisela Schwarz, SPD 218
Abstimmung und Zustimmung 218

Dr. Michael Friedrich, PDS 218
Abstimmung und Ablehnung Drucksache 4/0265 218

13 Entlastung der Gemeinden an der B 170 von Schwerlastverkehr im Transit Deutschland/Tschechien Drucksache 4/0062, Antrag der Fraktion der PDS 218

Katja Kipping, PDS 218
Georg Hamburger, CDU 219
Dr. Simone Raatz, SPD 221
Alexander Delle, NPD 222
Sven Morlok, FDP 222
Johannes Lichdi, GRÜNE 223
Prof. Dr. Peter Porsch, PDS 224
Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit 225
Johannes Lichdi, GRÜNE 225
Katja Kipping, PDS 225
Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit 226
Katja Kipping, PDS 226
Sven Morlok, FDP 227

Abstimmungen und Änderungsantrag 227

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksache 4/0325 227
Georg Hamburger, CDU 227
Katja Kipping, PDS 227
Abstimmung und Zustimmung 227

14 Nachträgliche Genehmigungen gemäß Artikel 96 Satz 3 der Verfassung des Freistaates Sachsen zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen Drucksache 4/0254, Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses 228

Abstimmung und Zustimmung 228

15 Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse – Sammeldrucksache – Drucksache 4/0273 228

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE 228

Abstimmung und Zustimmung Drucksache 4/0055 228
Abstimmung und Zustimmung Drucksache 4/0058 228

16 Beschlussempfehlungen und Berichte zu Petitionen – Sammeldrucksache – Drucksache 4/0272 228

Zustimmung 228

Nächste Landtagssitzung 229

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:02 Uhr)

Präsident Erich Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages.

Folgende Abgeordnete, von denen Entschuldigungen zu unserer heutigen Sitzung vorliegen, sind beurlaubt: Frau Kagelmann.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Das Präsidium hat für die Tagesordnungspunkte 11 bis 13 folgende Redezeiten festgelegt: CDU-Fraktion 53 Minuten, PDS-Fraktion 41 Minuten, SPD-Fraktion 26 Minuten, desgleichen die NPD-Fraktion, FDP-Fraktion 20 Minuten, desgleichen die GRÜNEN; Staatsregierung 41 Minuten. Die Redezeiten können wie immer von den Fraktionen auf die einzelnen Tagesordnungspunkte entsprechend ihren Wünschen und Gegebenheiten verteilt werden.

Meine Damen und Herren! Entsprechend Artikel 54 der Verfassung des Freistaates Sachsen in Verbindung mit § 2 Abs. 1 des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Sächsischen Landtages liegt ein Antrag der Abgeordneten der NPD-Fraktion, Drucksache 4/0302, vor. Gemäß Artikel 54 Abs. 2 Buchstabe c der Geschäftsordnung ist der Antrag dringlich und wird nach § 54 Abs. 1 der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt; das ist heute.

Gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 Untersuchungsausschussgesetz wird der Antrag vor anderen Beratungsgegenständen auf die Tagesordnung der Sitzung gesetzt, so dass wir diesen Antrag als Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Sitzung zu behandeln haben.

Folgende Redezeiten sind dafür vorgesehen: CDU-Fraktion 16 Minuten, PDS-Fraktion 12 Minuten, SPD-Fraktion 7 Minuten, NPD-Fraktion 7 Minuten, FDP-Fraktion 7 Minuten, GRÜNE 5 Minuten, Staatsregierung 12 Minuten.

Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass Tagesordnungspunkt 18, Kleine Anfragen, zu streichen ist, da keine Kleinen Anfragen vorliegen.

Meine Damen und Herren! Mir liegt weiterhin ein als dringlich bezeichneter Antrag der Fraktion der NPD in der Drucksache 4/0274, Linksextremistische Krawalle in den Innenstädten von Dresden und Leipzig im Anschluss an eine von PDS-Abgeordneten angemeldete Demonstration in Pirna am 27.11.2004, vor.

Der Landtag hat die Möglichkeit, gemäß § 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung die Dringlichkeit festzustellen. Dann müsste der Antrag noch in der heutigen Sitzung abschließend behandelt werden.

Voraussetzung für eine Dringlichkeitserklärung ist, dass im üblichen Verfahren eine rechtzeitige Entscheidung im Landtag über den Antrag nicht mehr erreichbar ist.

Ich bitte die NPD-Fraktion, die Dringlichkeit des Antrags zu begründen.

Bitte.

Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 27.11. kam es sowohl in Pirna als auch in Dresden und Leipzig zu den wahrscheinlich schwersten politischen Krawallen der letzten Jahre.

(Lachen bei der PDS –
Dr. Cornelia Ernst, PDS: So ein Blödsinn!)

– Etwa nicht? Wenn das keine Krawalle waren, meine Damen und Herren von der PDS, dann weiß ich nicht, was noch passieren soll. Muss es erst Tote geben?

„Der Bahnhof in Pirna wurde zerstört. Schwangere wurden zusammengeschlagen. Die Dresdner Innenstadt wurde in Schutt und Asche gelegt."

(Lachen bei der PDS)

– Das ist ein Zitat aus der Tagespresse!

Dasselbe in Leipzig.

Wir haben daraufhin diesen Dringlichen Antrag im Landtagspräsidium vorgelegt. Dort ist die Dringlichkeit mehrheitlich abgelehnt worden.

Einen Tag später, am Freitag, kam es zu Bedrohungen an Leib und Leben von Mitgliedern und Mitarbeitern meiner Fraktion durch den antifaschistischen Pöbel in der Dresdner Neustadt. Deswegen bin ich sehr wohl der Meinung: Wenn es jetzt schon so weit geht, dass Leib und Leben unserer Abgeordneten in diesem Hohen Hause bedroht werden, dann ist dieser Antrag sehr wohl dringlich.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Lehmann, bitte.

Heinz Lehmann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das alleinige Kriterium für die Begründung der Dringlichkeit eines Antrags in diesem Hohen Hause ist § 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Das ist formal mit dem Antrag der NPD nicht gegeben; denn es steht kein Termin zu beachten, der eine Behandlung des Antrags in der Januar-Plenarsitzung nicht möglich machen würde. Deswegen lehnen wir diesen Antrag aus formalen Gründen ab.

Präsident Erich Iltgen: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bringe ich die Dringlichkeit des Antrags der NPD-Fraktion, Drucksache 4/0274, zur Abstimmung. Wer der Dringlichkeit des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmen dafür ist die Dringlichkeit dieses Antrags mehrheitlich abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Anträge zu der Ihnen vorliegenden Tagesordnung? – Bitte schön.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir ziehen den Antrag zur Aktuellen Debatte zurück. Grund ist die Verhandlungsrunde am 3.12. mit dem Ergebnis – ich zitiere die „DNN" –: „Schlappe für Metz – Kürzungen bei den

Kommunen geplatzt“. Zumindest das Zweite hatten wir so erhofft. – Danke schön.

Präsident Erich Iltgen: Danke. – Ich bitte in der Ihnen vorliegenden Tagesordnung eine entsprechende Korrektur vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Anträge zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann gilt die vorliegende Tagesordnung als beschlossen.

Wir kommen damit zur Abarbeitung der Tagesordnung. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach § 22 GO „Zu den linksextremistischen Krawallen in den Innenstädten von Dresden und Leipzig im Anschluss an eine von PDS-Landtagsabgeordneten angemeldete Demonstration in Pirna am 27.11.2004“

Drucksache 4/0302, Antrag der Fraktion der NPD

Mir liegt entsprechend Artikel 54 der Verfassung des Freistaates Sachsen in Verbindung mit § 2 Abs. 1 des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Sächsischen Landtages ein Antrag der Abgeordneten der Fraktion der NPD in der Drucksache 4/0302 vor.

Ich gehe davon aus, dass die Antragsteller ihr Begehren begründen wollen. – Das Wort wird gewünscht.

Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie ich bereits in meinen kurzen Einführungsworten sagte, hat Sachsen am letzten Novemberwochenende dieses Jahres die schlimmste Eskalation politischer Gewalt seit langer Zeit erlebt. Das wäre an sich schon schlimm genug; wirklich gefährlich wird es aber durch den Umstand, dass die linksextremistische Gewaltorgie zum einen im öffentlich-politischen Bewusstsein in den Medien kaum wahrgenommen wurde und zum Zweiten dadurch, dass der Gewaltexzess durch mindestens zwei Landtagsabgeordnete der PDS angemeldet wurde, ohne dass diese bisher mit Konsequenzen oder auch nur mit Tadel rechnen mussten.
Vor der Bewertung der Ereignisse eine Zusammenfassung der Vorgänge am 27.11.:

Eine Demonstration unter dem Motto „Schöner leben – ohne Nazis leben!“ fand statt. Es kam, wie gesagt, zu Ausschreitungen in Pirna, Leipzig und Dresden. In der Dresdner Innenstadt wurden am frühen Abend des 27.11. gegen 17:30 Uhr nach Presseberichten bei mindestens sieben Geschäften an der Prager Straße Schaufensterscheiben eingeschlagen und die betroffenen Geschäfte teilweise geplündert. Ebenso wurden die Baustellen an der Prager Straße Gegenstand des linksextremen Vandalismus. Am gleichen Ort wurden nach Presseberichten mindestens vier Baumaschinen völlig demoliert. Anschließend zog eine Horde linksextremer Gewalttäter in die Altmarkt-Galerie, um auch dort Fensterscheiben einzuschlagen.

Die Überschriften der Dresdner Zeitungen am Montag darauf klangen so, als sei die Stadt Opfer einer Naturkatastrophe oder einer Kriegshandlung geworden. „Bild Dresden“ titelte: „Steinewerfer verwüsteten Dresdner City“. Die „Dresdner Morgenpost“ machte mit der Überschrift „300 Chaoten plünderten Prager Straße“ auf. Die „Morgenpost“ schilderte in ihrer Montagsausgabe vom 29.11. Vorgänge, wie man sie in der sächsischen Landeshauptstadt bisher nicht für möglich gehalten hatte. Ich zitiere: „Glühwein, Striezel und Randale – nach der Demo ‚Schöner leben – ohne Nazis leben‘ in Pirna fielen 300 linke Krawallos in Dresden ein. Die Chaoten wüteten im Zentrum. Sie raubten, schockten Striezelmarktbesucher, zerschlugen Fensterscheiben, plünderten die Auslagen und legten Brände.“

Auch in der Leipziger Innenstadt spielten sich am selben Abend ähnliche Szenen ab. Hier zogen zwischen 20:15 Uhr und 21:15 Uhr nach Presseberichten etwa 170 gewaltbereite Linksextremisten vom Hauptbahnhof über den Weihnachtsmarkt zum Rossplatz und hinterließen eine Spur der Verwüstung.

Vor dem Leipziger Hauptbahnhof schlugen die Randalierer wahllos unbeteiligte Bürger nieder, demolierten nach Presseberichten mindestens vier Taxis; mindestens vier Personen, die auf eine Straßenbahn gewartet hatten, wurden grundlos zusammengeschlagen und mussten verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Auch zwei Polizeibeamte wurden im Zuge dieser Randale verletzt.

Die geschilderten Vorkommnisse sind der mit Abstand schwerste Fall exzessiver politischer Gewalt im Freistaat seit mehreren Jahren. Die linksextreme Gewaltorgie ist auch unter der Perspektive singulär, dass die vorangegangene Demonstration von zwei Landtagsabgeordneten der PDS-Fraktion, nämlich Frau Kerstin Köditz und Frau Freya Klinger, angemeldet wurde.

Jeder Nationaldemokrat, der eine derartige Gewaltorgie als Anmelder zu verantworten hätte, würde sofort hochkant aus meiner Partei fliegen,

(Vereinzelt Heiterkeit bei der PDS)

und zwar nicht aus Kalkül – ja, da können Sie ruhig lachen –, sondern weil wir Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von politischen Zielen ablehnen. Das können Sie schriftlich von mir haben. Da brauchen Sie gar nicht zu lachen. Über Demokratie brauchen Sie uns nicht zu belehren. Lernen Sie erst einmal, eine ordentliche Landesliste aufzustellen.

(Beifall bei der NPD)

In der PDS wird leider politische Gewalt knapp unterhalb der Schwelle zum politischen Terrorismus nur verniedlicht und nicht wirksam sanktioniert. In der „Bild“ Dresden wurde die Anmelderin Kerstin Köditz nach den Ursachen der Gewalt befragt und gab allen Ernstes zur Antwort: „Antifaschisten wurden im Zug von Beamten als ‚Zecken‘ bezeichnet. Das kann der Auslöser gewesen sein.“

(Vereinzelt Heiterkeit bei der NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Wenn jeder Nationaldemokrat auf die beschriebene Art und Weise reagieren würde, wenn er wieder einmal ungerechtfertigt als Nazi bezeichnet wird, dann wäre in Sachsen kein Stein mehr auf dem anderen. Aber wir wissen uns zu benehmen.

Wenn der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Homann wegen reiner Meinungsäußerungen, die zudem historisch verifizierbar sind, seine Partei und Fraktion verlassen musste, dann ist es nun für die PDS-Fraktion überfällig, Kerstin Köditz und Freya Klinger als Anmelderinnen einer Demonstration, die in bürgerkriegsähnlichen Szenarien endete, aus der Fraktion auszuschließen. Politischer Gewalt gegenüber darf es keine Toleranz geben.

(Beifall bei der NPD)

Mein Appell richtet sich aber auch an die Parteien der Mitte, denn genauso erschreckend wie die Gewalt selbst ist der Umstand, dass diese heute im Plenum gar nicht thematisiert worden wäre, wenn am 19. September nicht eine NPD-Fraktion in den Sächsischen Landtag eingezogen wäre. Dann wäre hier „Still ruht der See“ gewesen und kein Mensch hätte darüber berichtet.

Meine Damen und Herren von CDU-, SPD- und FPD-Fraktion sowie den GRÜNEN! Deshalb frage ich Sie: Finden Sie es normal, dass in Leipzig am Abend des 27. November vier unbeteiligte, auf eine Straßenbahn wartende Personen von linksextremistischen Gewalttätern krankenhausreif geprügelt werden? Finden Sie es normal, dass am Abend des 27.11. die Innenstädte der beiden größten sächsischen Metropolen für eine Stunde zu rechtsfreien Räumen geworden sind, in denen die Polizei mit der Erfüllung ihrer Aufgaben überfordert war? Finden Sie es normal, reale politische Gewalt immer nur zu beschweigen, wenn sie von vermeintlich guten Linken gegen vermeintlich böse Rechte verübt wird? Finden Sie es normal, dass zwei Landtagsabgeordnete als Anmelderinnen der Gewaltorgie direkt für die Vorkommnisse am 27.11. verantwortlich sind? Wollen Sie warten, bis noch Schlimmeres passiert, bis es wirklich einmal Tote gibt?

Das Problem, das sich angesichts der jüngsten Übergriffe in Sachsen stellt, ist also nicht nur die zunehmende Militanz der linksextremen Antifa, sondern die Wahrnehmung derselben in der Öffentlichkeit. Bedroht sind die innere Sicherheit und das Gewaltmonopol des Staates gerade dann, wenn die eigentliche Feindschaft der Linksextremen gegen Demokratie und Rechtsstaat nicht erkannt wird, weil sie vermeintlich mit moralischem Anspruch und zu Recht gegen eine erstarkende nationale Opposition vorzugehen scheinen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Folgen Sie Ihrem Gewissen! Machen Sie dieses Spiel nicht länger mit! Stimmen Sie mit uns für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der zu klären hat, wie es zu dem schlimmsten Fall politischer Gewalt im Freistaat seit Jahren kommen konnte, obwohl das Gewaltpotenzial so genannter Antifaschisten hinlänglich bekannt ist.

Wir wollen wissen: Wie ist die PDS mit der gewaltbereiten Antifa verquickt? Wie kann verhindert werden, dass es in Zukunft nicht wieder zu solchen Gewaltorgien kommt? Zeigen Sie mit uns gemeinsam der Gewalt die rote Karte!

Danke schön.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile den Fraktionen das Wort. Die CDU-Fraktion; Herr Dr. Hähle, bitte.

Dr. Fritz Hähle, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen auf der Seite der Bevölkerung, die sich durch Randalierer – rechte wie linke – bedroht sieht, und erst recht auf der Seite derer, die durch solche sinnlosen Aktionen Schaden erleiden mussten. Es gibt keine hehren politischen Ziele, die solches auch nur im Geringsten rechtfertigen könnten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU,
der NPD und der FDP)

Wir sind uns aber auch sicher, dass die Staatsregierung alles tun wird, die Täter zu ermitteln

(Zuruf von der NPD: Ja, ja!)

und unnachgiebig gegen diese vorgehen wird.

Den Antrag der NPD-Fraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses werden wir jedoch ablehnen, nicht um der PDS etwa einen Gefallen zu tun, vielmehr deshalb, weil ein Untersuchungsausschuss hier das falsche Mittel wäre. Der Landtag muss der Regierung keine Informationen oder angemessenes Handeln abtrotzen, sondern der Innenminister wird selbstverständlich über die Geschehnisse am 27.11.2004 in Pirna, Dresden und Leipzig umfassend im Innenausschuss berichten. Wenn wir es wünschen, wird er auch vor dem Parlament einen Bericht abgeben. Insofern sehen wir keinerlei Grund, dem Antrag beizutreten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der PDS das Wort. Herr Bartl, bitte.

Klaus Bartl, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten 15 Jahren der Existenz dieses Landtages war es stets guter Brauch, dass er sich selbst, da direkt legitimiert und letztlich das höchste Verfassungsorgan, ernst nimmt. Aus eigenem Erleben bestreite ich nicht, dass in diesem Hohen Hause schon treffliche politische Gefechte geführt worden sind, aber zu keinem Zeitpunkt hat sich der Landtag auf eine Ebene begeben, wo er sich faktisch als Ermittlungsorgan

einer Fraktion gegen Abgeordnete des Hohen Hauses missbrauchen lässt.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Abgesehen davon, dass der Antrag handwerklich nicht im Minimum den Ansprüchen an einen Einsetzungsauftrag des Landtages für einen Untersuchungsausschuss gerecht wird – vielleicht sollten Sie als Verfasser schlicht und einfach in den protokollarischen Unterlagen der letzten 14 Jahre nachsehen, wie man so etwas macht –, entspricht vor allem aber das Antragsbegehren nicht den nach § 1 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes vom 12. Februar 1991 in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 11.11.97 beschriebenen Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Untersuchungen durch den Sächsischen Landtag mit dem weitreichenden Instrumentarium eines derartigen gerichtsgleich wirkenden Untersuchungsausschusses.

§ 1 Abs. 2 besagt nämlich, dass Untersuchungen des Landtages nur zulässig sind, wenn diese geeignet wären, dem Landtag Grundlagen für eine Beschlussfassung im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit zu vermitteln. Hierzu kommt, dass es schlicht absurd ist anzunehmen, man könnte Anmeldern einer Veranstaltung, die um 12:00 Uhr in Pirna beginnt und eben dort um 16:00 Uhr endet, in der Reichweite des Versammlungsrechts und nach der Lebenslogik irgendeine Verantwortung für Ereignisse zuschieben, die frühestens 16:45 Uhr bis 17:00 Uhr in Dresden oder gegen 20:00 Uhr in Leipzig begonnen haben. Das ist schon schlicht eine Frage der Fahrzeit. Auf einer derartigen Ebene zu denken und zu spekulieren kann allenfalls den Trägern nationaler Stammtische gelingen. Was soll der Landtag sinngebend als Stätte der Gesetzgebung und der politischen Willensbildung zu den drei Punkten, die Sie als Antrag benennen, beschließen?

Herr Leichsenring, wenn Sie die Bewertung der Vorgänge, die Sie untersuchen lassen wollen, schon bei der Antragsbegründung parat haben, weshalb dann noch irgendetwas untersuchen? Sie haben doch schon erklärt, wie Sie die Welt sehen. Wir wollen nicht bestreiten, dass das, was Sie hier veranstalten wollen, meine Damen und Herren der nationalen Fraktion, in der Kontinuität Ihres Wahlkampfes und in Ihrer generellen Absicht liegt, die Verfassungsorgane der repräsentativen Demokratie vorzuführen. Sie haben all das, was jetzt im Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses steht, in eben diesem ursprünglichen Dringlichen Antrag, den Sie erst im Geschäftsgang des Präsidiums behandeln ließen, schon einmal im Hohen Hause gestellt. Da dieser abgelehnt wurde, bringen Sie es nun als Untersuchungsausschussgegenstand.

Das ist handgreiflicher Missbrauch des Untersuchungsausschussrechts, und genauso werden wir damit umgehen.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der SPD-Fraktion das Wort gewünscht? – Herr Prof. Dr. Weiss, bitte.

Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir als Sozialdemokraten lehnen jegliche Form von Gewalt ab. Gewalt ist kein legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen in der Demokratie. Das ist selbstverständlich klar.

Wir lehnen einen Untersuchungsausschuss jedoch als unzweckmäßig ab. Die Gründe wurden von meinen Vorrednern bereits genannt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der PDS, der FDP und den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Die FDP, bitte. Wird das Wort gewünscht? – Bitte.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion wird ebenfalls der Einsetzung des Untersuchungsausschusses so nicht zustimmen:

1. aus formalen Gründen, weil bereits kein Hinweis auf einen Untersuchungsauftrag dort formuliert wird.

2. weil das, was dort gefordert wird, ohnehin Aufgabe der Aufklärung von Staatsanwaltschaften und der Polizeibehörden ist.

Aber lassen Sie uns eines sagen – auch inhaltlich: Für Gewalt in Sachsen sehen wir nicht die geringste Chance und werden sie auch nicht zulassen, wo immer sie auch geschieht, wo immer aus welchen Gründen jemand meint, so etwas machen zu können. Auch die schönste antifaschistische Aufwallung ist keine Legitimation für Gewalt.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der PDS, der SPD und den GRÜNEN)

Wenn dieses hier aber zum Vorwand genommen wird, sich selbst als die nationalen Mahatma Ghandis in Sachsen darzustellen, wie es die NPD versucht, finde ich das widerlich.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der PDS, der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Kollegen! Wenn es hier heißt, die NPD würde Gewalt ablehnen, dann ist das eine schlichte Lüge. Jeder, der das Pressefest der NPD in Meerane im Sommer 2003 besucht hat, wird das wissen.

(Uwe Leichsenring, NPD: Es gab keine einzige Festnahme! Sie lügen!)

Wenn Ihre Kameraden dort Fernsehjournalisten misshandeln – –

– Nein, man hat sie eben nicht gekriegt, weil sie in der Menge untergetaucht sind. Deswegen kam es nicht zur Festnahme.

(Lachen bei der NPD)

Wenn dort einer rauskommt und auf gut Deutsch einen Fernsehkameramann in die Genitalien tritt, dass er sich hinterher in der Uni-Klinik wiederfindet, dann kann man sich nicht freuen, dass man ihn nicht erwischt hat, wenn er bei den anderen Kameraden untergetaucht ist.

Das ist weder eine Art von ausreichender Solidarität noch eine Heldentat.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der PDS, der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden es Ihnen auch nicht durchgehen lassen, wenn Sie versuchen, mit dieser schmierigen Art und Weise hier ein Podium zu schaffen, um irgendwelche Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Extremen herbeiführen zu können. Mit uns ist das nicht zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der PDS, der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Herr Dr. Gerstenberg, bitte.

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Nach der demagogischen Einführungsrede von Herrn Leichsenring muss ich doch noch einige Fragen stellen. Wovon reden wir hier eigentlich? Wo liegt das Problem?

(Uwe Leichsenring, NPD: Bei der linken Gewalt!)

Ich glaube, ein Blick in den letzten Verfassungsschutzbericht von Sachsen hilft da etwas. Im Jahr 2003 standen 50 linksextremen Straftaten, darunter 17 Gewalttaten, 1 096 rechtsextremistische Straftaten, darunter 69 Gewalttaten, gegenüber.

(Zuruf von der NPD: Propaganda!)

Die NPD ist aktenkundig eine Partei, die mit gewaltbereiten rechtsextremen Skinheadkameradschaften verquickt ist und dort Gemeinschaft pflegt.

Jede Straftat ist eine zu viel. Jede Gewalttat muss verfolgt werden. Aber das ist Aufgabe von Polizei und Staatsanwaltschaft, und unsere Fraktion hat zurzeit keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass diese ihrer Aufgabe gerecht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der PDS, der SPD und der FDP)

Es ist weiter zu fragen: Wer nutzt eigentlich diese Vorfälle als willkommenen Anlass? Wer schreit hier nach Recht und Ordnung in der NPD-Fraktion? Das ist ein Herr Uwe Leichsenring, der persönlich mit den „Skinheads Sächsische Schweiz“ seit Jahren eng verbrüdert ist und gerade wieder öffentlich seine enge Verbindung mit dieser kriminellen Vereinigung bekundet hat. Das ist ein Klaus-Jürgen Menzel, der in seiner Rede in Pirna eine klare nationalsozialistische Ideologie mit einem direkten Bezug auf Adolf Hitler verbreitet hat. Es war diese Ideologie, es waren diese Menschen, deren Arbeit, deren Ideen, deren Reden und Handeln dazu geführt haben, dass die Innenstadt von Dresden in Schutt und Asche gefallen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der PDS, der SPD und der FDP – Lachen bei der NPD – Uwe Leichsenring, NPD: Ich bin gar nicht da gewesen!)

Schließlich will ich fragen: Was ist das eigentlich für ein Antrag? Er will doch nicht ernsthaft versuchen, Aufklärung zu schaffen. Es ist eigentlich der Versuch, das rechtsstaatliche demokratische System, das Ihrer Fraktion verhasst ist, lächerlich zu machen. Der Antrag macht ja nicht einmal formal den Versuch, den Kriterien eines Antrages auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu genügen. Er versucht nicht einmal im Ansatz, eine Aufgabenstellung zu beschreiben, sondern er ist einzig und allein ein Versuch, dieses Thema auf die Tagesordnung zu hieven.

Auch wir halten den Antrag formal für unzulässig. Es gibt aus unserer Sicht auch noch einmal die Notwendigkeit für den Juristischen Dienst des Sächsischen Landtages, diese Fragen der Zulässigkeit zu überprüfen, was die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen betrifft.

Das Recht auf Chancengleichheit der Opposition, aus dem die Minderheitenrechte hervorgehen, ist ein sehr hohes Recht. Es ist auch durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der 1. Legislaturperiode mit in die Sächsische Verfassung gebracht worden. Wir schätzen die Oppositionsrechte als ein sehr hohes Gut. Deshalb bitten wir alle demokratischen Fraktionen, gemeinsam daran zu arbeiten, dass wir diese Rechte vor offensichtlichem Missbrauch durch den parlamentarischen Arm von verfassungsfeindlichen antidemokratischen Kräften schützen.

Wir lehnen selbstverständlich diesen Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der PDS, der SPD und der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der Staatsregierung das Wort gewünscht? – Meine Damen und Herren! Damit ist die Aussprache beendet.

Meine Damen und Herren! Der Sächsische Landtag hat gemäß Artikel 54 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen und § 2 Abs. 1 Satz 1 Untersuchungsausschussgesetz das Recht und auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Der vorliegende Antrag, Drucksache 4/0302, wurde von der NPD-Fraktion gestellt. Eine Pflicht zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist damit nicht gegeben.

Der Landtag muss einen förmlichen Beschluss über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses fassen. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmen dafür ist dieser Antrag bei keiner Stimmenthaltung mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren! Damit ist der Untersuchungsausschuss nicht eingesetzt und der Tagesordnungspunkt beendet.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 2

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema „Stolz auf Sachsen – Mut zur Zukunft“

Herr Ministerpräsident, ich übergebe Ihnen das Wort.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen am Beginn einer neuen Legislaturperiode. Gemeinsam mit Ihnen will die Staatsregierung unser Land in den nächsten fünf Jahren voranbringen. Wir wollen wieder zu einer führenden Region in der Mitte Europas werden.

Eine wichtige Etappe liegt hinter uns. In wenigen Tagen endet die Zeit des Solidarpaktes I. Im neuen Jahr treten wir mit dem Solidarpakt II in eine neue Phase. Wir beginnen die neue Etappe unter neuen Vorzeichen und Rahmenbedingungen. Es ist Zeit, unsere Instrumente zu überprüfen und die Stellschrauben neu zu justieren. Wir werden das Haus Sachsen weiterbauen. Nachdem der Rohbau steht, brauchen wir für den Ausbau neue Werkzeuge.

Die Arbeiten waren ein Erfolg. Die Menschen in unserem Land haben bewundernswerte Leistungen vollbracht. Wir haben uns dadurch große Anerkennung auch außerhalb Sachsens verdient. Sachsen hat sich in Deutschland wieder einen ausgezeichneten Ruf erarbeitet. Das ist ureigenstes Verdienst der Menschen in unserem Land – jeder Einzelne an seinem Platz, die Handwerker, die Tradition und Moderne verbinden, die Unternehmer, die ihre Chancen suchen, die Lehrerinnen, die unsere Kinder unterrichten, die Krankenschwester, die die Kranken pflegt, die Polizisten, die für unsere Sicherheit sorgen, aber vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben, die täglich ihrer Arbeit nachgehen, und auch die Mütter in unserem Land. Viele von ihnen stehen im Beruf und tragen zugleich eine unersetzliche Rolle für unsere Kinder. Die Liebe und die Zuwendung der Mütter zu ihren Kindern ist vielleicht das Wichtigste für eine gute Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Ausnahmslos jeder hat mit seiner täglichen Arbeit und mit seiner persönlichen Leistung das möglich gemacht, worum uns viele beneiden.

Sachsen ist die Nummer eins im Osten. Wir sind das dynamischste Land in Deutschland. Sachsen wächst schneller und stärker als die anderen Regionen in Deutschland. Ich will, dass das so bleibt, meine Damen und Herren, und dafür steht die neue Staatsregierung.

Mein Ziel ist: Wir wollen im Jahr 2020 auf eigenen Füßen stehen. Das ist ehrgeizig, weil wir noch immer auf Transferleistungen angewiesen sind. Das ist realistisch, wenn wir die Segel neu setzen, um unseren Kurs zu halten und neue Ufer anzusteuern. Dafür tritt die neue Staatsregierung an.

Wir haben unser Programm für die kommenden fünf Jahre im Koalitionsvertrag festgelegt. Sie alle wissen, auf welche einzelnen Punkte wir uns verständigt haben. Ich brauche das hier nicht zu wiederholen. Wichtig, meine Damen und Herren, sind mir drei Schwerpunkte, die vor der Klammer der gemeinsamen Arbeit stehen.

Erstens: Mehr Arbeit in Sachsen.

Zweitens: Spitzenbildung für unsere Kinder.

(Dr. André Hahn, PDS: Da bleibt viel zu tun!)

Drittens: Faire Chancen für jeden in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Mit diesen drei Leitlinien garantieren wir eine Weiterentwicklung der Politik und zugleich bauen wir auf den Erfolgen der zurückliegenden Jahre auf.

Meine Damen und Herren, die Zeiten haben sich geändert. Deutschland ist heute ein ganz anderes Land als im Jahr 1990. Das gilt für Sachsen erst recht. Rezepte der letzten Jahre werden in Zukunft nicht mehr die gewohnten Erfolge bringen. Die Wohnungsbauförderung hat beispielsweise große Fortschritte bewirkt. Wenn wir sie unverändert fortführten, würden wir die inzwischen eingetretene Schieflage weiter verschärfen.

Mit großen Straßenbauprojekten haben wir Ost- und Westdeutschland wieder miteinander verbunden. Für die kommenden Jahre brauchen wir bessere Verbindungen zu unseren neuen Nachbarn in Mittel- und Osteuropa.

Vor 15 Jahren mussten wir neue rechtsstaatliche Verwaltungsstrukturen in Sachsen aufbauen. Für die kommenden Jahre werden wir das Vorhandene auf die veränderten Bedürfnisse neu ausrichten. Dazu werden wir konkrete Vorschläge machen, die nicht nur quantitative, sondern vor allem auch qualitative Veränderungen beinhalten werden. Die Strukturen stehen alle miteinander auf dem Prüfstand.

Unsere Gesellschaft ist heute vor andere Fragen gestellt als Anfang der neunziger Jahre. Deutschland musste zusammenwachsen. Hier haben wir sehr viel erreicht. Aber wir hatten in den zurückliegenden Jahren den Blick nach innen gerichtet. Heute richten wir gemeinsam den Blick auf unsere Nachbarn in Europa und Partner in der Welt, aber auch – das muss man deutlich sagen – auf unsere Konkurrenten im internationalen Wettbewerb. Deutschland liegt nicht mehr im beiderseitigen Schatten der Mauer. Deutschland hat sich aus der Randlage befreit. Ostdeutschland ist nicht mehr das westlichste Gebiet des RGW und Westdeutschland ist nicht mehr das östlichste Gebiet der Europäischen Union. Sachsen liegt heute wieder im wirtschaftlichen Mittelpunkt des vereinten Europas.

Sachsen, Böhmen und Schlesien wachsen langsam wieder zu einer starken grenzüberschreitenden Großregion im Herzen Europas zusammen. Gerade im Automobilbau kann man das schon feststellen.

Wir wollen davon profitieren, wenn aus der Mitte Europas neue Impulse kommen und wenn die wieder erstarkte Nachbarschaft auch uns neue Wirtschaftskraft bringt.

Wir werden unser Land in den kommenden Jahren für den europäischen und internationalen Wettbewerb fit machen. Die Bevölkerung in Deutschland und natürlich auch in Sachsen spürt die Veränderungen. Aber viele Menschen empfinden die notwendigen Reformen als Bedrohung und reagieren mit Verunsicherung. Die Deutschen sind in Sorge um ihre Zukunft und erwarten von der Politik Verlässlichkeit; vor allem die Menschen hier in Ostdeutschland. Die Dominanz der großen bundesweiten Reformthemen verändert politische Einstellungen und Bindungen. Es ist die gemeinsame Aufgabe aller verantwortlichen Politiker, die Bevölkerung für die dringend notwendigen Reformen zu gewinnen, sonst erhalten die politischen Ränder noch weiteren Zulauf.

Meine Damen und Herren! Der Sächsische Landtag hat sein Gesicht verändert. Die vier Parteien, die in ganz Deutschland Verantwortung tragen und die demokratische Mitte repräsentieren – CDU und SPD, FDP und GRÜNE – konnten in Sachsen nur 60 % der Stimmen auf sich vereinen; Ähnliches gilt übrigens für Brandenburg. Das ist einmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Aber absolut alarmierend ist für mich, dass die NPD mit platten, demagogischen Parolen unser Land vor der Welt in Verruf bringen will.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD,
der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung –
Ho, ho! bei der NPD)

Die ersten Töne, die Sie, Herr Apfel, noch am Wahlabend hier im Landtag vor aller Welt angeschlagen haben, hatten einen klirrenden, kalten Nachhall, den unsere Kinder bislang nur aus den Wochenschauen kannten,

(Lachen des Abg. Holger Apfel, NPD)

die im Geschichtsunterricht gezeigt werden.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD,
der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Das Bild von Ihnen, Herr Apfel, die rechte Hand zum Gruß erhoben, ging um die Welt.

(Holger Apfel, NPD: Machen Sie
doch eine Anzeige!)

Um es noch deutlicher zu sagen: Auf dem Bundespresseball in Berlin wurde dies als „Sächsischer Gruß“ bezeichnet. Ich schäme mich dafür.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD,
der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Hier im Plenum spielen die Vertreter Ihrer Fraktion den Biedermann. Aber wenn es hart auf hart geht, fallen Sie aus der Rolle und zeigen Ihr wahres Gesicht.

Wenn die sächsische Polizei Maßnahmen gegen Personen einer verbotenen rechtsextremistischen Vereinigung ergreift, dann schreien Sie auf. Dann titulieren Sie Maßnahmen des Rechtsstaates als – ich zitiere – „gezielte Provokation“. Wenn Sie draußen im Lande tönen, dann zeigen Sie Ihr wahres Gesicht.

Sie hätten den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses glaubhafter vorgetragen, wenn Sie sich auch von den „Skinheads Sächsische Schweiz“ distanziert hätten.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD,
der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Joseph Goebbels hat den Einzug der Nationalsozialisten in den Reichstag im Jahre 1928 mit folgenden Worten kommentiert. Ich zitiere aus dem Aufsatz „Was wollen wir im Reichstag?“ in „Der Angriff“ vom 30. April 1928. Also Goebbels: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahm zu legen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bärendienst Freifahrtkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache. Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren.“

Ihr Bundesvorsitzender sagte nach dem Einzug in den Sächsischen Landtag in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“: „Wir erstreben zwar die Überwindung der BRD, aber so lange sie de facto existiert, werden wir ihre Gesetze befolgen … Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat. Das geht offensichtlich auch über die Wahlurne.“

(Heinz Eggert, CDU: Hört, hört!)

Goebbels schreibt weiter: „Wenn es uns gelingt, bei diesen Wahlen 60 bis 70 Agitatoren und Organisatoren in die verschiedenen Parlamente hineinzustecken, so wird der Staat selbst in Zukunft unseren Kampfapparat ausstatten und besolden.“

Sie schreiben auf den Internet-Seiten: „Mandate, Gelder und Ressourcen werden neu verteilt … Erfolg hat, wer angreift. Jetzt müssen aus der Begeisterung des Augenblicks die Instrumente, Kader und Strukturen künftiger Siege geschmiedet werden.“ Ihr Landesvorsitzender spricht seit langem vom „bevorstehenden Endkampf“. Im September haben Sie in der „Deutschen Stimme“ den Anfang vom Ende der Bundesrepublik herbeischreiben wollen.

Meine Damen und Herren! Goebbels endete damals mit den Worten: „Wir kommen als Feinde. Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“ Wie der Wolf – so kommen Sie von der NPD. Sie wollen wieder der Wolf sein, von dem Goebbels vor siebzig Jahren sprach. „Sächsischer Wolf“, das war übrigens der Name der Gaststätte, in der Sie Ihre erste Pressekonferenz inszenierten. Sie sagten ganz unverhohlen auch hier im

Landtag, dass Sie Fundamentalopposition betreiben wollen. „Heute Sachsen, morgen Deutschland“, das ist Ihre Parole.

Wir alle wissen, wie die historische Katastrophe in Deutschland begann. „Kampf um die Parlamente“ lautet die Strategie der NPD, aber wir werden alle Versuche, die Geschichte zu wiederholen, nicht zulassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Unsere Gesellschaft ist getragen von einer gefestigten demokratischen und freiheitlichen Kultur. Sachsen ist ein weltoffenes Land und das wird auch so bleiben.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN sowie vereinzelt bei der PDS)

Wir wollen ein freundliches und lebenswertes Sachsen. Wir wollen den Sachsen und allen, die zu uns kommen, Mut machen. Wir wollen jedem bei uns die Möglichkeit geben, seine Ideen von einem glücklichen und erfüllten Leben zu verwirklichen.

Wir alle wissen, mit welchem Mut die Menschen gerade hier in Sachsen für eine freiheitliche und offene Gesellschaft auf die Straßen gegangen sind. Manche der Abgeordneten hier im Saal waren damals unter den Demonstranten und haben der politischen Verfolgung ins Gesicht gesehen. Das sollten wir nicht vergessen und wir sollten es nicht missachten, denn die demokratischen Parteien in diesem Haus haben gemeinsame Ziele.

Wir alle sind von dem Willen geleitet, der Gerechtigkeit, dem Frieden und der Bewahrung der Schöpfung zu dienen. So sagt es die Verfassung unseres Freistaates. Die Freiheit von Willkür des Staates, die Würde jedes einzelnen Menschen, Toleranz gegenüber Religionen, anderen Kulturen und Weltanschauungen – das sind die gemeinsamen Werte, die uns alle vor den Bürgerinnen und Bürgern in die Verantwortung nehmen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die neue Staatsregierung stellt sich der Verantwortung. Wir sind entschlossen, die Probleme anzupacken. Wir haben zügig mit den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag begonnen und wir haben gründlich und solide verhandelt. Denn die Wähler wollen keinen Streit, sondern die Erfolge unseres Landes gemeinsam fortsetzen. Das werden wir tun.

Die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen haben sich ein anspruchsvolles Programm gegeben, anspruchsvoll wie das Land und die Menschen. Wir übernehmen Verantwortung für mehr Arbeit, für eine höhere Qualität der Bildung und für gerechte Chancen für jeden Einzelnen.

Die Staatsregierung wird auch in Zukunft mit allen Bürgern in diesem Land gemeinsam anpacken. Wir wollen auf unseren Erfolgen weiter aufbauen. Aber wir brauchen dafür neuen Schwung; denn der Aufbau im Osten braucht einen zweiten Aufbruch. Solidarpakt I und II sind eine einmalige Anstrengung aller Deutschen. Wir erhalten große Hilfe, wir wissen aber auch um die Verpflichtungen.

Wir können stolz darauf sein, dass wir diese Verpflichtungen trotz aller Anstrengungen immer beherzigt haben. Wenn es immer heißt, allein Sachsen verwende die Mittel aus dem Solidarpakt sachgerecht, wenn alle Gutachten darauf hinweisen, dass allein Sachsen mit den Geldern aus dem Solidarpakt Investitionen finanziert hat, dann ist das das Markenzeichen einer nachhaltigen und soliden Finanzpolitik in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Es ist aber vor allem Ausdruck einer gesamtdeutschen Verantwortung. Gelder, die uns andere zur Verfügung stellen, nicht in laufenden Ausgaben wirkungslos versickern zu lassen – das ist Ausdruck einer fairen und selbstbewussten Art, Hilfe anzunehmen. Und es ist diese faire und selbstbewusste Haltung, auf die wir stolz sein sollten. Die sachgerechte Verwendung ist der beste Dank für die großzügige Unterstützung, die wir erhalten.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Gisela Schwarz, SPD)

Diese Dankbarkeit haben wir im Übrigen auch nach der Flut bewiesen.

Die Staatsregierung wird dieser Verantwortung vor der Gemeinschaft auch in Zukunft gerecht werden. Auch die Fraktionen, die nicht die Regierung tragen, werden sich an diesem Anspruch messen lassen müssen.

Für die Staatsregierung gilt auch in den kommenden Jahren: weiterhin höchste Investitionsquote und weiterhin beispielhaft niedrige Pro-Kopf-Verschuldung. Denn eines zeigt der Vergleich mit anderen Bundesländern ganz deutlich: Sparen ist kein kleinkarierter Selbstzweck, Sparen sichert Wohlstand und bedeutet Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir in Sachsen uns in der gleichen Weise verschuldet hätten wie die anderen neuen Bundesländer, dann müssten wir jetzt Jahr für Jahr 660 Millionen Euro mehr Zinsen zahlen. 660 Millionen Euro pro Jahr – davon finanzieren wir gegenwärtig die Kitas, das Landeserziehungsgeld, den Schulhausbau, die Sportförderung, die Schulen in freier Trägerschaft, die Zuschüsse für die Kulturräume sowie Oper, Staatsschauspiel und Landesbühnen. Meine Damen und Herren, 660 Millionen Euro pro Jahr mehr Spielraum – das ist das, worum uns andere beneiden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, andere haben keine Möglichkeit mehr, über die Kofinanzierung Wirtschaftsförderung zu betreiben. Wir haben gerade wieder – darüber sind wir glücklich – zusätzliche GA-Mittel vom Bund erhalten. Das sind Mittel, die andere nicht abrufen können, weil sie sie nicht gegenfinanzieren können oder weil sie keine Investoren haben.

Sparen ist also nicht unattraktiv, Finanzen sind keine Nebensache. Mit unserer Haushaltspolitik sorgen wir für

mehr Chancen in unserem Land und vor allem für mehr Gerechtigkeit gegenüber den nachkommenden Generationen. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln keinen Rucksack aufbürden, den sie nicht tragen können. Ich halte es – das will ich ganz deutlich sagen – für unfair und unsozial, auf Kosten der nachfolgenden Generationen zu leben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wollen wir auch trotz der sich ändernden Rahmenbedingungen die Neuverschuldung bis 2009 auf Null absenken, obwohl die finanzielle Ausstattung der öffentlichen Hand weiter zurückgeht und trotz der demografischen Entwicklung.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass unsere Bevölkerung schrumpft. Jährlich verlassen viele junge Menschen Sachsen und suchen ihre Perspektive woanders. Glücklicherweise kommen fast ebenso viele junge Menschen zu uns, weil sie in Sachsen die Bedingungen finden, die sie für ihre Arbeit, ihre Ideen oder ihre Lebensvorstellungen brauchen. Gerade die Universitäten und Hochschulen sind ein großer Anziehungspunkt.

Wir werden dafür arbeiten, dass wir noch attraktiver werden. Wir wollen dafür sorgen, dass auch in Zukunft jeder, der etwas bewegen will, nach Sachsen kommen oder vor allen Dingen auch in Sachsen bleiben kann. Trotzdem werden wir die Entwicklung mittelfristig nicht völlig umkehren können; denn die wichtigste Ursache für den Bevölkerungsrückgang in Sachsen insgesamt sind fehlende Geburten. Es werden zu wenige Kinder geboren. Diese Tendenz lässt sich kurzfristig nur abmildern. Selbst wenn sich die Zahl der Geburten pro Frau in den nächsten Jahren verdoppeln würde, wären nachhaltige positive Effekte auf die Bevölkerungsstruktur erst in 40 bis 50 Jahren zu erwarten.

Die Politik muss sich dieser Situation stellen. Wir dürfen nicht länger vor der demografischen Entwicklung die Augen verschließen. Wir dürfen auch nicht glauben, uns stünden politische Instrumente zur Verfügung, mit denen wir diese Entwicklung in den kommenden Jahren völlig verändern könnten. Aber wir müssen und können sie abschwächen. Wir werden neue Antworten finden, wie wir die bestehende Infrastruktur verändern können; denn nicht nur die Auslastung wird sich verändern – mit sinkender und alternder Bevölkerung verändern sich auch die Bedürfnisse der Menschen.

Darauf werden wir uns neu ausrichten und das Vorhandene neu gestalten. Wir werden Antworten geben, wie wir mit der sich verändernden Finanzausstattung umgehen und die kommunale Seite in diesen Prozess einbeziehen; denn die sinkende Bevölkerungszahl und die abnehmende Zahl der Erwerbstätigen werden Veränderungen auf der Einnahmenseite von Land und Kommunen bewirken. Der Bund-Länder-Finanzausgleich ist stark einwohnerbezogen. Freistaat und Gemeinden sind und bleiben faire Partner. Wir werden uns – gerade bei dieser Herausforderung – nicht auseinander dividieren lassen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Die Staatsregierung ist angetreten, um die Herausforderungen anzunehmen und unter den neuen Rahmenbedingungen die Zukunft unseres Landes zu gestalten – für mehr Arbeit, mehr Bildung und mehr Gerechtigkeit.

Wir haben in den vergangenen Jahren solide und tragfähige Grundmauern errichtet, auf denen wir weiter aufbauen wollen. In vielen Bereichen haben wir westdeutsches Niveau erreicht bzw. stehen sogar besser da. Das sind auch Dinge, die das Leben lebenswert machen. Die Versorgung unserer Kinder im Vorschulalter ist im weltweiten Vergleich Spitze.

(Dr. André Hahn, PDS:
Das haben Sie übernommen!)

Das bestätigt eine aktuelle Studie der OECD. Bei uns ist schöner Wohnraum leicht zu finden und zu bezahlen. Unsere Städte sind saniert und häufig Anziehungspunkte für Touristen aus aller Welt. Unser Land hat sich positiv verändert. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Nur in einem Punkt können wir mit der Situation überhaupt nicht zufrieden sein: Nach wie vor ist in Ostdeutschland – und leider auch in Sachsen – die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Fast jeder Fünfte in diesem Land findet keine Möglichkeit, für sich selbst zu sorgen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Ich bin nicht bereit, mich damit abzufinden, und ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass die Hoffnung vieler Tausender Menschen von einem Sofortprogramm zum nächsten weitergereicht wird. Auch die Tatsache, dass Sachsen in Ostdeutschland die meisten Arbeitsplätze pro Kopf der Bevölkerung hat – sogar mehr als manches westdeutsche Land –, ist für mich eine bemerkenswerte Zahl, mit der allein ich mich jedoch nicht zufrieden geben kann; denn hier bei uns wollen mehr Menschen arbeiten, und das ist auch richtig so. Wir müssen mehr arbeiten, wenn wir aufholen wollen. Wenn wir wieder an die Spitze kommen wollen, brauchen wir mehr Arbeitsplätze in Sachsen.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Deshalb ist es das oberste Ziel der Staatsregierung, alles dafür zu tun, dass mehr Arbeitsplätze bei uns entstehen. Alle Maßnahmen der Politik müssen diesem Ziel dienen. Dabei sind uns die Erfolge der letzten Jahre eine Hilfe. Sachsen verfügt über kräftige Wachstumskerne, die bis in die Regionen ausstrahlen. Heute ist der Begriff „Clusterstrategie“ in aller Munde. Wir haben von Anfang an darauf gesetzt, wir haben in Sachsen vorhandene Traditionen fortgeführt und aus dem Vorhandenen Wachstum entwickelt. Automobilindustrie, Mikroelektronik, Maschinenbau – das ist in Sachsen nichts Neues. Es kommt darauf an, dass wir die Stärken stärken. Und Sachsen hat Stärken.

Wir haben aus dem Vorhandenen eine Struktur entwickelt, die auf Wachstum ausgelegt ist. Auch die Bundesregierung nennt unseren Weg „vorbildlich“. Die Ansiedlung von DHL in Schkeuditz ist das beste Beispiel für eine erfolgreiche Politik in Sachsen. Gerade die Infrastruktur um Leipzig wurde durch die Staatsregierung in

den vergangenen Jahren konsequent ausgebaut und für große Ansiedlungen ausgelegt. Porsche und BMW haben darauf aufgebaut. Auch DHL findet hier in Sachsen den Boden bereitet. Das sind 10 000 Arbeitsplätze weit in die Region hinein.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Schnelle Genehmigungsverfahren und verlässliche Entscheidungen der Verwaltung – das sind sächsische Markenzeichen, und das sollen sie auch bleiben. Davon profitieren nicht nur die großen Ansiedlungen, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmen. Aber trotz all dieser Erfolge: Wir müssen gerade im Bereich der Verwaltung und der Verwaltungsentscheidungen noch mehr tun, um international wettbewerbsfähig zu sein.

Sachsens Stärken liegen nicht nur in den Zentren, wie oft behauptet wird. Damit sich die regionalen Potenziale noch besser entwickeln können, werden wir ein integriertes Förderprogramm „Regionales Wachstum“ mit 10 Millionen Euro bereitstellen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Damit der Mittelstand auch von dem guten industriellen Gerüst profitieren kann, werden wir einen mittelständischen Wachstumsfonds mit 30 Millionen Euro auflegen; denn oft können sich kleine Unternehmen die guten Bedingungen in Sachsen nur schlecht zunutze machen, weil ihnen schlicht und einfach Eigenkapital fehlt. Wir wollen – soweit es in unserer Macht steht – Wachstumshemmnisse beseitigen, damit auch die regionale Wirtschaft besser profitieren kann, damit Sachsen seine ganze Kraft ausspielt und sich ungebremst entwickelt. Wir werden alles daransetzen, dass Sachsen den Förderstatus als Ziel-1-Gebiet der Europäischen Union behält.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Wir wissen, dass wir in Brüssel viel Verständnis für unsere Anliegen gewinnen konnten. Der Abschlussbericht der Kommission enthält einen entsprechenden Vorschlag.

Meine Damen und Herren! Für uns steht Sachsen an erster Stelle, und wir werden darauf hinweisen, wenn Sachsen übergangen wird. Wir werden auch von anderen die Verantwortung für unser Land einfordern, und wir werden vor allem angesichts der Unterschiede in Deutschland zwischen Ost und West – gerade, was die europäische Politik betrifft – unseren Standpunkt laut und kräftig vertreten.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! An diesem Maßstab wollen wir uns aber auch selbst messen. Wenn wir besser sein wollen als andere, dann brauchen wir unsere geballte Kraft. Wenn wir uns behaupten wollen in einem vereinten Europa und in einer Welt, die über weltweite, sekundenschnelle Kommunikation zusammenwächst, dann müssen alle an einem Strang ziehen. Das gilt für Stadt und Land, für Wirtschaft und Verwaltung sowie für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wir alle sind aufgerufen, verantwortungsvoll und im gemeinsamen Interesse zu handeln, denn die Zeit der einfachen Wohlstandslösungen ist endgültig vorbei.

Meine Damen und Herren! Wir müssen erkennen, wann die Versprechen unseres Sozialstaats für unsere Kinder ungerecht werden. Wir müssen uns darüber klar werden, dass Solidarität kein Weihnachtsgeschenk des Staates sein kann. Wir müssen uns an die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „sozial“ erinnern. Der Sozius ist im Lateinischen ein Gefährte, einer, der gemeinsam den gleichen Weg mit uns beschreitet. Das Wort „Sozius“ hat beim Motorrad noch diese Bedeutung. Das Wort „sozial“ beschreibt also nicht ein Über- und Unterordnungsverhältnis, wie es zwischen Staat und Bürgern besteht. „Sozial“ beschreibt in erster Linie das Verhältnis der Bürger untereinander. Solidarität wird nicht verordnet, Solidarität müssen wir täglich leben – zwischen Alt und Jung, zwischen Stark und Schwach,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

zwischen Nord und Süd oder Ost und West.

Meine Damen und Herren, ich halte es für unverantwortlich, mit falschen Versprechungen das Vertrauen in die Kraft unserer Gemeinschaft zu zerstören. Was wir beim besten Willen nicht finanzieren können, sind populistische Scheinlösungen, die auf längere Sicht gegen die Interessen unseres Landes laufen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns immer wieder fragen, wer welche Hilfen bekommt und wer welche Lasten trägt. Wir dürfen keinen lautstarken Parolen hinterherlaufen, sondern wir müssen die Arithmetik der sozialen Sicherheit genau unter die Lupe nehmen. Solidarität hat die gerechte Beurteilung der Leistungen jedes Einzelnen zum Fundament. Nur dann, wenn alle versprechen, das ihnen Mögliche zu leisten, kann unsere Gesellschaft die Erwartungen erfüllen, die wir an sie stellen. Beschäftigte können sich nicht auf Kosten des Sozialsystems verfrüht aus dem Berufsleben verabschieden, Arbeitgeber können nicht auf Kosten der Gemeinschaft ihren Personalbestand verjüngen und ihre Lohnkosten senken.

(Beifall bei der CDU, der FDP
und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren, Schwarzarbeit mag ein willkommener Gewinn für den Einzelnen sein, aber sie ist ein riesiger Verlust für uns alle und auch unter den Managern können einzelne schwarze Schafe unsere gesamte Wirtschaft in Verruf bringen. Ich appelliere gerade an die Vorstände der DAX-Unternehmen, doch endlich ihre Gehälter offen zu legen und für Transparenz zu sorgen.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD,
der FDP, den GRÜNEN
und der Staatsregierung)

Wir wollen das Ansehen der Unternehmer stärken. Wirtschaftliches Engagement steht für Verantwortungsbewusstsein, Risikobereitschaft und Gestaltungswillen. Arbeitsplätze, die wir brauchen, kommen nicht vom Staat, sondern entstehen in den Unternehmen.

Wir wollen der Verantwortung und der Eigeninitiative wieder einen höheren Stellenwert einräumen; denn Neid und Anspruchsdenken sind Hemmschuhe auf dem Weg an die Spitze.

Natürlich wird die Hilfe der Gemeinschaft für diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, weiterhin ein Grundpfeiler solidarischer Politik in Sachsen sein. Die Staatsregierung unterstützt die Reform zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, aber wir werden auch den Aspekt des Förderns weiter betonen. Klar ist aber auch, dass politische Instrumente den Arbeitsmarkt nicht behindern oder in Teilbereichen zum Erliegen bringen dürfen.

Wir brauchen neuen Ansporn, wir brauchen neuen Elan. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land ihre Leistungen zu ihrem eigenen Nutzen einbringen können. Deshalb wollen wir die Leistungsbereitschaft von Anfang an wecken. Für niemanden darf es zu spät sein, seine Chancen anzugehen. Wir wollen vor allem junge Menschen und Kinder von Anfang an bestmöglich unterstützen und fördern. Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, um die Chancen für jeden Einzelnen in der Wissensgesellschaft weiter zu steigern. Deshalb kommt der Bildungspolitik für die kommenden Jahre eine Schlüsselrolle zu.

Wir wollen künftige Generationen bestmöglich vorbereiten und deshalb werden wir uns weiterhin an den Besten in Europa orientieren. Seit wenigen Tagen liegt die neue Pisa-Studie für Deutschland vor. Deutschland hat sich insgesamt leicht verbessert, wir liegen aber nach wie vor im internationalen Durchschnitt oder teilweise darunter.

(Dr. André Hahn, PDS: Mittelmaß!)

Wir werden abwarten, bis im nächsten Jahr die Auswertungen für die deutschen Länder vorliegen. Nur eines – das sage ich gerade an die Zwischenrufer der PDS gerichtet –: Wir werden in Sachsen besser sein als der deutsche Durchschnitt.

(Dr. André Hahn, PDS: Trotzdem Mittelmaß!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zurufe von der PDS)

– Wollen Sie das etwa abstreiten, Herr Hahn? – Dann erkennen Sie es doch an und freuen Sie sich darüber, dass unsere Lehrer und unsere Erzieher das geschafft haben.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung –
Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Aber wir werden unsere Schlussfolgerungen ziehen und in Sachsen passgenaue Lösungen entwickeln. Denn eines ist mir wichtig: Sachsen ist das Land in Deutschland, in dem die Herkunft der Kinder die Ergebnisse am geringsten beeinflusst,

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

und das soll auch so bleiben. Hintergrund der Eltern und das Zuhause spielen bei uns eine untergeordnete Rolle. Ich weiß mich mit allen einig, dass die Offenheit und die Durchlässigkeit weiterhin unsere Ziele sind und möglicherweise noch weiter verbessert werden sollten.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Diesem Ziel dienen auch die vereinbarten Gemeinschaftsschulen und andere Modellschulen mit besonderem Modellcharakter. Wir wollen die ideologischen Grabenkämpfe in der Bildungspolitik überwinden. Deshalb werden wir verschiedene Modelltypen unter wissenschaftlicher Begleitung einführen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Das hätten
Sie schon längst machen können!)

Wir wollen wissen, was für Sachsen das Beste ist, damit wir die jahrzehntealte Debatte hinter uns lassen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Das hätten
Sie aber schon früher haben können!)

Eltern – das sage ich in aller Deutlichkeit – verstehen die teilweise dogmatischen Standpunkte ohnehin nicht mehr. Sie wollen die besten Chancen für ihre Kinder; denn ausnahmslos jedes Kind hat Anspruch auf eine erstklassige Ausbildung,

(Beifall bei der CDU, der Staatsregierung
und vereinzelt bei der SPD)

und zwar von Anfang an. Das Lernen beginnt nicht in der ersten Klasse. Deshalb legen wir einen Schwerpunkt auf die vorschulische Bildung. Die neue Staatsregierung hat das gemeinsame Ziel, den Bildungscharakter der Kindertagesstätten aufzuwerten. Das Angebot der Kitas ist nicht nur nach den Bedürfnissen der Eltern auszurichten, sondern vor allem nach den Chancen für unsere Kinder.

(Beifall bei der CDU, der Staatsregierung
und vereinzelt bei der PDS und der SPD)

Früher hieß es: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!“ – Diese Volksweisheit ist nicht altbacken; Neurologen bestätigen wissenschaftlich den Volksmund. Deshalb stehen unsere Kinder im Mittelpunkt.

(Dr. André Hahn, PDS: Zugangskriterien!)

Sie brauchen Erziehung und Bildung zu mehr Selbständigkeit, damit sie mit ihren eigenen Leistungen ihre Chancen in der Gesellschaft wahrnehmen können.

Bei dieser Aufgabe, meine Damen und Herren, sind aber auch die Eltern gefragt. Vorschule und Schule allein sind überfordert, wenn es darum geht, unseren Kindern die

bestmöglichen Chancen mit auf den Weg zu geben. Das Allermeiste nehmen unsere Kinder von zu Hause mit.

(Beifall der Abg. Rita Henke, CDU)

Wir alle, meine Damen und Herren, sind gefordert, damit unsere Kinder das entscheidende Enzym der Bildung entwickeln, nämlich die Neugier. Der wache Geist ist Voraussetzung für das Lernen und wird am leichtesten von den Eltern geweckt, die sich mit ihren Kindern beschäftigen. Wir alle müssen uns Zeit nehmen für unsere Kinder; denn das Lernen endet nicht mit dem Gong zum Schulschluss. Lernen verlangt mehr als Wissen und Kombinatorik.

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig, dass die Qualität der Bildung mit bestimmten Werten fest verbunden ist. Unsere Gesellschaft bleibt ohne das Wissen um die jüdisch-christliche Geistestradition, die griechisch-römische Antike, ohne das Verständnis der Aufklärung und des Humanismus und ohne die Kenntnisse der eigenen Kultur und Geschichte unverständlich.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Achtung vor der Person des Gegenübers, Respekt vor dem Willen des anderen, die Freiheit des Denkens und der Worte, Rechtsstaat und Demokratie.

Meine Damen und Herren! Werte wie Toleranz und Weltoffenheit blieben hohle Phrasen und verkämen zur Beliebigkeit, wenn wir sie ohne den geistesgeschichtlichen Kontext weitergeben wollten. Wir tragen Verantwortung für die geistigen Errungenschaften unseres Kulturkreises. Wir werden uns allen Tendenzen und Strömungen entgegenstellen, die an die Grenzen unserer freiheitlichen Werteordnung stoßen, egal ob von innen oder von außen.

Sachsen ist über all die Jahrhunderte ein weltoffenes Land gewesen. Viele der kulturellen Schönheiten sind Einflüssen von außen zu verdanken. Ich halte die Parole „Grenzen dicht!“ für die denkbar dümmste Handlungsoption, wenn wir unsere Chancen in den kommenden Jahren nutzen wollen.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

In diesem Jahr haben wir die politische Teilung Europas überwunden; die Grenzen zu unseren Nachbarn stehen nach 40 Jahren endlich wieder offen. Heute liegt Sachsen wieder in der wirtschaftlichen Mitte Europas. Viele sehen darin eine Bedrohung, aber darin liegt auch unsere große Chance. Meine jüngsten Gespräche in Wien und Warschau haben mir gezeigt, dass unsere Nachbarn mit den gleichen Hoffnungen auf das vereinte Europa blicken. Wir alle erhoffen uns, dass unsere Regionen in der Mitte des vereinten Europas wieder so aufblühen, wie sie vor dem Krieg auch gewesen sind.

Ich stelle mir ein weltoffenes, ein weltgewandtes Sachsen vor, ein Sachsen, das traditionell im Dialog mit Kunst und Kultur steht. Unser Land zählt zu den dichtesten Kulturregionen in Deutschland und in Europa. Jahrhundertealte Traditionen und ein gewachsenes bürgerschaftliches Engagement haben unser Land in besonderer Weise entwickelt. Die Staatsregierung will diese Tradition bewahren, aber auch Neues fördern.

Ich freue mich ganz persönlich, dass William Forsythe an das Festspielhaus Hellerau kommt. Das neue Museum der Bildenden Künste in Leipzig ist selbstbewusster Ausdruck einer bürgerlichen und immer schon zeitgenössischen Sammlertradition.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir sind stolz auf die großartigen Leistungen unserer weltoffenen Kultur im Freistaat. Sie schaffen die nötige Identität in einer sich wandelnden Welt.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir wollen diese Offenheit Sachsens auch für die Zukunft bewahren, gegen alle anderen Tendenzen, gegen alle Versuche der Polarisierung und Radikalisierung.

(Beifall bei der CDU und der SPD, vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Die Staatsregierung hat ein ehrgeiziges Programm geschnürt. Wir schauen mit Stolz auf das, was hinter uns liegt. Wir gehen mit gemeinsamer Kraft an die Dinge, die jetzt kommen. Dabei helfen uns nicht allein politische Programme und Absichten. Wir brauchen den Willen der Menschen. Wir brauchen die Begeisterung der Menschen für unser Land und die Freude, weiterhin dafür hohe Leistungen zu bringen.

Die Menschen in Sachsen haben hier ihre Heimat. Wir wollen, dass die Menschen hier in Sachsen nach vorn schauen, weil sie unser Land und die Menschen mögen und weil sie hier in Sachsen ihre Pläne machen und ihre Träume verwirklichen können.

Als 1989 die Wende kam, hatten wir alle große Hoffnungen. Vieles haben wir erreicht und können darauf aufbauen. Vieles mussten wir lernen und können heute davon profitieren.

Eines ist mir wichtig: Wir haben gelernt, dass wir unseren eigenen Weg finden und gehen müssen!

Meine Damen und Herren, setzen wir mit Selbstbewusstsein diesen Weg fort! Die Geschichte unseres Landes ist eine Erfolgsgeschichte und muss eine Erfolgsgeschichte bleiben. Die Sachsen haben bewiesen, dass Leistung das Fundament für Wohlstand ist, dass nur aus Arbeit Arbeitsplätze entstehen.

Wenn wir heute die ersten Schritte auf einer neuen Etappe unseres Weges tun, wenn wir im neuen Jahr mit dem Solidarpakt II eine neue Phase der gesamtdeutschen Solidarität beginnen, dann tun wir das in der Gewissheit, dass Sachsen erwachsen geworden ist. Sachsen hat seine eigene kräftige Stimme in Deutschland wiedergewonnen. Die Staatsregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass diese Stimme für mehr Arbeit, für höchste Bildungsstandards und für faire Chancen für alle in diesem Land steht.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Präsident Erich Iltgen: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Ich bitte die Fraktion der PDS das Wort zu nehmen. Herr Prof. Porsch, bitte.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! „Stolz sein auf Sachsen" – damit wird es keine Not haben. Die Geschichte dieses Landes hilft uns da mit Sicherheit und es hängt nicht davon ab, ob wir gerade auch auf die aktuelle Regierung oder deren Ministerpräsidenten stolz sein können.

Ich bin stolz. Ich lebe in Sachsen, in einem Lande, dessen Geschichte nicht durch die großen militärischen Siege geprägt ist, wenn es auch in viele militärische Abenteuer verwickelt war. Die fehlenden militärischen Erfolge gaben vielmehr die Chance, auf kulturelles Gebiet auszuweichen und sich wirtschaftlich durch Erfindungsreichtum, Fleiß, Mut und Vertrauen in die Zukunft zu profilieren, anstatt auf Expansion und Hegemonie zu setzen.

Freilich hielt man in sächsischen Königskreisen für den Gewinn einer Krone schon mal die Nase in den religiösen Wind. Oh, sächsisches Wunder aber, war dies doch zugleich die Überwindung des unsäglichen cuius regio eius religio – wessen Land, dessen Religion – der kriegerischen Zeiten nach der Reformation. Sachsen ertrug, dass die Landeskinder in großer Mehrheit protestantisch, das Herrscherhaus aber fortan katholisch sein konnte, bis hin zu Biedenkopf und Milbradt. Das ist ein fast einmaliger Vorgang in der europäischen Geschichte, der Sachsen zur Kultur und Innovationsfähigkeit auch noch die Toleranz und Weltoffenheit brachte. Nicht nur Richard Strauss nutzte das für seine im damaligen total katholischen Österreich unmögliche Scheidung und Wiederverheiratung.

Friedrich Augusts „Macht euern Dreck alleene!" war die zwar vergnatzte, aber auch der aufgeklärten, spezifisch sächsischen Toleranz eines Königs geschuldete Abschiedsformel angesichts der an die Türe trommelnden Republik. Die Türe musste in Sachsen nicht eingetreten werden.

Augusts des Starken Religionswechsel übrigens machte ihn nicht nur zu einem starken politischen, sondern auch zu einem starken demografischen Faktor, weil er seine Kraft für die Zukunft des Landes einsetzen konnte, anstatt sie mit Kriegen zu vergeuden,

(Beifall bei der PDS)

sieht man mal vom Intermezzo des Nordischen Krieges ab. Aber da half Russland – und August herrschte wieder über Polen, pflegte seine Kunstliebe, seine Prunksucht und seine Mätressen.

Sollte Augusts Treiben auch Sünde gewesen sein, brachte es doch sehr viel mehr Lust als jeder Krieg. Es stellte sich gerade in Sachsen heraus, dass dieser beileibe nicht Vater aller Dinge sein muss. Darauf will ich wohl stolz sein.

Ob August das, was Sünde war, auch wirklich bereute, wissen wir nicht. Nur so wäre ihm für die irdische Absolution in der katholischen Beichte auch im Himmel rechtskräftig vergeben worden. Wir wissen deshalb auch nicht genau, wohin dieser sächsische Weg letztlich führt – ins Paradies oder ins Wehklagen; womit ich jetzt bei der Zukunft und dem „Mut zur Zukunft" wäre. Da ist die Sache offensichtlich viel ungewisser als beim Stolz.

Ich weiß nicht, Herr Ministerpräsident, ob Sie wirklich schon begriffen haben, dass Sie am 19. September dieses Jahres 16 % Ihres vormaligen Stimmenanteils und die absolute Mehrheit im Parlament verloren haben. Die Mehrheit in der Gesellschaft hatten Sie ohnehin schon lange nicht mehr. Sie stellen nur grantig fest, dass zu viele andere gewählt wurden, und bringen dabei gefährlicherweise noch ziemlich viel durcheinander.

Sie sind offensichtlich immer noch nicht darüber hinweg, sich Ihr Sachsen zu träumen, das mit der Wirklichkeit nur wenig gemeinsam hat. Sie picken sich nur die Rosinen heraus, die Sie für den ganzen Kuchen halten. Persönlich seien Ihnen diese Rosinen gegönnt. Der restliche Kuchen schmeckt ja auch nicht. Wenn Sie dies aber als Ministerpräsident tun, so ist das fatal fürs Land. Denn die glitschige Masse des Kuchens ist das, wovon allzu viele im Lande sich nähren müssen, ohne je zu erleben, wie die Rosinen schmecken.

Der Ministerpräsident kündigt zwar einen besseren Kuchen an. Allein, wie er werden soll, sagt er nicht. Alles soll noch attraktiver werden. „Es muss uns noch besser gelingen" – das nannten wir früher den sozialistischen Papperlativ.

(Beifall bei der PDS)

Ich stelle fest: Der Papperlativ ist gar nicht systemgebunden.

(Heiterkeit bei der PDS)

Sie beherrschen ihn, Herr Ministerpräsident, ebenso großartig wie einst ratlose Politbürokraten.

Sie sprechen vom notwendigen zweiten Aufbruch. Da muss ja mit dem ersten, zumindest in den letzten Jahren, die Sie zu verantworten haben, einiges schief gelaufen sein.

Den Erwartungen auf Konzepte für die Zukunft begegneten Sie heute über weite Strecken mit Politkitsch.

Die Zahlenmagie, der sich der Ministerpräsident ergibt, ist die von Steigerungsraten, die allerdings kaum einen Arbeitsplatz schaffen. Da greift Ratlosigkeit um sich. Politikverdrossenheit im Lande ist die Folge. Nationalismus, Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus drohen die sächsische Toleranz und Weltoffenheit nachhaltig abzulösen und geraten zur Schande so großer Sachsen wie Lessing, aber auch des Freigeistes Nietzsche. Willkommen ist nur mehr der Investor, nicht aber ein Nächster in Not. Man geht weg, um anderswo zu wirtschaften und zu heiraten.

Im Lande ist eine neue politische Situation entstanden, und zwar geschuldet der Landespolitik der CDU, die seit Jahren nur noch den Problemstau verwaltet, und geschuldet einer Bundespolitik, die unter sozialdemokratischer Führung und unter dem Beifall der Unternehmerverbände mit dem Sozialstaat aufräumt, wie es sich konservative Politik wahrscheinlich nie getraut hätte. Hartz IV ließ im Sommer das Fass endgültig überlaufen,

nachdem schon die so genannte Gesundheitsreform kaum noch zügelbaren Unmut bei den Betroffenen hervorgerufen hatte. Das Fass lief über und schwemmte die SPD im Lande Sachsen hinein in ein historisch einmaliges Wahldesaster.

Die CDU bekam die Quittung für Fantasie- und Konzeptionslosigkeit angesichts andauernder Arbeitslosigkeit im Lande zwischen 17 und 19 %. Das sind seit Jahren konstant 400 000 von der Arbeitslosigkeit Betroffene, wobei sich die Langzeitarbeitslosigkeit fast schon galoppierend verbreitet. Die geringen Schwankungen bei den Arbeitslosen sind einzig saisonal und neuerdings auch statistisch bedingt. Strukturschwache Regionen hatte der Ministerpräsident schon explizit aufgegeben. Die Schule des 19. Jahrhunderts wird zum sächsischen Erfolgsmodell hochgelogen. Die finanzielle Knebelung und die mehr und mehr auch damit verbundene inhaltliche Beschränkung der Universitäten und Hochschulen wurden mit dem bekanntlich stinkenden Eigenlob für einen angeblichen Hochschulpakt zu verdecken versucht, der doch nur Ergebnis von Erpressung war. Kleine und mittlere Unternehmen verloren zunehmend an Förderung. Am schlimmsten aber: Schwarzer Filz im Verein mit absolutem schwarzem Herrschaftsanspruch überzog das Land und drohte es zu ersticken. Der Verlust von fast 16 % des Stimmanteils und damit auch der absoluten Mehrheit im Landtag ist angesichts solcher Tatsachen wohl mehr als gerecht.

(Beifall bei der PDS)

Wir haben eine neue politische Situation im Lande, aus der sich mehrere mögliche Wege in die Zukunft ergeben. Die Situation ist durch Erfreuliches und Chancenreichtum ebenso charakterisiert wie durch möglicherweise Lähmendes oder sogar Katastrophales. Sehr unterschiedliche politische Kräfte konnten aus der Situation im Lande Vorteile und neue Positionierungen erlangen. Daraus sind neue Möglichkeiten für das Land entstanden – neue Möglichkeiten für politische Partnerschaften, aber auch ganz klar neue politische Konkurrenz und neue Gefahren für das Land: Sie kommen von rechts.

Herr Ministerpräsident, Ihre klaren Worte heute zur NPD in Ehren – haben Sie herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der PDS)

Ihr egozentrisches politisches Weltbild, das Sie selbst zur Mitte macht und von ominösen Rändern gefährdet sein soll, sollten Sie jedoch vergessen. Es ist kreuzgefährlich.

(Beifall bei der PDS)

Die parlamentarische Sitzgeografie erklärt nichts. Rechts ist inhaltlich definiert: nationalistisch, leitkulturneurotisch, demokratiefeindlich und voll zerstörerisch aggressiver Angst vor Anderem und Fremdem.

(Zuruf von der NPD)

Das alles keimt und wächst auch in der Mitte der Gesellschaft. Politisch rechts und dementsprechend gefährlich bleibt es dennoch, nicht zuletzt wegen des perversen Missbrauchs legitimer Bindungen und Identifikationen. Davon haben die Nazis schon einmal profitiert.

In einer solchen Situation ist eine orientierungslose Regierung der Zukunft des Landes beileibe nicht förderlich. Nur wegreden werden wir die Gefahren nicht. Ich weiß nicht, ob die Formulierung von der Koalition der Verlierer die Sache ganz trifft, die jetzt eingetreten ist. Sie trifft alles nur äußerlich. Ich meine vielmehr, wir müssen von einer Notgemeinschaft sprechen, die die Verlierer zusammenbrachte, denn einzig sie konnten – das muss man anerkennen – gerade noch so viel politische Gemeinsamkeit und noch so viel politisches Gewicht aufbringen, um sich eine rechnerische Mehrheit für ihre Koalition zu sichern. Eine politische Mehrheit haben sie aber weder im Parlament sicher und schon gar nicht in der Gesellschaft. Um dies zu erkennen, brauchte es nicht erst des Debakels bei der Wahl des Ministerpräsidenten. Es war aber beredter Ausdruck der politischen Wirklichkeit im Lande.

Der Koalitionsvertrag – Sie haben ihn gerade so gelobt, Herr Ministerpräsident – ist ein der Saison angepasster Wunschzettel an den Weihnachtsmann.

(Beifall bei der PDS)

Darauf steht, was man sich alles wünschen könnte. Der Weihnachtsmann dann, in Gestalt von vielen Kommissionen und Arbeitsgruppen, wird entscheiden, was man sich wünschen darf. Das wird nicht viel sein schon angesichts des dürftigen Wunschzettels, noch weniger wird es wohl im Lichte der finanziellen Möglichkeiten des Landes. Gerade wegen der eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten käme es aber darauf an, das wirklich Wichtige und das wirklich Richtige zu tun. Insgesamt handelt es sich bei der Koalitionsvereinbarung trotz der anerkennenswerten roten und rosaroten Punkte um ein längst überholtes konservatives Programm, das politische Gestaltungsmacht mit Wirtschaftsmacht verwechselt, und Wirtschaftsmacht wird einzig an Wachstum gemessen. Im Übrigen haben wir ja mittlerweile so einige Meldungen über die Realisierbarkeit der Wünsche auf dem Koalitionswunschzettel. An den Weihnachtsmann braucht dabei niemand zu glauben, wohl aber an den Ministerpräsidenten und an Staatsminister wie Frau Orosz oder Herrn Flath. Der Ministerpräsident wollte die Kommunen gleich aller zugesagten Geschenke berauben. Da gab es Radau und wie es scheint, sind jetzt die Geschenke doch gesichert. Allein der dreiste Versuch zeigt aber, womit wir noch rechnen müssen.

(Beifall bei der PDS)

Herr Flath erklärt uns, dass die Grundschulen nur dann etwas bekommen können, wenn man es den Gymnasien und Mittelschulen nimmt. Da beschenkt der Weihnachtsmann den einen auf Kosten der anderen. Wer sich darauf freute, dass die Kita-Plätze ohne Einschränkung zugänglich würden, weil ja Zugangsbeschränkungen von den Koalitionären im Vertrag eindeutig abgelehnt werden, der und die sieht sich eines Schlechteren belehrt. Frau Orosz sprach Klartext – ebenso Herr Flath, um noch einmal auf ihn zurückzukommen.

An die Stelle der Einlösung des Versprechens, so genannte Gemeinschaftsschulen zuzulassen, tritt die Verleumdung der bereits über 100 Anträge als Versuch, Schulstandorte zu retten. Und wenn schon, möchte man sagen – so mancher Schulstandort sollte ja auch gerettet werden! Wenn dann noch Neues, Besseres dabei entsteht, soll es doch recht sein, und dafür will ich mich dann sogar bei der SPD bedanken.

(Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD: Na also!)

– Es muss aber erst entstehen, mein lieber Herr Weiss. Also müssen Sie schon noch ein bisschen arbeiten mit der Regierung und in der Regierung!

Fördermittel zur Verhinderung des Schlimmsten, was deutsche Sextouristen im tschechischen Grenzgebiet nicht zuletzt gegenüber Kindern anrichten, werden schon lange nicht mehr gewährt. Kinderweihnacht wird teilbar. Da kann ich gar nicht mehr lachen. Einzig Wirtschaftsminister Jurk erinnert sich seiner sozialdemokratischen Herkunft und winkt mit Gutscheinen für billiges Benzin. Die Gutscheine werden wohl so viel wert sein wie einst meine Gutscheine fürs Bravsein, die ich meiner Mutter zu Weihnachten schenkte. Gerührt waren wir alle und doch stand nur der Wille fürs Werk.

(Beifall bei der PDS)

Was der Wunschzettel wirklich wert ist, wird ohnehin erst die Haushaltsdebatte zeigen. Ich will dieser nicht vorgreifen. Klar ist aber, dass neue Wünsche weitgehend neue Schulden brauchen oder schmerzliche Kürzungen anderswo. Neue Schulden sind angekündigt genauso wie das weitere Sparen – koste es, was es wolle. Der Koalitionsvertrag ist schwammig genug – es mag ja sogar professionell sein –, um Reserven für Umschichtungen oder Streichungen vorzuhalten. Das betrifft vor allem den Bereich Soziales und Gesundheit. Es betrifft zum Beispiel die Jugendhilfe, die Polizei.

Bis auf die Bibliotheksausstattung – wieder etwas zu rühmen – betrifft diese Streichreserve auch die Hochschulen. Vor allem jedoch werden die Personalstellen schneller und drastischer gekürzt als zunächst vorgesehen. Das bisher gültige Personalabbaukonzept der Staatsregierung ging von der Zielgröße 88 500 Stellen im Jahr 2008 aus. Diese Zahl wurde im Einvernehmen der Koalitionspartner nun herabgesetzt auf 80 000. Die Zukunft ist also durchaus ungewiss. Vor allem für Menschen, für Einzelne ist sie ungewiss. Aber einer Sache können Sie sich ganz sicher sein, Herr de Maizière, da ist die Zukunft nie ungewiss: Die PDS-Fraktion wird wiederum und nun schon traditionsgemäß die Haushaltsdebatte mit einem eigenen alternativen Haushaltskonzept wesentlich mitgestalten.

(Beifall bei der PDS)

Dass Sie sich darauf freuen, ist klar, weil es da noch ein paar gute Ideen gibt, die Sie vielleicht dann dort einbauen können. Seit Jahren vergleicht uns der Ministerpräsident in eigener Manier an die Spitze im Wirtschaftswachstum, im Bildungswesen, bei den Hochschulen usw. – dazu hatten wir gerade wieder eine Lehrstunde. Die Frage ist nur, was verglichen wird und womit. Insolvenzzahlen pro Kopf haben da zum Beispiel keinen Platz und der Durchschnitt Deutschlands reicht als Zielstellung. Siege in der letzten Liga werden bejubelt. Was die wert sind, Herr Ministerpräsident, können Sie bei Lok Leipzig nachfragen.

Inzwischen vergrößert sich aber der Rückstand zum EU-Durchschnitt weiter – wenn auch mit etwas geringerer Geschwindigkeit als in den meisten anderen Bundesländern –, aber immer noch steht das Schlusslicht Deutschland-West vor dem Spitzenreiter Deutschland-Ost und am Abstand ändert sich nichts oder er wird größer.

Es bleibt dabei: Mit der CDU und der Majorität der CDU ist keine wirklich zukunftsfähige Politik für das Land zu machen. Das trifft auf alle wichtigen Politikfelder zu. Da mag eine SPD das eine oder andere korrigieren oder wenigstens entschärfen können; wie weit sie damit kommt, ist ihre Sache, an den Grundlagen ist nichts zu ändern. Deshalb wird unsere gesamte Politik in dieser Legislatur darauf gerichtet sein, dem Land und möglichen politischen Partnern zu zeigen, dass die für das Land so notwendigen politischen Alternativen links von der CDU liegen und nur mit der PDS und nicht gegen sie zu haben sind.

(Beifall bei der PDS)

Erstaunlicherweise scheinen wir uns ja in einigem einig zu sein: Alternativen braucht das Land – vor allem für die Entwicklung eines modernen Bildungssystems. Als Willensbekundung höre ich das schon seit langem aus dem Regierungslager, nur, es passiert nichts. Alternativen braucht das Land – für eine solche Entwicklung der Wertschöpfung, die deutlich mehr als bisher neue Arbeitsplätze schafft. Alternativen braucht das Land für die Beherrschung der demografischen Entwicklung und ihrer Folgen, für die sozialpolitische Gestaltung der weiteren Transformation und für seine demokratische und bürgernahe innere Verfasstheit, insbesondere also für die Verwaltungsmodernisierung und -reform. Diese Alternativen aber müssen Alternativen im Sinne der bestmöglichen Sozialpolitik sein, nämlich einer Politik, die es den Menschen ermöglicht, aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und damit ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Hierfür gibt es möglicherweise mehr Gemeinsamkeiten zwischen der demokratischen Opposition und der SPD als zwischen den Koalitionsfraktionen selbst. Wir wollen diese Möglichkeiten nutzen – freilich nicht, um einen oppositionellen politischen Einheitsbrei herzustellen. Es wird Schnittmengen geben, die es zu nutzen gilt; die Unterschiede dürfen und können aber auch nicht verwischt werden. Das wäre auch abträglich für Demokratie. Es ist ja gut, dass wir alle hier drin sitzen – nicht alle, aber fast alle.

Die PDS ist und bleibt Trägerin von eigenen und unverwechselbaren Alternativen, weil unsere demokratisch-sozialistische Option in allen konkreten politischen Angeboten und Handlungen den Durchbruch oder zumindest ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit bedeutet. Darunter ist mit uns nichts zu machen.

(Beifall bei der PDS)

Wir werden keinen vermeintlichen Sachzwängen folgen, die dem berechtigten sozialen Anspruch von Politikgestaltung zuwiderlaufen. Irdisch bleiben wir dennoch, das kann ich versprechen. Dass man uns etwas zutraut, davon zeugt das Wahlergebnis.

Wir werden selbstverständlich auch Positives, nach vorn Weisendes, so es denn aus der Koalition kommt, durchaus mit befördern, wenn es unserem Wahlspruch „Sozial – mit aller Kraft“ entspricht. Die wacklige Mehrheit der Koalition wird diese ohnehin dazu zwingen, früher oder später mit uns zu reden. Ich habe Herrn Milbradts Appell für Kollegialität im Parlament nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten nicht überhört. Wir sind zu Kollegialität bei Beratungen und Beschlüssen gern bereit, wenn wir den Eindruck haben, auch wirklich gehört und ernst genommen zu werden. Zum Mehrheiten-Retten oder SPD-Stärken stehen wir jedoch nicht zur Verfügung. Kollegialität bedarf übrigens zuvörderst der Rückkehr zur Fairness im Umgang miteinander. Dazu konnte ich keinen Beitrag für meine Fraktion in Ihrer heutigen Erklärung erkennen.

In „Aleksa.“, dem alternativen Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen, haben wir von der PDS uns eine gute Grundlage für eine Politik geschaffen, die im Interesse des Landes ist, und indem wir eine solche Politik verfolgen, werden wir auch „Aleksa.“ weiterschreiben.

Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung von Ökonomie braucht in Politik einen produktiven Widerpart, der volkswirtschaftliche und sozialstaatliche Ansprüche einbringt und durchsetzt. „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“ kann nicht heißen, sich der Wirtschaft bedingungslos auszuliefern und die Aufgaben für Politik einzig darin zu sehen, die Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg und notwendige Voraussetzungen dafür, wie zum Beispiel Bildung oder Sicherheit, zu schaffen. „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“ kann nur so interpretiert werden, dass Wirtschaftstätigkeit und wirtschaftlicher Erfolg durch Politik so beeinflusst und genutzt werden, dass die Ergebnisse dem Nutzen aller zugute kommen. Dies ist übrigens ein Verfassungsgebot.

Es kann auch nicht sein, dass wir zum Teil zweistellige Steigerungsraten bei der Industrieproduktion oder im Exportgeschäft haben – erkauft mit riesigen Fördersummen – und dies keinerlei Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt insgesamt hat. Die PDS hat schon seit langem und sehr oft hier in diesem Hohen Hause und anderswo darüber gesprochen. Die vom Ministerpräsidenten heute wiederholte monolithische Theorie vom Wachstum als Ausweg aus allem Übel ist doch längst an solchen Zahlen zerschellt. Er will aber nicht einmal seinem Vorgänger, der sehr viel weiter in der Erkenntnis ist, Gehör schenken.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie vielleicht sonst schon nichts von Marx halten – vielleicht sollten Sie ihm wenigstens in der Erkenntnis folgen, dass das Kriterium der Wahrheit die Praxis ist.

(Karl Nolle, SPD: Wohl wahr!)

Und die Praxis lehrt uns folgende Wahrheiten:

– Na klar, Herr Nolle, es ist doch schön, dass Sie mir zustimmen – wohl wahr.

Die Praxis lehrt uns folgende Wahrheit – jetzt bin ich gespannt, ob Sie auch noch mal „wohl wahr“ ist – –

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

– Herr Nolle, Sie sind doch das lebende Beispiel für Transformation ohne Veränderung der äußeren Gestalt.

(Heiterkeit)

Die Praxis lehrt uns folgende Wahrheiten:

Erstens. Ein Bildungssystem ist dann modern, wenn es aufhört, ein Instrument zur Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse der Ungleichheit und ungleichen Chancenverteilung zu werden, und im Gegenteil dazu beiträgt, genau solche Verteilungsverhältnisse aufzuheben. Davon sind wir weit entfernt. Die Bildungsfähigkeit aller Kinder gleichermaßen auszuschöpfen muss unser Ziel sein, zu dessen Erreichung wir uns im Lande schnellstens auf den Weg machen müssen.

(Beifall bei der PDS)

Unser streng gegliedertes Schulsystem mit der frühen Differenzierung der Bildungswege ist dazu ungeeignet. Punktum!

(Beifall bei der PDS)

Wenn wir noch besser dastehen als andere, heißt das keineswegs, dass wir gut dastehen. Das Wissen um Bildung als Instrument zum sozialen Aufstieg hat sich in der DDR herausgebildet und prägt nach wie vor. Daran hat sich die CDU-Schule zwar versündigt; zerstören konnte sie es allerdings noch nicht ganz.

Zweitens. Wirtschaft erfüllt dann ihre sozialstaatliche Funktion, wenn ihr Florieren mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden ist. Einfaches quantitatives Wachstum reicht dafür nicht mehr aus, noch weniger das heutige sentimentalische Jammern des Ministerpräsidenten. Einseitige Verteilung von Rationalisierungsgewinn zum Nachteil freigesetzter menschlicher Arbeitskraft hat keine Zukunft. Niedriglöhne, Minijobs statt Arbeit auf tariflicher Basis, Teil- oder Ein-Euro-Jobs lassen den Mut auf Zukunft sinken. Die Möglichkeiten der EU nutzende, grenzüberschreitende Mindestlöhne könnten Lohndumping einschränken und Kapitalflucht stoppen, also Mut zur Zukunft aufbauen.

Politik muss dafür sorgen, dass die Gesellschaft ausreichenden Nutzen aus Wirtschaftstätigkeit im Sinne der Erfüllung vor allem sozialer, ökologischer und kultureller Aufgaben zieht.

Natürlich ist es nicht allein auf Landesebene zu erreichen. Mit entsprechenden Bundesratsinitiativen muss sich deshalb Landespolitik für eine gerechte Steuerreform, die auch die öffentliche Hand wieder aktionsfähig macht und mit ausreichenden Mitteln versorgt, einsetzen. Natürlich brauchen wir auch den gerechten Ausgleich, nicht zuletzt den gerechten Finanzausgleich zwischen den Ländern. Ein primitiver Wettbewerbsföderalismus kann nicht Ziel sozialstaatlichen Handelns sein.

Das Land selbst hat aber auch Möglichkeiten. Vor allem die Förderpolitik kann gerechte und wirtschaftlich vernünftige Proportionen zwischen Wachstumskernen und Peripherie, zwischen Großen und Kleinen in der Wirtschaft herstellen. Hier liegt noch vieles im Argen und wir werden sehen, was Herrn Jurks Versprechungen wert sind.

Drittens. Es reicht nicht, auf die demografische Entwicklung allein reduktionistisch zu reagieren wie zum Beispiel bei der Schulnetzplanung, beim öffentlichen Dienst und anderswo. Bevölkerungsschwund macht Wege nicht kürzer, die Beine von Kindern nicht länger und schränkt persönliche Bedürfnisse nicht ein. Die lange Schulbusfahrt ist für weniger Kinder nicht weniger anstrengend als für viele. Für die Rentner und die Rentnerinnen bleibt der Weg zur Verwaltung oder zum Arzt gleich lang oder er wird länger, wenn die Zentren verlegt werden. Das Recht, ins Theater zu gehen, haben alle Menschen im Land, nicht mehr nur die Großstädter. Die alternde Bevölkerung braucht dezentrale Lösungen; das Gegenteil wird in Sachsen gemacht. Wir brauchen Impulse für eine Umkehr des fatalen demografischen Trends. Dazu muss man Angebote machen, auch wenn sie sich erst in 50 Jahren auswirken. Dazu muss man allen eigenen Potenzialen eine Zukunft geben, Potenzialen, die es anderswo nicht gibt und die deshalb Menschen ins Land holen.

Viertens. Die gewaltigen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft rufen nach neuen Lösungen für deren sozialpolitische Gestaltung. Natürlich steht eine Reform der sozialen Sicherungssysteme auf der Tagesordnung. Sie kann aber nur durch Solidarität getragen sein, nicht durch die rücksichtslose Individualisierung der Lebensrisiken.

(Beifall bei der PDS)

Landespolitik muss sich dazu eindeutig positionieren; sonst werden auch deren Gestaltungsspielräume und vor allem die der Kommunen in einer erstickenden Enge münden.

Fünftens. Verwaltungsmodernisierung ist nicht vornehmlich eine Frage des Personalstandes, sondern eine Frage der Aufgaben, die zu erfüllen sind. Wir brauchen eine Aufgabenkritik, die der Reform vorangeht und ihr ein Ziel gibt. Bürgermitbestimmung und Beförderung von Eigeninitiative sind gefragt, nicht simple Technokratisierung der Staatsgeschäfte oder deren vermeintliche Verbilligung durch Privatisierung.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Stellen wir uns gemeinsam diesen Aufgaben! Stellen wir uns ihnen mit Mut für die Zukunft und mit aller Kraft – aber etwas anders als August der Starke, nämlich „Sozial, mit aller Kraft“.

(Lang anhaltender Beifall bei der PDS)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort. Herr Dr. Hähle, bitte.

Dr. Fritz Hähle, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir debattieren über die erste Regierungserklärung in einer neuen politischen Situation, auch wenn zunächst der Eindruck vorherrschen mag, es seien die gleichen Akteure wie vorher; zumindest bis zu meinem Auftritt könnte man das glauben. Doch Sie wissen: Dieser Eindruck täuscht; die nachfolgenden Redner werden dem Landtag signalisieren, dass doch einiges anders geworden ist.

Der Wählerwille hat die Zusammensetzung des Sächsischen Landtages verändert. Da aber alle Gewalt vom Volke ausgeht und durch Wahlen und Abstimmungen von ihm wahrgenommen wird, steht es weder den Gewählten noch den nicht Gewählten zu, das Wahlergebnis zu beklagen.

Das Volk hat auch keine Zweifel daran gelassen, wer die Regierung in Sachsen bilden soll. Da gab es politisch und rechnerisch kaum einen Spielraum.

(Dr. Cornelia Ernst, PDS:
Dann können Sie nicht rechnen!)

– Ich habe gesagt: „kaum einen Spielraum“. Vor allem gab es keinen politischen Spielraum.

Im Sächsischen Landtag sind nunmehr sechs Fraktionen vertreten. Damit alle angemessen zu Wort kommen können, muss für alle Beratungen mehr Zeit eingeplant werden. Auch darüber sollten wir nicht klagen. Das Volk kann verlangen, dass seine Abgeordneten diesen Arbeitsaufwand bewältigen und es unter allen Umständen als ihre vornehmste Verpflichtung ansehen, dem Wohle des Volkes zu dienen. Darauf sind wir zu Beginn dieser Legislaturperiode verpflichtet worden.

Die Zusammensetzung des Landtages ist bunter, vielfältiger und – zumindest für Journalisten – interessanter geworden. Mir lag schon der Satz auf der Zunge: „Auf manche Farbe könnten wir verzichten!“ Aber das wäre ein falscher Zungenschlag; denn das Parlament kann von sich aus nicht auf irgendjemanden verzichten, der vom Volk in dieses Parlament gewählt worden ist.

Der Landtag ist allerdings nach Artikel 39 der Sächsischen Verfassung Stätte der politischen Willensbildung. Hier liegt neben der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierung unser Auftrag. Die Fraktionen sind gehalten, ihre jeweiligen Positionen klar, deutlich und für jedermann erkennbar darzulegen. Dazu sind die Plenarsitzungen des Landtages auch da.

Ich will diese Positionsbestimmung im Rahmen dieser Debatte zur ersten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten für die CDU-Fraktion vornehmen.

Wir wollen mit unseren Parlamentsdebatten dazu beitragen, dass sich der politische Wille des Volkes wieder zugunsten der demokratischen Mitte verändert.

(Beifall bei der CDU und
vereinzelt bei der SPD)

Wir werden die falschen Konzepte und gefährlichen Ideologien derer, die am rechten und am linken Rand des politischen Spektrums im Trüben fischen, aufdecken. Wir wollen erreichen, dass die Bevölkerung Sachsens in die eigene Kraft und Leistungsfähigkeit, in den Stolz auf das Erreichte, in die Zukunft Sachsens und unseres deutschen Vaterlandes, in das große Frieden schaffende Projekt des zusammenwachsenden Europas wieder mehr Vertrauen setzt. Wir wollen ferner erreichen, dass die

Mehrheit schließlich wieder den Institutionen des Grundgesetzes und der Sächsischen Verfassung vertraut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können verlorenes Vertrauen nur zurückgewinnen, wenn wir bei aller Klarheit der eigenen Positionsbestimmung niemanden ausgrenzen oder gar verachten. Die Frage der Glaubwürdigkeit entscheidet sich auch an einem würdigen Umgang miteinander.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich wünsche mir, dass nicht nur die Fraktionen der Koalition ein vernünftiges Miteinander praktizieren, sondern dass es auch gelingt, wenigstens partiell die Fraktionen der FDP und der GRÜNEN für ein partnerschaftliches Zusammenwirken zu gewinnen.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Wie stellen wir uns den Umgang mit der NPD- und der PDS-Fraktion vor?

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Herr Hähle, langsam reicht es!)

Ganz einfach: sachlich, aber konsequent!

Auf die Frage „Setzen wir beide Fraktionen auf eine Stufe?“ – diese Frage kommt immer wieder hoch – sage ich: Nein, es sollte schon eine Differenzierung geben.

Zunächst zur NPD! Gemessen an den gut dokumentierten Aussagen der NPD-Führung und etlicher NPD-Mitglieder ist nur eine Einschätzung möglich: Die NPD verfolgt verfassungsfeindliche Ziele.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und vereinzelt bei der PDS)

Sie frönt einer Ideologie, die schon einmal nicht nur Deutschland, sondern große Teile der Welt in eine bis dahin nie da gewesene Katastrophe geführt hat. Schnauze voll, Herr Apfel!

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und vereinzelt bei der PDS – Holger Apfel, NPD: Das haben Sie nicht zu entscheiden!)

Wir werden die Mitglieder Ihrer Fraktion nicht duzen.

(Zuruf von der NPD: Darauf können wir gern verzichten!)

Wir werden auch bei Ihren Debattenbeiträgen nicht klatschen, anders, als es uns unverständlicherweise unterstellt wird. Das möchte ich festhalten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Holger Apfel, NPD: Wir machen keine Freundewirtschaft wie Ihre Partei!)

Natürlich sind Mitglieder unserer Fraktion auch Menschen; da gibt es Emotionen. Aber der Grundsatz gilt: Wir werden Abstand zu Ihnen halten.

(Beifall bei der NPD)

Wir werden Sie als Menschen aber achten.

Nach unserer Überzeugung sehnt sich der größte Teil der NPD-Wähler natürlich nicht in die Zeit und die Verhältnisse des Nationalsozialismus zurück, sondern bei diesem Wahlverhalten handelt es sich überwiegend um ein Protestsignal gegen die von einem Teil der Wählerschaft wahrgenommene Politik der etablierten Parteien. Dieses Signal müssen wir in der Tat ernst nehmen.

Dass es darüber hinaus bei nicht wenigen jungen Leuten eine regelrechte Sympathie gegenüber rechtsextremem Gedankengut gibt, darf uns erst recht nicht ruhen lassen.

Noch so moderate Reden und die zur Schau getragene Disziplin der NPD-Abgeordneten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es das Ziel dieser Partei ist, den demokratischen Staat zu zerstören. Fremdenfeindlichkeit und Abschottungsbestrebungen schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und vereinzelt bei der PDS)

Ganz im Gegenteil, damit werden Investoren abgeschreckt und unsere Chancen im weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerb gemindert.

Und nun zur PDS. Die Nachfolgepartei der SED beteuert auf Schritt und Tritt ihre Verfassungstreue. Dem steht entgegen, dass es Gruppierungen innerhalb der PDS gibt, die zu Recht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen, weil von ihnen verfassungsfeindliches Gedankengut ausgeht.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Hinzu kommt, dass die PDS immer noch keinen klaren Trennstrich zu ihrer SED-Vergangenheit gezogen hat.

(Dr. Cornelia Ernst, PDS: Aber Sie zu Ihrer?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, solange jeder aufgedeckte Stasi-Fall in der PDS mit Solidarität und Beifallsbekundungen aufgenommen wird nach dem Motto „Willkommen im Klub“, gibt es keinerlei Grund für Entwarnung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Wo leben wir denn?! Die Stasi war doch kein Wohltätigkeitsverein. Haben wir das vergessen? Auf ihr Konto gehen Mord und Folter, Trennung von Kindern und Eltern, Lug und Trug, Verfolgung, Freiheitsberaubung und vieles Schreckliche mehr.

(Beifall bei der CDU, der SPD und Staatsregierung)

Das sind doch keine Kavaliersdelikte, die man einfach unter den Teppich der Geschichte kehren könnte! Was

mich besonders stört, ist, dass die PDS mit dem Einzug der NPD in den Landtag für sich ein neues Deckmäntelchen gefunden zu haben scheint nach dem Motto: Wir sind die einzige wirksame Kraft gegen Rechts, wir die Antifaschisten. Täuschen Sie sich nicht! Darauf fallen wir nicht herein!

(Beifall bei der CDU –
Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Wer hat denn das gesagt?)

Ihr Klamauk, den Sie in den ersten Sitzungen des 4. Sächsischen Landtages veranstaltet haben, und erst recht nicht die Aktivierung der linksautonomen Szene, wie jüngst in Pirna, wird keinen einzigen NPD-Wähler davon überzeugen, dass er sich zur Wahl möglicherweise falsch entschieden hat, ganz im Gegenteil.

Ich neige dazu, mir einige Sätze von Christian Graf von Krockow zu Eigen zu machen, der in seiner Churchill-Biografie von 1999 unter anderem Folgendes ausführt: „Die geistige Auseinandersetzung, die intellektuelle Debatte des 20. Jahrhunderts ist im kontinentalen Europa von den beiden radikalen Bewegungen geprägt worden. Sei es als Parteigängerschaft, sei es als Antikommunismus oder Antifaschismus. Wie kam es zur Verführbarkeit der Massen und zur Komplizenschaft der Intellektuellen?

So oder ähnlich lauten die Fragen, zu denen sich inzwischen etwas wie Ratlosigkeit mischt, weil plötzlich gegenstandslos geworden ist, worum man so lange und so leidenschaftlich gestritten hat. Gerade dies sollte der Anlass dafür sein, an der Jahrhundertwende den Jahrhundertrückblick einer entscheidenden Revision zu unterziehen, denn unserer Debatte und historischen Perspektive, mit welchem Pro und Kontra auch immer, haftet etwas peinlich Provinzielles an. Die Alternative zum Kommunismus“ – so Graf von Krockow – „war nicht der Faschismus oder umgekehrt, sondern den wirklichen Gegenpol zu beiden Bewegungen bildeten die liberalen westlichen Demokratien.“

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN
und der Staatsregierung)

So weit dieses Zitat. Folgt man diesen Gedanken, dann kommt es auch heute darauf an, dass die gemäßigten demokratischen Kräfte zusammen gegen die Extremisten stehen. Der Streit, welche Seite die gefährlichere sei, links oder rechts, ist müßig – die wehrhafte Demokratie darf weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU –
Beifall bei der FDP)

Da hilft es auch nicht, wenn man die Zahlen aus dem Verfassungsschutzbericht gegeneinander aufwiegt. Gewaltbereitschaft und Gewalt auf der einen Seite, wenn auch zahlenmäßig geringer angeführt, ist genauso wenig zu vertreten wie auf der anderen Seite, wo man wesentlich mehr Delikte festgestellt hat. Es gibt kein Unrecht, das durch ein anderes Unrecht aufgewogen werden könnte.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Diese Positionsbestimmung wird in Landtagsdebatten wohl immer wieder eine Rolle spielen; sie darf uns aber nicht die ganze Legislaturperiode ausschließlich beschäftigen. Wichtig ist das, was der Herr Ministerpräsident heute in seiner Regierungserklärung ausgeführt hat. Wichtig ist, was uns Zukunftsfähigkeit erlangen lässt. Dazu gehört auch Zuversicht, dass die Menschen im Lande wieder Mut bekommen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Wir haben die Aufgabe, unser Land weiter aufzubauen, genauer gesagt, möglichst gute Bedingungen zu schaffen, damit es sich weiter gut entwickeln kann. Sachsen soll ein Land bleiben und in mancher Beziehung noch werden, in dem die Menschen gern leben, ihr Auskommen finden, nicht nur heute, sondern auch in Zukunft. Regierung und Landesparlament müssen alles daransetzen, dass die besonderen Bedingungen des notwendigen Anpassungsprozesses und die Notwendigkeit, teilungsbedingte Nachteile auszugleichen, vom Bund und von der EU weiterhin anerkannt und berücksichtigt werden.

Es hat sich wohl inzwischen herumgesprochen und es war auch Bestandteil der Regierungserklärung, dass wir auf der anderen Seite in erster Linie selbst dazu beitragen müssen, die gewährten Hilfen sinnvoll und zweckentsprechend einzusetzen. In Sachsen ist das bisher gelungen. Die Koalition hat sich verpflichtet, diesen Weg fortzusetzen. Dafür sind wir dankbar.

Es bedeutet, dass streng zu trennen ist zwischen Finanzmitteln, die für Investitionen vorgesehen sind – das sind vor allem die Mittel aus dem Solidarpakt –, und den laufenden Ausgaben, überwiegend für Gehälter für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Letztere müssen fortlaufend gezahlt werden, Monat für Monat, auch dann noch, wenn der Solidarpakt II nach dem 31. Dezember 2019 endgültig ausgelaufen sein wird. Nicht erst dann, sondern möglichst schon heute müssen wir es schaffen, die laufenden Ausgaben mit den laufenden Einnahmen (ohne Solidarpaktmittel) in Übereinstimmung zu bringen. Hieran knüpft sich die Frage: Wie viele Beschäftigte können wir uns bei welcher Gehaltshöhe gemessen an den Einnahmen leisten? Das ist eine ganz klare Botschaft. Daran kann man nichts deuteln.

Allerdings wird es hier unterschiedliche Antworten geben. Die Gewerkschaften werden andere Vorstellungen haben als die öffentlichen Arbeitgeber. Auseinandersetzungen sind also vorprogrammiert. Diese Auseinandersetzungen könnte man allerdings mit einer verantwortungslosen Politik vermeiden, mit einer Politik der ständig steigenden Neuverschuldung und der hemmungslosen Fehlverwendung der Solidarpaktmittel. Der große Knall kommt dann erst später, spätestens 2020, höchstwahrscheinlich aber schon wesentlich eher; denn der Bund und die Geberländer werden sich überlegen, ob sie ihre Solidarität unter solchen Bedingungen fortführen wollen. Immer mehr stellt sich auch die Frage, ob sie es überhaupt noch können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nun noch der Frage nachgehen: Wie weit sind unsere Auffas-

sungen von denen anderer demokratischer Parteien entfernt? Glaubt man den Aussagen von Frau Hermenau, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in der Sendung mit Sabine Christiansen am 28. November 2004, dann gibt es zwischen ihrer Partei und uns in den Kernfragen der Politik kaum Differenzen. Sie sieht für Deutschland vor allem drei Probleme – das habe ich mir aufgeschrieben: das Zinsproblem, das Steuerproblem, das Rentenproblem.

Ich will das aufgreifen. Von den Zinsen käme man herunter, wenn der Staat in der Lage wäre, Schulden zu tilgen. Wir haben uns das nach 2009 vorgenommen. Wir wollen bis 2009 auf Null kommen, dann müsste es eine Ära geben, in der der Freistaat Sachsen in der Lage wäre, Zinsen zu tilgen. Das ist ziemlich einmalig in Deutschland und ist eine Zukunftsvision, aber eine realistische und vor allem notwendige. In diese Lage können wir aber nur kommen, wenn es uns gelingt, die Ausgaben des Staates zu verringern und/oder die Steuereinnahmen zu verbessern. So weit das Problem.

Das Rentenproblem lässt sich nach meiner Überzeugung im bisherigen System überhaupt nicht lösen, auch wenn Norbert Blüm auf dem jüngsten CDU-Bundesparteitag immer noch anderer Meinung war. Hier ist eine Umstrukturierung und ein gerechtes Austarieren zwischen den Generationen nötig. Daran geht kein Weg vorbei. Dazu gehört zunächst eine ehrliche Information über die Möglichkeiten. Deutschland hat 82 Millionen Einwohner, davon sind zurzeit lediglich 26,3 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Rentenversicherung – so war zu hören – braucht derzeit schon 80 Milliarden Euro Bundeszuschuss aus Steuermitteln jährlich. Das ist ein Teil der Problemlagen, in die unser Wirken in der 4. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages eingebettet ist, ob wir es wollen oder nicht.

Zur Lösung dieser Probleme können wir mit unserer Landespolitik nur zu geringem Teil beitragen. Aber das, was wir tun können, müssen wir tun. Dazu brauchen wir einen parteiübergreifenden Pakt für eine langfristige, nachhaltige Politik, die den Interessen künftiger Generationen Vorrang einräumt vor den Interessen von heute. Ich weiß natürlich, dass die Menschen, die heute leben, nicht immer nur auf die Zukunft vertröstet werden können. Ich kann mich noch an die Zeiten erinnern, als immer versucht wurde, uns die Zukunft in leuchtenden Farben darzustellen, und gleichzeitig die Entschuldigung kam, dass es heute wegen der besonderen Umstände und Bedingungen noch nicht so sein kann und dergleichen mehr. In diesen Fehler wollen wir nicht verfallen, aber es geht heute auch nicht mehr unbedingt darum, wie es unsere Eltern wohl immer im Blick hatten: dass es unseren Kindern einmal besser gehen soll als uns. Wir müssen vielmehr deshalb zu höchster Anstrengung bereit sein, damit es unseren Kindern und Enkeln nicht eines Tages wesentlich schlechter geht als uns.

(Beifall bei der CDU)

Deutschland und auch Sachsen stehen gewiss nicht schlecht da. Unsere Voraussetzungen sind gut. Wir sollten in der Tat aufhören, unser Land schlechtzureden. Aber wir wissen, dass es nicht gut bleibt und nicht gut weitergeht, wenn sich nichts ändert. Die Bevölkerung wird zu Veränderungen auch bereit sein, wenn das Ziel erkennbar ist und wenn die Erkenntnis dazukommt, dass es bei den notwendigen Veränderungen gerecht zugeht. Dieser Eindruck war in der Vorwahlzeit 2004 bei vielen nicht mehr gegeben und er war in der Kürze der Zeit auch nicht mehr zu verändern.

Ich erlaube mir an dieser Stelle ein Zitat aus der Rede eines Reformers mit Namen Edmund Burke im englischen Unterhaus. Er sagte: „Mit größtem Ernst möchte ich die Regierung bitten, die Weisheit zeitiger Reformen zu bedenken. Frühzeitige Reformen gleichen Übereinkünften unter Freunden, verspätete Reformen aber Bedingungen, die man einem unterworfenen Feind auferlegt. Frühzeitige Reformen finden in ruhiger Atmosphäre statt, verspätete in allgemeiner Erregung. Ist es erst soweit gekommen, dann nimmt das Volk an seiner Regierung nichts Achtenswertes mehr war. Es verfällt in die Wut einer wilden Menge, die nichts mehr verbessern, sondern nur noch niederreißen will."

Meine Damen und Herren! Die Aussage stammt aus einer Zeit mehr als 200 Jahre vor Hartz IV.

Die Politik hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Gemessen an den Fakten hätte die CDU in Sachsen eigentlich weiterhin mit großer Zustimmung rechnen können, denn alle Nachrichten der jüngsten Zeit bescheinigen unserem Land auf vielen Gebieten eine Spitzenstellung. Darauf hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zu Recht hingewiesen. Diese Erfolge, deren Saat bereits vor vielen Jahren gelegt wurde, waren auch schon vor der Wahl deutlich erkennbar. Ein erheblicher Teil der Wählerschaft hat das auch immer noch anerkannt, aber ein Teil derer, die uns 1999 noch gewählt hatten, haben die allgemeinen Erfolge mit Blick auf ihre eigenen speziellen Sorgen und Ängste nicht mehr interessiert. Hier ist der Glaube abhanden gekommen, dass es die, die es seit 1990 allein in der Regierungsverantwortung geregelt hatten, weiter richten können. Hinzu kommt, wenn wir ehrlich sind, dass wir Gefangene unserer eigenen Rituale sind. Die Glaubwürdigkeit von Politik muss doch letztlich auf den Hund kommen, wenn in den Parlamenten alles immer wieder nach dem gleichen Strickmuster abläuft. Die Regierung stellt ihre Erfolge in leuchtenden Farben dar. Wir hatten heute Gelegenheit, von Erfolgen zu hören. So leuchtend sind die Farben nicht gewesen, sondern es war eine realistische Darstellung.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Oh! Oh! Oh!)

Ich kenne aus dem Deutschen Bundestag ganz andere Erklärungen. Die Opposition sieht hier wie im Bundestag das ganze Gegenteil, spricht von einer total verfehlten Politik und sucht nach immer neuen Begriffen, um ihr Urteil möglichst vernichtend an den Mann zu bringen. Glaubwürdig ist weder das eine noch das andere.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Meine waren glaubwürdig!)

Was ich hier schildere, läuft im Deutschen Bundestag nicht anders ab als hier im Sächsischen Landtag, wobei wir uns immer um Sachlichkeit bemühen. Insofern meine ich, was den Bundestag betrifft, dass sich auch Mitglie-

der meiner Partei zu unmäßigen Äußerungen hinreißen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle komme ich nun abschließend zu den Chancen der schwarz-roten Koalition in Sachsen. Zwischen SPD und CDU ist das alte Ritual erst einmal außer Kraft gesetzt. Wir tragen nun beide Verantwortung und müssen uns an den Koalitionsvertrag halten. Das diszipliniert natürlich. Natürlich bedarf auch eine Koalitionsregierung der Kontrolle und der kritischen Beobachtung durch die Opposition. Aber, meine Damen und Herren, vielleicht gelingt es, die Ebene der Sachlichkeit auszuweiten und öfter zu Übereinkünften zu gelangen, die auch von den anderen demokratischen Fraktionen mitgetragen werden können. Natürlich wird das nicht immer gelingen. Die regierungstragende Mehrheit muss im Sinne ihrer besonderen Verantwortung ihr eigenes Konzept verfolgen und darf sich dabei nicht von jeder abweichenden Meinung beirren lassen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Das gilt für euch!)

Meine Damen und Herren! Die CDU bietet allen eine konstruktive Zusammenarbeit an, die unserem Land und seinen Menschen dienen wollen. Für diejenigen, die unsere demokratischen Strukturen zerstören und die Werte eines menschenwürdigen Zusammenlebens beiseite schieben wollen, gilt dieses Angebot nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP
und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Es geht weiter in der Aussprache. Ich rufe die SPD-Fraktion auf.

Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist schon ein merkwürdiges Gefühl. Noch vor wenigen Monaten, genauer am 24. Juni 2004, hatte der Vorsitzende der SPD-Fraktion zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Milbradt aus dem Blickwinkel der Opposition zu sprechen, dort, wo es nötig schien, Kritik an der Regierungspolitik zu üben und eigene – wie ich denke – konstruktive Alternativen vorzutragen.

Inzwischen – wie wir alle wissen – hat der Wählerwille die politische Landkarte des Freistaates Sachsen gründlich verändert. Die 14 Jahre lang allein regierende CDU hat die absolute Mehrheit in diesem Hohen Haus deutlich verfehlt und musste erstmals die Macht teilen. Außerdem sind diesmal gleich fünf demokratische Parteien in den Sächsischen Landtag eingezogen, die mit eigenen Vorstellungen und parlamentarischen Initiativen zur politischen Willensbildung des Parlaments beitragen wollen und werden. Dies alles stellt natürlich kein Problem für die Demokraten dar, sondern es ist vielmehr Ausdruck wachsender Normalität und vermutlich sogar Bereicherung in unserem politischen Alltag.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Dieses Jahr 2004 hielt aber auch eine Überraschung bereit, auf die jeder Demokrat liebend gern verzichtet hätte: die Wahl einer Partei in den Sächsischen Landtag, deren erklärtes Ziel es ist, unserer freiheitliche Demokratie – wie sie zu sagen pflegen –, dem „System“ bzw. den „Systemparteien“ den Garaus zu machen. Man muss nur ein bisschen auf der zentralen Homepage der NPD lesen, dann weiß man, wes Geistes Kind auch die hiesigen Abgeordneten dieser Partei sind, auch wenn sie zurzeit ganze Kreidepackungen gefressen zu haben scheinen und mit eiligst angelernter Seriosität und Korrektheit durch den Landtag schreiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen Demokraten, es bringt uns aber überhaupt nicht weiter, wenn wir jetzt die Hände ringen oder gar Wählerschelte betreiben. Es muss vielmehr unsere vornehmlichste Aufgabe sein, jene von der Demokratie enttäuschten Bürgerinnen und Bürger, die auf die simplifizierenden Antworten und Propagandaparolen der braunen Verführer hereingefallen sind, in den Schoß der demokratischen Wertegemeinschaft zurückzuführen.

Um dies zu erreichen, bedarf es einer neuen Ernsthaftigkeit, bedarf es mehr inhaltlicher Substanz und nachvollziehbarer Argumente in unseren Debatten, bedarf es der überzeugenden Beweisführung, dass die freiheitliche Demokratie nicht nur die einzige gerechte und die Würde des Menschen respektierende Gesellschaftsordnung ist, sondern dass sie auch die unleugbar großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme unserer Zeit zu meistern vermag.

Dieser Beweis muss in erster Linie über eine sachorientierte und erfolgreiche Regierungsarbeit angetreten werden. Für den Part meiner Fraktion möchte ich in aller Form erklären, dass wir unseren Teil dazu beisteuern werden, dass diese Regierung fünf Jahre lang erfolgreich arbeiten kann.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Staatsregierung
und der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Wir wissen sehr gut, dass politische Stabilität die Grundvoraussetzung für die gesunde Weiterentwicklung unseres Landes ist, und – so viel Egoismus sei gestattet – wir wissen natürlich auch, dass die sächsische SPD nur dann eine gute Zukunft haben wird, wenn diese Regierung erfolgreich ist. Uns ist klar, dass diese Regierungsbeteiligung eher ein Vorschuss als ein Verdienst ist. Umso mehr sind wir gewillt, diese Chance zu nutzen.

Fast genauso wichtig wie eine stabile und anpackende Regierung ist aber auch eine in der Sache hart argumentierende, gleichzeitig faire und konstruktive demokratische Opposition. Lieber Herr Kollege Nolle, äh, lieber Herr Kollege Porsch,

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Sind wir verwechselbar?)

was Sie vorhin zu meinem Freund und Genossen Karl Nolle gesagt haben, gehört nicht in die Kategorie konstruktive und faire Opposition.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP
und den GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Aus fairer und konstruktiver Oppositionsarbeit leitet sich natürlich im Umkehrschluss auch ab, dass die Opposition legitimen Anspruch auf faire Behandlung seitens der Koalition sowie der Staatsregierung hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der größten Oppositionspartei im Sächsischen Landtag! Schon aus historischen Gründen habe ich mich – und das wissen Sie – stets dagegen verwahrt und werde mich auch in Zukunft dagegen verwahren, Ihre Partei mit dem extrem rechten Rand des politischen Spektrums zu vergleichen oder gar gleichzusetzen. Dennoch kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, im Wahlkampf nicht immer besonnen und weitblickend genug gehandelt zu haben.

Im Streben nach Popularität und noch mehr Wählerstimmen sind diffuse Ängste geschürt worden, aus denen Radikalität wuchs. Das ist nicht gut für die Demokratie.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Bei diesem Spiel mit dem Feuer haben Sie – ich hoffe und sage ausdrücklich „unwissentlich“ – eine Saat ausgebracht, deren Früchte am Ende Rattenfänger ganz anderer Couleur geerntet haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS, 25 % der Wählerstimmen sind in der Demokratie – und zu der wollen Sie ja wohl gehören – zunächst einmal eine große Verantwortung. Diese Verantwortung bitte ich Sie ganz herzlich mehr als bisher wahrzunehmen.

Meine Damen und Herren! Für alle Demokraten hier im Landtag wie draußen in den Städten und Gemeinden muss jetzt der erste Grundsatz allen Handelns lauten: Die Verteidigung der Demokratie hat Vorrang vor den Parteiinteressen. Um mit Erich Kästner zu sprechen: „An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.“

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Verehrter Herr Ministerpräsident! Mit Recht haben Sie in Ihrer Regierungserklärung immer wieder betont, dass Sachsen auf einem guten Weg ist. Wir erkennen gern an, dass uns eine solide Finanzpolitik Handlungsspielräume bewahrt hat, von denen die anderen ostdeutschen Bundesländer nur träumen können. In Sachsen sind auch industrielle Kerne erhalten bzw. neu geschaffen worden, die heute die Grundvoraussetzung für jenes Wachstum bilden, über das wir uns alle freuen. Der Fairness halber sei allerdings an dieser Stelle angemerkt, dass man das traditionsreiche dicht besiedelte Industrieland Sachsen natürlich nicht mit Mecklenburg-Vorpommern oder mit weiten Teilen Brandenburgs vergleichen kann. Und dennoch: Es gibt gute Gründe, auf das gemeinsam Erreichte stolz zu sein.

Dieser grundsätzliche Optimismus darf uns aber nicht dazu verleiten, die Augen vor den Problemen zu verschließen, die es auch in unserem Land immer noch in Hülle und Fülle gibt. Der große, ja sogar deutlich steigende Anteil der Protestwähler und Wahlverweigerer zeigt uns, wie kritisch die gegenwärtige Situation von unseren Bürgern bewertet wird. Es kann folglich kein einfaches „Weiter so!“ geben. Was wir brauchen, ist eine kluge Synthese aus Kontinuität und Erneuerung. Genau darin, meine sehr verehrten Damen und Herren, besteht der Geist des Koalitionsvertrages, eines Koalitionsvertrages, für den uns über die Grenzen Sachsens hinaus viel Anerkennung gezollt wurde und den es jetzt in gute Sachpolitik umzusetzen gilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns doch wohl alle darin einig, dass die zentrale Aufgabe die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit ist. Die Politik kann bekanntlich keine Arbeitsplätze schaffen, wohl aber gute Rahmenbedingungen setzen, die letztendlich zu mehr Beschäftigung führen.

Der Koalitionsvertrag zeichnet sich nun dadurch aus, dass er den Einstieg in die Neuausrichtung der Förderstrategie festlegt. Die vereinbarten 30 Millionen Euro für den Mittelstandsfonds sind dabei nur ein Anfang. „Mittelstand in den Mittelpunkt“ – das ist unsere Devise.

Wenn wir vom Mittelstand sprechen, dann ist dabei auch stets ein regionaler Bezug enthalten. Überall in Sachsen gibt es industrielle Ansätze, die es gezielt zu entwickeln und auszubauen gilt. Wir müssen die Peripherie an die großen Leuchttürme heranführen und kleine Leuchttürme überall im ganzen Land entstehen lassen. Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag auf das vom Ministerpräsidenten bereits erwähnte integrierte Förderprogramm „Regionales Wachstum“ verständigt, für welches 2005 und 2006 jeweils 10 Millionen Euro zur Verfügung stehen werden.

Der Koalitionsvertrag enthält aber auch Elemente, die hin zu einer neuen Qualität bei der Beteiligung der Sozialpartner führen. Wir wollen, dass sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Augenhöhe gegenüberstehen. Miteinander statt gegeneinander, nur so wird Sachsen gedeihen.

Auf dem Gebiet der schulischen Bildung wurde eine grundlegende Reform vereinbart.

(Zuruf von der FDP: Da bin ich gespannt!)

Herr Ministerpräsident, es ist absolut richtig, wir werden uns dabei an den Besten Europas orientieren. Jeder junge Mensch hat einen Anspruch darauf, individuell gefördert zu werden. Denn „der Mensch soll lernen, nur die Ochsen büffeln“ – um noch einmal Erich Kästner zu zitieren.

Deshalb wollen wir eine verbesserte Schuleingangsphase und vorschulische Bildung in Angriff nehmen. Dafür werden 800 zusätzliche Stellen im Grundschulbereich geschaffen und zusätzliche Mittel für die Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt.

Wir öffnen das Schulsystem für längeres gemeinsames Lernen. Das ist eine Aussage des Koalitionsvertrages, die gute und große Resonanz in Schulen und in der Öffentlichkeit gefunden hat.

Die Ganztagsschulangebote werden durch 30 Millionen Euro untersetzt. Und weil wir benachteiligten jungen Menschen noch stärker als bisher helfen wollen, werden 100 neue Stellen im Bereich der Förderschulen geschaffen.

Weiterhin gibt es 100 Stellen für ein Seiteneinsteigerprogramm an berufsbildenden Schulen, und wir freuen uns auf zehn Pilotprojekte „Produktives Lernen“ an Mittelschulen.

Aber wir freuen uns auch darüber, dass die überfällige Neuausrichtung und Neuorganisation der Lehrerausbildung nun in Angriff genommen werden kann.

Last but not least sind im Koalitionsvertrag enthalten: die Aufstockung der Schulbaumittel inklusive eines Schulbibliotheksprogramms, die Neuordnung der Schulaufsicht, die Neuregelung der Finanzierung freier Schulen und – ganz besonders wichtig – der Erhalt von mehr kleinen Schulen im ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, wer da noch behauptet, die Sozialdemokraten hätten im Bildungsbereich ihre Prinzipien aufgegeben, der hat den Koalitionsvertrag einfach nicht gelesen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit unserem Regierungspartner einen fairen und vor allem auch praktikablen Kompromiss gefunden, der in die richtige Richtung führt.

Zur nächsten Stufe der Bildungsleiter: Um den Hochschulen noch mehr Raum und Motivation zu geben, hat die Koalition die Novellierung des Sächsischen Hochschulgesetzes vereinbart. Mit Sofortprogrammen wollen wir rasche Verbesserungen bei der Ausstattung der Bibliotheken sowie bei der Vergütung studentischer Hilfskräfte bewirken.

Studiengebühren wird es nicht geben, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD)

weil wir gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung für Sachsens Zukunft mehr Studenten brauchen und nicht weniger, von sozialen Aspekten ganz zu schweigen.

Zur Familienpolitik: Das gute Angebot an Kindertagesstätten, welches längst zu einem echten Standortvorteil für Sachsen geworden ist, wollen wir erhalten bzw. ausbauen. Um dies zu erreichen, sieht der Koalitionsvertrag eine Erhöhung des Landeszuschusses für Kindertagesstätten um fast 10 %, also 136 Euro pro Kind, vor. Die Kommunen werden dadurch spürbar entlastet und sollen in die Lage versetzt werden, zusätzliche Kindertagesstättenplätze zur Verfügung zu stellen. Um den Sanierungsstau zu verringern, wird die Koalition jährlich 15 Millionen Euro für ein Investitionsprogramm Kindertagesstätten zur Verfügung stellen. Wir wollen die Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen verbessern und das letzte Kindergartenjahr künftig zu einem Schulvorbereitungsjahr entwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, richtungweisend ist auch die Verlängerung des Kulturraumgesetzes zunächst bis 2011,

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

wobei der finanzielle Beitrag des Freistaates sogar um 10 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt wird. Darüber hinaus werden ab 2005 mehr Mittel für die allgemeine Kunst- und Kulturförderung bereitgestellt und wird das Fördervolumen auf jährlich mindestens 6,55 Millionen Euro festgeschrieben.

Meine Damen und Herren, Sachsen ist ein Kulturland und wird es bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich könnte noch viele weitere Beispiele für eine sozialdemokratische Handschrift im Koalitionsvertrag nennen. Ich kann es aus Zeitgründen nicht tun. Schlussendlich ist es eigentlich auch gar nicht wichtig, von wem die Vorschläge kommen, Hauptsache, sie sind gut. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen Demokraten, lasst uns in den kommenden fünf Jahren einzeln marschieren, aber gemeinsam kämpfen für ein modernes, weltoffenes und tolerantes Sachsen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Uns allen eine gute Zusammenarbeit!

(Beifall bei der SPD und der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich erteile der NPD-Fraktion das Wort. Herr Apfel.

Holger Apfel, NPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es scheint so, als sei Ihnen der Verlust der absoluten Mehrheit bei Ihrer Wahl während der konstituierenden Sitzung derart auf den Magen geschlagen, dass Sie über Nacht Ihr Redemanuskript geändert und länger über die NPD geredet haben als darüber, wie Sie Arbeitsplätze in Sachsen schaffen wollen.

(Beifall bei der NPD)

Wenn man nichts zu sagen hat, wenn man nichts vorzuweisen hat, prügelt man mit Lügen und Verleumdungen auf andere ein. Es ist bemerkenswert, dass ausgerechnet ein CDU-Ministerpräsident Joseph Goebbels zitiert und damit den ehemaligen Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda offenkundig im Parlament wieder salonfähig machen will.

(Beifall bei der NPD –
Lachen bei der CDU, der PDS, der SPD,
der FDP und den GRÜNEN)

Seien Sie versichert, dass wir auch juristisch den unhaltbaren Vergleich mit uns prüfen werden.

Es ist ebenso grotesk, dass ausgerechnet der Fraktionsvorsitzende der CDU der NPD vorwirft, sie wolle den demokratischen Rechtsstaat zerstören, und dies ausgerechnet mit der Disziplin der NPD-Abgeordneten begründet. Wie ernst es Ihre Fraktion, Herr Dr. Hähle, mit dem Parlamentarismus nimmt, haben wir gerade bei der Rede des PDS-Fraktionsvorsitzenden erlebt, als gerade einmal ein Viertel Ihrer eigenen Abgeordneten im Raum gesessen hat. Damit machen Sie deutlich, wie ernst Sie den Parlamentarismus nehmen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Aber Sie haben
die Ehre der Vollständigkeit!)

Ebenso grotesk ist der Vorwurf des Ministerpräsidenten, welcher Geist am Wahlabend über den Bildschirm gekommen sei. Ich habe ausschließlich den Wählerinnen und Wählern gedankt, wie dies üblich ist, und ich habe deutlich gemacht, dass das ein großartiger Tag für alle Deutschen ist, die noch Deutsche sein wollen. Die Einzi-

gen, die sich an diesem Tag die Maske vom Gesicht gerissen haben, waren die antidemokratischen Parteien, die etablierten, die deutlich gemacht haben, dass sie den Austausch von Argumenten mit den Vertretern der nationalen Opposition scheuen. Es ist gut, dass sie den Platz verlassen haben, denn so hat jeder Zuschauer gesehen, dass sie die Auseinandersetzung mit der NPD feige scheuen und nicht gewillt sind, in den von ihnen viel beschworenen demokratischen Dialog einzutreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will es damit bewenden lassen, weil die nichtssagende Regierungserklärung und die darin enthaltene Polemik es gar nicht wert sind, sich überhaupt mit der vermeintlichen moralischen Instanz auseinander zu setzen.

Es ist in der Tat so, dass der Landtag in Sachsen sein Gesicht verändert hat. Sie können sich darauf verlassen, dass er sich in den kommenden Legislaturperioden noch viel mehr verändern wird. Insofern teile ich Ihre Zuversicht; denn die Ereignisse des 19. September haben eine neue Ära der Nachkriegsgeschichte eingeleitet. Sie werden künftig mit uns rechnen müssen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der NPD)

Die einzige Hypothek in diesem Haus, um gleich bei Ihrer Erklärung zu bleiben, Herr Milbradt, ist natürlich die Politik, die Sie und Ihre Vorgängerregierungen seit 14 Jahren im Freistaat betreiben. Über weite Strecken Ihrer Erklärung vermitteln Sie nicht den Eindruck, als sächsischer Ministerpräsident zu sprechen, sondern als Chefadministrator eines EU-Großprotektorats, der eine inhumane, zutiefst Menschen verachtende Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik als soziale Großtat zu verkaufen versucht. Sie hecheln einem Zukunftsbild hinterher, in dem zwar viel von Weltoffenheit, von Humanität, von Wachstum die Rede ist, aber die steigende Zahl von Hartz-IV-Opfern und die explosionsartig zunehmende Zahl von Firmenpleiten sprechen eine andere Sprache. Ihre vorgebliche Erfolgsgeschichte ist ein potemkinsches Dorf. Sie sprechen von Zukunft, aber Sie vergessen die Menschen in der Gegenwart in unserem Land.

Dieses Versäumnis angesichts eines Jahrhundertprozesses, eines erst 14 Jahre währenden Wiedervereinigungsprozesses ist für alle Bürger eine schallende Ohrfeige, die 1989 die friedliche Wende herbeigeführt haben. Sie erwähnten das Verdienst der Bürger, die 1989 für die Freiheit und Einheit der deutschen Nation auf die Straße gingen, im Zusammenhang mit diesem Parlament. Ich möchte hier ebenfalls auf drei Abgeordnete verweisen: Die NPD-Abgeordneten Winfried Petzold, Uwe Leichsenring und Jürgen Schön waren damals an vorderster Front bei den legendären Montagsdemonstrationen in Leipzig auf der Straße, während Sie, Herr Milbradt, in Nordrhein-Westfalen saßen und fleißig mithalfen, Bonn als deutsches Bundesdorf auszubauen. Ihr damaliger Parteivorsitzender weilte in Warschau, und die CDU bemühte sich krampfhaft, der Einheit hinterherzuhecheln.

Ich betone noch einmal: Ihre Politik ist eine schallende Ohrfeige für alle Sachsen, da sie in eine völlig verkehrte Richtung geht. Sie lassen zu, dass unser Land mit einer Generalrichtung konfrontiert wird, über die der Souverän niemals befragt, ja, über die nicht einmal öffentlich diskutiert wurde.

Außer fatalistischen Anpassungsstrategien im Sinne einer globalen Wettbewerbsfähigkeit oder des Maastricht-Vertrages war Ihren Ausführungen nichts Konstruktives zu entnehmen. In Ihrer Regierungserklärung ließen Sie jeden zukunftsweisenden Gestaltungswillen vermissen. Stattdessen gewinnt man den Eindruck, Sie suchten aus Ihrer Leuchtturmperspektive den Horizont der Globalisierung nach immer neuen Freihandelsutopien ab, um den Bürgern jede noch so dubiose Fata Morgana als Licht am Ende des Tunnels verkaufen zu können. Doch ich sage Ihnen: Freuen Sie sich nicht zu früh, denn Ihre vermeintlichen Lichtblicke sind nur die Vorboten der Globalisierungslokomotive, die Sachsen überrollen wird.

Herr Ministerpräsident, Sie werden schon aufgrund der Gegenwart einer NPD in diesem Hause nicht umhinkommen, Ihr Volks- und Staatskonzept zu offenbaren. Der Bürger wird dank unserer Arbeit viel stärker als bisher sensibilisiert werden, ob und inwieweit in Sachsen noch die eigene Heimat gestaltet wird oder ob man nur noch internationalistischen Phantomen hinterherjagen will.

Welches Sachsen meinen Sie? Ein lebens- und liebenswertes Sachsen mit Gesicht und Identität oder aber eine fremdbestimmte Infrastrukturwüste, die von Brüssel ferngesteuert und zugrunde gerichtet wird? Darüber werden Sie Aufschluss geben müssen. Niemand hat etwas von der Schönwettererklärung, von Ihren Phrasen in der Regierungserklärung. Die Menschen in unserem Lande wollen wissen, woran sie sind.

Die großen Worthülsen Ihrer Politik heißen Integration, Wachstum, EU-Harmonisierung. Das sind Luftschlösser. In Wirklichkeit sind Sie auf dem besten Wege, die Selbstbestimmung des Freistaates auszuhebeln, indem Sie sich zum Erfüllungsgehilfen einer immer unverfroreneren EU-Integration machen. Woher nehmen Sie dafür eigentlich die Legitimation? Ist Ihnen bewusst, dass Sie mit diesem Kurs Abschied vom Grundgesetz, Abschied von der Landesverfassung nehmen?

Wettbewerbsfähigkeit ist eine gute Sache, aber bei Ihnen rangieren Wettbewerbsfähigkeit und Integration im Rahmen der Osterweiterung weit vor den Anliegen unserer Binnenwirtschaft und vor dem sozialen Zusammenhalt innerhalb des Freistaates. Auch hier werden Sie in den nächsten fünf Jahren Farbe bekennen müssen, und in dieser Frage werden Sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Frage gestellt bekommen: Stellen Sie die Sachsen in Ihrer Arbeit an vorderste Front oder die Europäische Union? Nicht nur wir, auch die Wählerinnen und Wähler werden gespannt sein, wo Sie Ihre Prioritäten setzen werden. Wir Nationaldemokraten jedenfalls werden unseren Auftrag ernst nehmen und nicht zulassen, dass Sachsen zwischen den Mühlsteinen Ihrer viel beschworenen Weltoffenheit zerrieben wird und aufgrund einer fremdgesteuerten Integration letztendlich seine Identität verliert.

Man braucht wirklich nicht viel Fantasie, Herr Milbradt, um Ihnen zu prophezeien, dass Sie Ihre Planziele nicht einmal ansatzweise erreichen werden. Illusionen lassen sich eben nicht auf Kommando aus dem globalistischen Hut herauszaubern. Sie rühmen sich einer mittelständi-

schen Wirtschaft, die angeblich immer mehr floriert. Die Wahrheit ist jedoch, dass Sie gerade die mittelständische Wirtschaft längst den Privatisierern und Liberalisierern in Brüssel geopfert haben.

Ein Beispiel dafür ist die Baubranche. Natürlich gibt es dort sehr viele Betriebe mit einigen wenigen Mitarbeitern. In den meisten Fällen können sich diese an öffentlichen Bauprojekten aber nur noch als Subunternehmer bei der Bereitstellung von Baukolonnen beteiligen. Für größere Projekte reicht die Eigenkapitaldecke nicht aus, oder sie bekommen keine Kredite, um die notwendigen Vorleistungen zu finanzieren und die Durststrecke bis zur ersten Abschlagszahlung zu überbrücken. Echten unternehmerischen Mittelstand in der Baubranche gibt es kaum noch, und Unternehmen mit mehr als einer Hand voll Mitarbeitern sind längst zur Seltenheit geworden.

Richtig ist, dass in Sachsen in relativ kurzer Zeit eine an den Globalisierungszielen orientierte Infrastruktur in Gestalt von Straßen oder öffentlichen Gebäuden hochgezogen wurde. Die auf lange Sicht viel bedeutsamere Infrastruktur – nämlich ein Netzwerk lebensfähiger, selbständig auf dem Markt operierender mittlerer und größerer Unternehmen – wurde dabei sträflich verletzt. Gerade dieses fehlende wirtschaftliche „Unterholz“ bräuchte unser Land jedoch heute dringender denn je, um durch eine gleichmäßige Belebung von Binnen- und Außenwirtschaft Arbeitsplätze zu schaffen und die Zukunft zu gestalten, und zwar nachhaltig.

Aus alledem müssen wir den Schluss ziehen, dass Sie die Politik der bisherigen Staatsregierung nahtlos fortführen wollen. Sie sagen selbst, dass Sie Kurs halten wollen. Sie wollen auf alle Chancen verzichten, einen bodenständigen Mittelstand zu fördern – eine Chance, die sich mit den milliardenschweren Infrastrukturinvestitionen der letzten zehn bis 15 Jahre immerhin geboten hätte. Aber gerade dies lag und liegt nicht in der Absicht Ihrer Regierung und auch nicht Ihrer Vorgängerregierung. Was Sie immer noch wollen, ist nicht die Schaffung einer Infrastruktur aus eigenen Unternehmen. Sie wollen vor allem die logistischen Voraussetzungen für eine möglichst reibungslose Globalisierung des Freistaates schaffen, für seine Umwandlung in eine Dependance der Europäischen Union und der internationalen Großkonzerne.

Dieser ganze Globalisierungskurs ist zu keiner Zeit vom Souverän auch nur ansatzweise diskutiert worden. Zu keiner Zeit hat es hiergegen irgendeine Oppositionsbewegung aus Ihren Reihen oder den Reihen der anderen Parteien gegeben. Dankenswerterweise bestätigen Sie in Ihren Ausführungen selbst, dass die demokratischen Parteien in diesem Hause – wozu Sie die NPD nicht zählen wollen – gemeinsame Ziele haben. Sie schlagen damit die Rolle rückwärts zu dem alten Blockparteiensystem und küren uns – zu Recht – zur einzigen wirklichen Opposition in diesem Hause. Ich bedanke mich für Ihre ungewohnte Aufrichtigkeit!

(Beifall bei der NPD –
Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Doch diese Gleichschaltung im Namen eines fragwürdigen Demokratieverständnisses wird sich ändern. Wir werden nicht hinnehmen, dass uns die Globalisierung und der Ausverkauf unseres Landes als Naturereignis verkauft werden. Hinter den Verträgen von Maastricht und Amsterdam und allen damit verbundenen Zwängen zu noch mehr Integration steht das Kartell der hier versammelten Altparteien. Wer hat Sie zu diesem Ausverkauf legitimiert? – Der Wähler mit Sicherheit nicht.

Ebenso kritisch wird unsere Fraktion künftig Ihre Konzentration auf eine kostspielige Ansiedlungspolitik begleiten. Es wäre hilfreich, wenn man endlich dazu übergehen würde, beim Anwerbeaufwand im Verhältnis zur Arbeitsmarktentwicklung und den tatsächlichen Mitnahmeeffekten strengere Kriterien zugrunde zu legen. Die Regierungskoalition wäre gut beraten, solche Standorteinkäufe endlich seriös unter die Lupe zu nehmen, bevor man zu den üblichen überschwänglichen Bewertungen kommt.

Zu alledem kommt aber noch etwas Grundsätzliches hinzu: Das, was nach 15 Jahren CDU-Herrschaft alle, aber auch alle Zukunftschancen des Freistaates verbaut, ist die katastrophale Bevölkerungsentwicklung. Sie nahm schon unmittelbar nach der Wende ihren unheilvollen Anfang. Anstatt aber nun dafür Sorge zu tragen, dass Sachsen nicht in die gleiche demografische Falle tappt wie der Westen, wo seit Jahrzehnten eine geradezu verbrecherische bevölkerungspolitische Ignoranz herrscht, ließen Sie und Ihre Vorgängerregierung es zu – nein, Sie förderten es geradezu –, dass auch in Sachsen die Geburtenentwicklung völlig in sich zusammenbrach und sich innerhalb von zwei Jahren halbierte. Die Fakten hierzu liegen auf dem Tisch. Jeder kennt sie, doch die Altparteien weigern sich, diese zur Kenntnis zu nehmen. Warum, Herr Milbradt, scheuen Sie sich wie der Teufel vor dem Weihwasser, auch nur das Wort Bevölkerungspolitik in den Mund zu nehmen? Haben wir es mit Wahrnehmungsstörungen zu tun, oder behindert Sie die „political correctness“ in diesem Lande derart, dass Sie nicht einmal mehr die Realitäten zur Kenntnis nehmen dürfen?

(Gelächter bei der FDP)

Die Frage ist doch: Wollen Sie dies überhaupt zur Kenntnis nehmen? Dürfen Sie das überhaupt laut Koalitionsvereinbarung noch, oder wollen Sie Sachsen wirklich zu einem Experimentierfeld der Globalisierung verkommen lassen, dessen Bevölkerung Ihnen völlig egal ist? Wenn dem so ist, dann sagen Sie das bitte auch in aller Öffentlichkeit. Legen Sie endlich Ihre Maske des stets mildtätig lächelnden Patrons der CDU ab und heucheln Sie dem Wähler keine Scheindebatten über Patriotismus vor. Erzählen Sie nicht von einer Heimat, bei deren Ruinierung Sie tagtäglich mithelfen, indem Sie diese an eine menschenfeindliche, menschenverachtende Globalisierung verkaufen. Die Sachsen sollten wissen, wer in diesem Hause welche Ziele verfolgt und wem Sie sich verantwortlich fühlen. Sie machen deutlich, dass Sie sich nicht der Entwicklung des Freistaates Sachsen verpflichtet fühlen, sondern einzig und allein dem internationalen Großkapital.

Herr Milbradt, nach alledem bleibt uns nur die Feststellung, dass Sie mit Ihren Ausführungen den Sachsen kein gutes Angebot gemacht haben. Das ist Wischi-Waschi-Politik unter dem Vorzeichen eines immer rücksichtsloseren Raubtierkapitalismus, die künftig noch mehr

Menschen in unsere Arme, in die Reihen der nationalen Opposition, der einzigen wirklich sozialen Opposition in Deutschland, treiben wird.

(Empörung bei der CDU)

Seien Sie sicher, Herr Ministerpräsident, dass die nationale Opposition in diesem Haus diesen Kurs nicht mittragen wird. Wir werden den Bürgern in den nächsten Jahren Fall für Fall, von Plenarsitzung zu Plenarsitzung vor Augen führen, wes Geistes Kind die Staatsregierung wirklich ist, die alle asozialen Zumutungen, die für die Menschen noch dazukommen, parat halten wird. Nicht mit uns, Herr Ministerpräsident!

(Gelächter bei der FDP)

Abschließend erlauben Sie mir noch, als Ausdruck unserer Hoffnung festzustellen, dass ich Ihre Lernfähigkeit unterschätzt habe. Sie erinnern sich anlässlich der Konstituierung dieses Landtages sicher an meine Bemerkung zu dem unsäglichen PDS-Antrag, dass Sie sich schämen können, so viel Sie wollen, ich jedoch stolz darauf bin, ein Deutscher zu sein. Sie sind immerhin – laut der Kernaussage Ihrer Regierungserklärung – schon stolz auf Sachsen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich auch – wenn schon nicht auf seine Regierung, dann jedoch auf seine Bevölkerung, auf die Menschen dieses Landes.

Danke schön.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: In der Aussprache nimmt jetzt die FDP-Fraktion das Wort. Herr Zastrow, bitte.

Holger Zastrow, FDP: Mir brummt gerade der Kopf, der Beitrag meines Vorredners war jetzt etwas anstrengend. Aber ich versuche trotzdem, mich auf die wirklich wesentlichen Dinge zu konzentrieren.
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass die FDP ihrer Zeit ab und zu etwas voraus ist, wissen Sie alle.

(Beifall bei der FDP –
Heiterkeit bei der CDU)

Ich wusste aber nicht, wie weit selbst die sächsische FDP ihrer Zeit voraus sein kann; denn als ich den Titel „Stolz auf Sachsen“ gelesen habe, erinnerte ich mich, dass es bei uns 1990 einen Wahlkampf gab, bei dem die FDP genau diese Aufkleber verteilt hat, und ich muss sagen:

(Der Redner zeigt den Aufkleber.)

Vielen Dank, Herr Milbradt, dass Sie diese Idee aufgegriffen haben.

(Vereinzelt Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Stolz auf Sachsen – meine Damen und Herren, ich glaube, das können wir sein. Wir wissen alle, was Gutes von diesem Land ausgegangen ist. Sachsen hat über lange Zeit auch in den Wirren der Geschichte oft eine sehr bedeutende Rolle gespielt, und wir haben es geschafft, immer auch die Entwicklung in Deutschland mit Erfindergeist – Sie wissen, welche Unternehmen früher einmal hier ansässig waren, die leider jetzt in den alten Ländern sitzen – mitzubestimmen.

Ich möchte eines sagen: Ich bin auch stolz darauf, was seit der Wende in diesem Land passiert ist; denn ich glaube, dass nach der Wende von den damals – und manche sind es heute noch – Verantwortlichen viele Weichen in Sachsen besser gestellt worden sind als in anderen ostdeutschen Bundesländern.

Gestatten Sie mir, die Gelegenheit zu nutzen, auch dafür den Verantwortlichen einfach einmal ein Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind stolz auf Sachsen, aber wir müssen aufpassen, dass das so bleibt. Wenn die letzten Wahlen uns eine Lehre vermittelt haben, dann ist es die, dass das Gefühl bei den Bürgern, ob wir in Sachsen auf dem richtigen Weg sind, nicht mit der Einschätzung übereinstimmt, die Sie in der Regierungserklärung abgegeben haben. Ich glaube, dass der Stolz geringer geworden ist. Ich glaube, dass die Probleme 14 Jahre nach der deutschen Einheit inzwischen stärker in das Bewusstsein vieler Wählerinnen und Wähler gekommen sind und dass wir deswegen Acht darauf geben müssen, dass wir diese Wähler zurückgewinnen.

Wir haben viel in diesem Land erreicht, wir haben aber in ganz wesentlichen Punkten nicht die gewünschten Erfolge erzielt. Wir haben beispielsweise das große Problem Arbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommen. Wir müssen auch feststellen, dass über die Hälfte aller Sachsen von Transferleistungen lebt und nicht von eigener Arbeit. Wir müssen auch feststellen, dass es noch nicht in ausreichender Form gelungen ist, einen soliden, kräftigen und wachsenden Mittelstand hier in Sachsen zu etablieren.

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung viele aus meiner Sicht hervorragende Analysen vorgenommen. Sie haben gesagt: Der Rohbau steht; für den weiteren Aufbau, für den Ausbau brauchen wir neue Werkzeuge. – Ich unterstütze das voll und ganz. Für die nächsten 15 Jahre brauchen wir neue Werkzeuge. So wie bisher können wir ganz gewiss nicht weitermachen. Das Einzige, was ich vermisst habe, ist, dass Sie uns diese Werkzeuge in der Regierungserklärung auch benennen.

(Beifall bei der FDP)

Ihre Erklärung hat eine zweite Überschrift, die „Mut zur Zukunft“ heißt. Genau diesen Mut brauchen wir. Genau der Mut ist es, den ich persönlich und den wir als FDP in Ihrer Regierungserklärung und vor allem auch in der Koalitionsvereinbarung vermissen. Es gibt aus meiner Sicht einen sehr großen Widerspruch zwischen dem Anspruch, den Sie hier vermittelt haben, und dem, was Sie quasi als Regierungsprogramm eben vorgestellt haben.

Ihre Koalitionsvereinbarung ruht sich auf dem bisher Erreichten aus. Sie zementieren das, was bisher erreicht wurde, Sie verwalten, aber gestalten nicht. Es ist eine Vereinbarung der verpassten Chancen und ungenutzten Möglichkeiten und es ist aus meiner Sicht eine Verein-

barung ohne Biss, ohne Kreativität und auch ohne den Mut, notwendigen Konflikten ins Auge zu sehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte Ihnen eines sagen: Mut und ein ehrgeiziges Programm sehen für mich ganz anders aus. Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Autowaschanlage!)

– Herr Lichdi, okay. Darüber reden wir morgen. – Mut wäre aus meiner Sicht gewesen, sich tatsächlich auf eine Analyse darüber einzulassen, was in den letzten 14 Jahren gut gelaufen ist und was in den letzten Jahren vielleicht auch falsch gelaufen ist in diesem Land. Es wäre der Mut gewesen, jetzt – zu einem Zeitpunkt, bevor es zu spät ist – beim Aufbau unseres Landes korrigierend einzugreifen.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Jeder, der im Osten groß geworden ist – manche sind ein bisschen älter und haben das länger erlebt –, ist heute schockiert über die Bürokratie, die wir in diesem Land wieder verspüren, über die Regelungsdichte, die wir wieder verspüren. Wir haben in Sachsen sogar einen „Paragrafenpranger“ erfunden – Herr de Maizière hat es dankenswerterweise gemacht –, und zwar deswegen, weil wir eingesehen haben, dass diese Bürokratie eine Last für die Entwicklung in unserem Land ist und dass wir in Sachsen diese Bürokratie nicht brauchen.

Ich hätte mir in der Koalitionsvereinbarung klare Aussagen zu einer straffen Verwaltungsreform gewünscht. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich darin dazu bekennen, zum Beispiel die Regierungspräsidien abzuschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Ich hätte mir auch gewünscht, dass Sie sich zu einer aus meiner Sicht sehr notwendigen Kreisgebietsreform, die in Sachsen ansteht, äußern. Ich möchte nämlich ganz gern wissen, wie diese einmal aussehen soll. Wird es das, was in der Presse herumgeistert, dass es nur noch Monsterkreise gibt, oder wird es das sein, was wir wollen, nämlich eine Kreisgebietsreform, die landsmannschaftliche Besonderheiten und den Willen der Bürger berücksichtigt? Dazu fehlt mir jede Aussage in der Koalitionsvereinbarung. Es ist aber aus meiner Sicht ein wichtiges Thema.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Ich möchte Ihnen ein weiteres Thema nennen. Ich glaube nicht, dass es das westdeutsche Wirtschaftswunder nach dem Krieg gegeben hätte, wenn der Westen, die westdeutsche Wirtschaft damals dieselben Regelungen, dieselben hohen Steuern, dieselben Abgaben, dieselben Rahmenbedingungen gehabt hätte, wie wir sie heute haben. Das Wirtschaftswunder hätte es nicht gegeben; diese einzigartige Entwicklung Westdeutschlands hätte es nicht gegeben.

Wir in Sachsen wissen selber, dass, so sehr wir uns in den letzten 14 Jahren auch gemüht haben, unsere Unternehmen zu langsam wachsen, zu klein sind und die Ertragsstärke unserer Unternehmen zu gering ist. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Der Osten braucht einen zweiten Atem und braucht neue Chancen. Auch wenn es wie ein alter Hut klingt: Ich wünsche mir von dieser Regierung – weil ich weiß, dass Sie, Herr Milbradt, auch für diese Idee brennen und weil wir mit der SPD in der Regierung jetzt auch einen direkten Draht zur Bundesregierung haben –, dass die Idee „Sonderwirtschaftsregion“ wieder auf die Tagesordnung kommt.

Wenn wir in Sachsen nicht endlich die Chance bekommen, mit unserer Flexibilität, mit unserer Bereitschaft länger zu arbeiten, auch weniger Geld zu verdienen, weniger Urlaub zu machen, auch nicht diese Tarifbindung zu haben, all dass, was wir in den Wirtschaftsprozess einbringen, auch in Wachstum umzusetzen – und dazu brauchen wir völlig andere Rahmenbedingungen –, dann werden wir mit dem Aufbau dieses Landes scheitern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Ein Land der Gründer braucht andere Regeln als ein Land der Erben. Ich weiß, dass dieser Spruch 15 Jahre zu spät kommt. Aber es ist nicht zu spät, heute, wenn wir sehen, dass wir vielleicht auf einem falschen Weg gehen, korrigierend einzugreifen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wissen Sie, was noch Mut gewesen wäre? – Wenn Sie nicht irgendwelche kleinkosmetischen Korrekturen an unserem Bildungssystem vorgenommen hätten, sondern wenn Sie bereit gewesen wären, einen Systemwechsel, einen Systemwandel auch im Bildungswesen anzustoßen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Wir reden jetzt über einen Modellversuch. Was ist das für ein Modellversuch? Ich glaube, den Modellversuch hatten wir schon einmal 40 Jahre lang. Wir wissen genau, wie das funktioniert, was die SPD aus meiner Sicht eigentlich will. Wir brauchen nicht wieder eine neue Kommission, neue Experten oder Modellschulen. Lassen Sie es uns doch einfach mal probieren! Schauen wir uns – ohne den politischen Ballast, nur von der pädagogischen Struktur her – die alte POS doch einfach einmal an und stecken sie in den Wettbewerb mit anderen Schulformen, die wir in Sachsen haben. Probieren wir es einfach! Einen Modellversuch brauchen wir nicht. Wir wissen genau, was herauskommt. Sie sind alle durch diese Schule gegangen und Sie wissen genau, dass aus Ihnen vernünftige Menschen geworden sind.

(Beifall bei der FDP und
der Abg. Andrea Roth, PDS)

Ich sage Ihnen eines: Wir sind froh, dass Sachsen im Bereich der Bildung an der Spitze liegt. Doch wer heute Mittelmaß duldet – und Deutschland ist international gesehen leider noch Mittelmaß –, der verspielt unsere Zukunft. Wir als FDP werden Mittelmaß nicht zulassen!

(Beifall bei der FDP)

Zum Schluss gestatten Sie mir, Ihnen als Regierung ein Angebot zu machen. Erstens wünsche ich Ihnen wirklich Glück, dass Sie die wichtige Aufgabe in diesem Land

gut meistern. Wir als FDP werden – anders vielleicht als unsere Kollegen von den Oppositionsbänken – keine Fundamentalopposition betreiben, sondern wir wollen mit unseren Erfahrungen, mit unseren Ideen konstruktiv für dieses Land mitarbeiten. Wenn Sie dieses Angebot annehmen würden, würde ich mich freuen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Das Wort erhält die Fraktion der GRÜNEN. Frau Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Herr Ministerpräsident, gestatten Sie mir ein persönliches Wort, bevor ich beginne, mich sachlich mit der Koalitionsvereinbarung auseinander zu setzen. Ich möchte Ihnen als Bürgerin des Freistaates Sachsen persönlich dafür danken, dass Sie heute hier klar und entschieden deutliche Worte gefunden haben bezüglich des Einzugs, des Verhaltens und der politischen Ziele der NPD. Ich danke Ihnen ausdrücklich dafür. Ich freue mich auch, dass die Fraktionsvorsitzenden Herr Dr. Hähle und Herr Prof. Weiss diese Linie, die Sie als Ministerpräsident skizziert haben, unterstützen und ebenfalls markant vorgetragen haben, und ich danke ihnen dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Ich gehe davon aus, dass die Ressortminister in den nächsten Wochen und Monaten, im Januar beginnend, sicherlich über Details aus den einzelnen Ressorts sprechen wollen. Aber natürlich reden wir hier auch über Leitlinien der nächsten fünf Jahre, und die müssen in dieser Debatte erörtert werden.

Die erste Leitlinie, die Sie auch selber hervorgehoben haben, Herr Milbradt, war die Frage der Nachhaltigkeit. Sie haben sie nur zu kurz gegriffen. Sie haben sie nur auf die Finanzpolitik bezogen.

Ich persönlich bin der Auffassung, dass die finanzpolitische Nachhaltigkeit in Sachsen ganz bemerkenswert ist. Das habe ich immer gesagt. Es ging damit los, dass man Lehrer nicht verbeamtet hat. Das war ein erster wichtiger und guter Schritt.

Aber das finanzpolitisch Richtige muss man auch mit echtem Leben erfüllen. An dieser Schwelle stehen wir jetzt. Das hat etwas zu tun mit Umweltpolitik, mit Sozialpolitik, mit Bildungspolitik und mit Kulturpolitik. Es geht darum, auch diese Bereiche zu bedenken, zu finanzieren und zu gestalten. Die nachfolgenden Generationen sind nicht nur diejenigen, die vielleicht zu hohe Steuern zahlen müssten, wenn man sich über Gebühr verschuldete, sondern sie sind auch diejenigen, die dieses Land, diese Demokratie und das, was wir hier aufgebaut haben, genießen und verteidigen sollen und müssen.

Ich denke zum Beispiel, dass die Planungsphilosophie der frühen neunziger Jahre, als es noch eine gewisse Gigantomanie gab und man Straßen überdimensioniert konzipierte, längst in die Akten gehört und dass man kleinteiliger vorgehen muss. Dann bleibt auch Geld übrig, das man für stärkeres Engagement bei Umwelt, Soziales, Bildung und Kultur einbringen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Natur ist auch eine unserer Lebensgrundlagen, es sind nicht nur die Bevölkerung, die Gesellschaft und die Straßen. Es geht dabei auch um Tourismus und Wirtschaft. Wir reden zum Beispiel über die Energiepolitik. Sie haben selbst vor wenigen Tagen weitere 50 Millionen Euro für die Braunkohle in Sachsen freigegeben. Sie wollen weg vom Öl. Wir sagen: Wir wollen auch weg von der Braunkohle!

(Gottfried Teubner, CDU: Die Arbeitsplätze!)

Die Braunkohle ist in Sachsen der größte Emittent. Mehr als die Hälfte aller gesundheitsschädlichen Emissionen kommen aus der Braunkohle. Es wäre doch viel klüger, wenn wir anfingen, die Landwirte davon zu überzeugen, nicht nur Landwirt, sondern auch Energieproduzent und Energiewirt zu sein. Das würde die Einkommenssituation auf dem Lande stabilisieren. Das lässt sich erreichen. Dann brauchen Sie auch nicht mehr jahrzehntelang auf die Braunkohle zurückzugreifen.

Wir wollen in Sachsen einen Technologieschub bei erneuerbaren Technologien. Das haben wir im Wahlkampf immer gesagt. Von der Meinung gehen wir nicht ab.

Es gibt in Sachsen starke ingenieurwissenschaftliche Traditionen. Wenn man die nutzen und damit beitragen möchte, dass die Hochschulen und Fachhochschulen in Sachsen international stärker nachgefragt werden, wenn man Weltoffenheit nicht nur fordert, sondern auch wirklich leben will, dann muss man erreichen, dass diese Hochschulen etwas anbieten, das man woanders nicht studieren kann.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Sehr richtig!)

Die Sachsen haben mit ihrem ingenieurwissenschaftlichen Potenzial durchaus die Möglichkeit, Weltmarktführer im Bereich der erneuerbaren Energien zu werden. Wir wollen das erreichen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in Ihrer Rede gesagt: „Alle Maßnahmen der Politik müssen dem Ziel dienen, Arbeitsplätze zu schaffen.“ Das ist ein verkürztes Denken. Das ist das falsche Dogma.

Nicht jeder kurzfristig geschaffene Arbeitsplatz ist wirklich so gut, dass man dafür zum Beispiel eine dauerhafte Schädigung im Umweltbereich in Kauf nehmen kann. Sie müssen aufnehmen, dass es darum geht, Arbeitsplätze mit Zukunft zu schaffen.

Sie haben über die Bildung gesprochen. Sie haben das unter das Stichwort „Spitzenbildung für unsere Kinder“ gestellt. Ich bin sehr dafür, die Grabenkämpfe zu überwinden. Aber Spitzenbildung für unsere Kinder habe ich in den letzten 15 Jahren nicht entdecken können. Ich habe nur eine Bildung für die Spitze entdecken können. Und die ist falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der PDS)

Es ist ökonomisch nicht sinnvoll, dass man einem Drittel der Kinder eines Landes die Chance gibt, Spitzenbildung zu erwerben, und die anderen zwei Drittel für nicht bildungsfähig genug hält, auch an die Spitze zu kommen. Das ist ökonomisch nicht vernünftig und widerspricht Ihrer dritten Forderung – „Faire Chancen für alle, die hier leben“ – ganz massiv.

(Beifall bei den GRÜNEN und der PDS – Zuruf von der CDU)

Ich unterstütze es, wenn Sie sagen, dass es wichtig ist, mehr im vorschulischen Bereich zu tun. Das sehen wir genauso. Es geht aber nicht darum, die Kindertagesstätten zu verschulen. Wenn, dann geht es darum, den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Das heißt, es wird wieder um Geld und Personal gehen. Dann geht es auch darum, besser qualifiziertes Personal im vorschulischen Bereich zu haben. Das sind entscheidende Punkte, die man in Angriff nehmen muss, um das mit Leben zu erfüllen, wovon Sie sprachen.

Das Bundesprogramm für die Ganztagsschulen haben wir selbst in prekärer finanzieller Situation mit beschlossen. Sie haben das aber mit den Richtlinien, die Sie im Freistaat dafür herausgegeben haben, dazu genutzt, den Schulhausbau zu stabilisieren. Sie haben eine Art Infrastrukturprogramm aufgelegt. Dabei ging es eigentlich darum, das Thema inhaltlich auszugestalten und personell zu flankieren.

Für uns heißt das, dass für Spitzenbildung und faire Chancen in diesem Land noch viel zu tun ist. Das, was bisher erreicht wurde und was man aus dem Koalitionsvertrag bestenfalls erahnen kann, reicht – für uns jedenfalls – noch nicht. Aber wir haben ja fünf Jahre Zeit, das in jeder Debatte weiter zu verfeinern.

Bei den Hochschulen haben Sie die Kürzungen im Bereich der Bibliotheken zurückgenommen. Sie haben selber – und das finde ich auch wichtig – die Debatte über die Weltoffenheit Sachsens aufgenommen. Weltoffen, weltgewandt sollen die Sachsen sein. Das geht in der Bildung los. Das hat sehr viel damit zu tun, wie viele Bibliotheken es gibt, wie sie geöffnet haben und wer alles Zugang zu diesen Bibliotheken hat.

Ich halte viel davon, sich mehr darum zu kümmern, dass es öffentliche Bibliotheken gibt, als dass sonntags die Videotheken geöffnet sind. Das wird nicht reichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der PDS)

Ich bin auch dafür, die Videotheken zu öffnen. Aber das allein genügt nicht. Es geht vielmehr darum, die Bibliotheken zu einem Ort des öffentlichen Lernens auszugestalten. Dann kann man auch Neugier erwecken. Das halte ich für wesentlich.

Der breite Zugang zu Informationen und Kenntnissen ist meines Erachtens das beste Mittel, um populistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Da unterstützen wir Sie ausdrücklich.

Weltoffen, weltgewandt – das wäre ein schönes Sachsen. Das sehen wir ganz genauso. Ich habe vorhin schon festgestellt, dass wir attraktive Hochschulen und Fachhochschulen brauchen, in denen Leute aus der ganzen Welt studieren wollen, bei denen es Schüler-, Studenten- und Lehreraustausche gibt und bei denen es überhaupt keine Frage ist, welche Hautfarbe derjenige hat, der gern ein Jahr in Sachsen lehren oder studieren möchte. Das zu erreichen wird ein weiter Weg sein, besonders wenn man sieht, wie sich die Verhältnisse jetzt hier gestalten.

Ich sage es noch einmal, dass ich mich gefreut habe und mich dafür bedanke, dass alle hier in diesem Haus klare Worte in der Abgrenzung zur NPD gefunden haben.

Es kommt auf willige und selbstbewusste Akteure an. Wenn man im Hochschulbereich erreichen möchte, dass viele ausländische Studierende und Lehrkräfte kommen, dann braucht man zum Beispiel dort eine Betreuung der Leute, die hierher kommen und die zum Teil nicht gut deutsch sprechen oder es gerade erst lernen. Es gibt dabei Instrumente der Selbsthilfe, die von Studentenräten gegründet wurden. Denen wurden aber die Mittel gekürzt. Das wird nicht funktionieren. Wir sind angewiesen auf willige und selbstbewusste Akteure in der Gesellschaft, auf die Bürgergesellschaft, um das zu transportieren, was hier heute politisch gefordert worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen werden Sie heute auch eine eigene Mehrheit für die Wahl des Ausländerbeauftragten finden müssen. Das ist sozusagen der Test, inwieweit das, was Sie als Ministerpräsident heute vorgetragen haben und was Sie, Herr Dr. Hähle, als Fraktionsvorsitzender in Ihrer Rede unterstützt haben, auch wirklich in der Fraktion der CDU gemeinsames Meinungsbild ist.

Die Demokratie ist ein Wert an sich, auch wenn es nicht jedem in unserem Land materiell besser geht. Die Sachsen sind nicht in der Demokratie aufgewachsen. Wir haben sie nach wenigen Wochen und nach Demonstrationen, in denen es auch heikle, schwierige Situationen gab, also nicht über Jahre hinweg, bekommen. Wir müssen sie uns selbst noch einmal neu gewinnen. Das wird wohl so sein müssen.

Deswegen ist es wichtig, dass wir in diesem Lande eine breite Bürgergesellschaft aufbauen. Die DDR hatte nie Interesse an einer breiten Bürgergesellschaft, weder am Bürgertum noch an einer Bürgergesellschaft. In der DDR ging es um Klassen, um Klassenkampf.

Ich bin der Auffassung, dass es jetzt darum geht, eine breite Bürgergesellschaft von links und von rechts, von beiden Seiten, aufzubauen. Niemand hat das für sich gepachtet. Es ist entscheidend, dass eine breite Schicht in der Gesellschaft Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Ordnungsprinzipien der Würde und der Individualität von sich aus offensiv verteidigen kann und es nicht nur Parlamentsdebatten vorbehalten bleibt, Leute zu stoppen, die diese Ziele nicht unterstützen. Ich denke, das ist wichtig, und wir können das gemeinsam erreichen.

Es reicht nicht, die Grundrechte, die wir mit der Demokratie bekommen haben, zu leben, Beispiel zu geben und praktische Erfahrungen zu erlangen. Man muss diese Grundrechte auch leben lassen. Das schließt ein, dass Regierende, die immer nur auf Zeit gewählt sind, und Regierte in einer Art Dialog sind und gemeinsam die Bürgergesellschaft aufbauen. Davon halten wir sehr viel.

Wenn Ihnen unsere Ratschläge zu diesen Themen willkommen sind, werden wir sehr konstruktiv mit Ihnen am Aufbau dieser breiten Bürgergesellschaft in Sachsen zusammenarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Die erste Runde in der Aussprache zur Regierungserklärung ist damit beendet. Es gibt noch restliche Redezeit. Die CDU-Fraktion hat noch 20 Minuten, die PDS-Fraktion zwei Minuten. Die anderen haben ihre Redezeit ausgeschöpft. Ich frage, ob es noch Redebedarf gibt. – Bei der CDU-Fraktion nicht. Bei der PDS-Fraktion? – Auch nicht. Danke.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung beendet. Der Tagesordnungspunkt ist damit abgeschlossen. Wir treten ein in eine Mittagspause bis 14:00 Uhr. Ich erinnere daran, dass danach auf der Tagesordnung Wahlen stehen.

Guten Appetit!

(Unterbrechung von 12:59 Uhr bis 14:03 Uhr)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie die Plätze einzunehmen. Wir möchten mit der Tagesordnung fortfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 3

Wahl eines Mitgliedes des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Sächsischen Landtages (gemäß § 3 des Gesetzes zur Ausübung der parlamentarischen Kontrolle hinsichtlich der Überwachung von Wohnungen unter Einsatz technischer Mittel und anderer polizeilicher Maßnahmen unter Einsatz besonderer Mittel im Freistaat Sachsen)

Drucksache 4/0244, Wahlvorschlag der Fraktion der PDS

Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 dieses Gesetzes werden die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. § 3 Abs. 1 Satz 1 dieses Gesetzes legt darüber hinaus fest, dass zwei der fünf Mitglieder der parlamentarischen Opposition angehören müssen. Da in der 2. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages am 10. November 2004 ein Kandidat der PDS-Fraktion nicht die Mehrheit der Mitglieder des Landtages erreicht hat, kommen wir heute zur Nachwahl. Ihnen liegt der Wahlvorschlag der Fraktion der PDS in der Drucksache 4/0244 vor. Vorgeschlagen ist erneut Herr Bartl. Gemäß § 101 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung ist dies zulässig. Ich frage, ob dazu eine Aussprache gewünscht ist. – Nein.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht der Fall, dass eine Aussprache gewünscht wird. Die Wahlen finden nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung geheim statt, allerdings kann auch durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn kein Abgeordneter widerspricht.

(Uwe Leichsenring, NPD, steht am Mikrofon.)

– Es wird widersprochen. Bitte, Herr Leichsenring.

Uwe Leichsenring, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie vergaßen, in Ihrem Vorwort den Wahlvorschlag der NPD-Fraktion mit zu benennen.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Der ist heute vom Präsidium für unzulässig erklärt worden und deshalb heute hier nicht Gegenstand.

Uwe Leichsenring, NPD: Dann müssten Sie diesen mit erwähnen. Ich beantrage an dieser Stelle gleichzeitig, dass – –

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich muss den nicht erwähnen, weil er nicht zulässig ist. Damit ist er hier nicht Gegenstand. Sie haben auch keine neue Vorlage eingereicht. Es tut mir Leid, Herr Leichsenring.

Uwe Leichsenring, NPD: Frau Präsidentin, das muss Ihnen nicht Leid tun. Das Präsidium hat nach § 9 Abs. 2 darüber befunden, dass dieser Wahlvorschlag unzulässig ist. Wir können nach dem gleichen Paragrafen und dem gleichen Absatz verlangen, dass der Landtag hier darüber befinden möge. Darum bitte ich in diesem Sinne.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Das ist zulässig!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Dann verfahren wir nach § 53, so dass das Parlament über die Zulässigkeit Ihres Vorschlages entscheidet.

(Dr. Fritz Hähle, CDU:
Welcher Vorschlag ist das?)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Würden Sie bitte Ihren Vorschlag noch einmal benennen, Herr Leichsenring, weil er mir jetzt nicht vorliegt?

Uwe Leichsenring, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es handelt sich um die Drucksache 4/0263. Das ist unser Wahlvorschlag. Das Mitglied des Landtages Dr. Johannes Müller wird von unserer Fraktion vorgeschlagen.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut. – Meine Damen und Herren! Ich lasse jetzt über die Zulässigkeit des Antrages abstimmen. Wer der Zulässigkeit stattgeben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist da-

gegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmenthaltungen und Stimmen dafür ist dieser Antrag dennoch mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Damit können wir jetzt noch einmal – – Bitte.

(Uwe Leichsenring, NPD, steht am Mikrofon.)

Uwe Leichsenring, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will jetzt zum Thema keine rechtlichen Ausführungen mehr machen, die sind hinreichend ergangen. Gemäß § 105 der Geschäftsordnung beantrage ich 20 Minuten Pause.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut. Wir treffen uns dann 14:30 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 14:08 Uhr bis 14:31 Uhr)

Ich bitte die NPD-Fraktion, uns das Ergebnis der Auszeit mitzuteilen.

(Unruhe im Saal)

– Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Parlament. Danke.

Uwe Leichsenring, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin von meiner Fraktion gebeten worden, noch einmal auf die rechtliche Situation hinzuweisen. Wir haben mit der Drucksache 4/0263 rechtzeitig einen Wahlvorschlag eingereicht. Das ist eine Vorlage gemäß § 37 Abs. 1e der Geschäftsordnung. Dort sind explizit Wahlvorschläge genannt. Das Präsidium hat diesen Wahlvorschlag widerrechtlich, wie wir meinen, als Antrag behandelt. Was einen Antrag qualifiziert, ist in § 52 der Satzung eindeutig geregelt. „Der Landtag möge beschließen“, so beginnt jeder Antrag. Das ist beim Wahlvorschlag nicht feststellbar.
Das heißt, es war widerrechtlich, diesen Wahlvorschlag abzulehnen. Deswegen werde ich jetzt einen neuen einreichen.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut. Eine Debatte findet darüber nicht mehr statt. Es gibt einen neuen Wahlvorschlag. Wir verfahren wieder nach § 53 Abs. 2. Ich verlese jetzt den Wahlvorschlag: „Zur Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Sächsischen Landtages wird Herr Abg. Holger Apfel von der NPD-Fraktion vorgeschlagen.“ Ich lasse jetzt wieder über die Zulässigkeit des Wahlvorschlages abstimmen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen – wir haben das in den anderen Plenartagungen bereits getan –: Wir legen im Parlament das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt zugrunde. Damit ist der Wahlvorschlag nicht zulässig. Ich lasse aber jetzt über die Zulässigkeit abstimmen.

(Dr. Johannes Müller, NPD, steht am Mikrofon.)

– Wir sind jetzt mitten in der Abstimmung.

Ich lasse jetzt über die Zulässigkeit dieses Wahlvorschlages, der eben eingereicht worden ist, abstimmen. Wer der Zulässigkeit seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmenthaltungen und einigen Stimmen dafür ist die Zulässigkeit dieses Wahlvorschlages mehrheitlich abgelehnt worden.

Sie wollen jetzt eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten geben? – Ansonsten kann ich Ihnen nicht das Wort erteilen. Bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Erklärung zum Abstimmungsverhalten: Unserer Auffassung nach ist das Verfahren nach d'Hondt dann anzuwenden, wenn ein Wahlergebnis vorliegt, um bestimmte Sitzverteilungen vorzunehmen. Es ist also kein Wahlverfahren, um Wahlvorschläge von vornherein von der Wahl auszuschließen. Aus diesem Grund habe ich für diesen Antrag gestimmt. Wir haben wegen dieses Verfahrens Klage beim Verfassungsgericht in Leipzig eingereicht.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es noch weitere Erklärungen? – Die CDU-Fraktion, bitte; Herr Abg. Lehmann.

Heinz Lehmann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allgemeine Wahlen führen dazu, dass in einem Parlament mehrere Fraktionen anzutreffen sind, große und kleine. In unserem Fall sind es sechs. Das dadurch entstandene Kräfteverhältnis ist relativ schwierig auf kleine parlamentarische Gremien abzubilden.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte nur eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten.

Heinz Lehmann, CDU: Das wollte ich eigentlich machen.
Man könnte das nach dem Dreisatz machen. Das würde dazu führen, dass man zu gevierteilten oder zu gezehntelten Abgeordneten käme. Das ist aber nicht praktisch und den Kollegen auch nicht zumutbar.

(Dr. André Hahn, PDS: Auch nicht möglich!)

Deswegen hat vor über 100 Jahren ein Wissenschaftler aus Belgien – –

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Abg. Lehmann, ich darf Sie noch einmal bitten, Ihre Erklärung zum Abstimmungsverhalten zu geben.

Heinz Lehmann, CDU: Das ist die Erklärung für die Fraktion.
Deswegen hat ein Wissenschaftler aus Belgien das so genannte Höchstzahlverfahren vorgelegt, das aus dem Kräfteverhältnis im Parlament Zugriffsrechte, Vorränge und Nachränge auf die zu besetzenden Gremien enthält. Es hat den Charme, dass die Abgeordneten ganz bleiben, es führt aber auch dazu, dass die großen Fraktionen zuerst und mehrfach zugreifen können, dass aber die kleinen Fraktionen warten müssen, bis sie an der Reihe sind. Auf uns umgelegt heißt das, wir haben in die neue Ge-

schäftsordnung einen § 9 Abs. 2 aufgenommen, der diese Zugriffsregelungen bestimmt.

In dem Fall des Fünfer-Gremiums Parlamentarisches Kontrollgremium ist es so, dass das erste Vorschlagsrecht an die größte regierungstragende Fraktion fällt, das ist die CDU-Fraktion. Das zweite Vorschlagsrecht hat die größte Oppositionsfraktion, das ist die PDS-Fraktion. Das dritte und das vierte Vorschlagsrecht fallen wieder an die CDU-Fraktion. Das fünfte Vorschlagsrecht geht an die PDS-Fraktion. Damit sind am Ende drei Vorschlagsrechte auf der regierungstragenden Seite und zwei Vorschlagsrechte auf der Oppositionsseite. Das ist fair. Wäre das Gremium größer, käme der sechste Vorschlag wieder von der CDU-Fraktion, der siebente von der SPD-Fraktion und der achte Vorschlag könnte von der NPD-Fraktion kommen. Wir haben aber nur fünf Plätze. Deswegen haben Sie kein Vorschlagsrecht.

Wir begründen die Zurückweisung Ihres – jetzt kommt's Frau Präsidentin – –

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ja, aber die drei Minuten sind jetzt leider um. Bitte zum Abschluss kommen.

Heinz Lehmann, CDU: – Vorschlages nicht damit, dass wir Ihr Parteiprogramm nicht lieben und dass wir Ihre braune Ideologie ablehnen, sondern einzig und allein mit dem Umstand, dass Ihre Fraktion zu klein ist und Ihr Gewicht im Parlament zu gering ist. Deswegen lehnen wir Ihren Vorschlag ab.

(Uwe Leichsenring, NPD: Das wird das nächste Mal besser!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut. Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, dass wir jetzt zur Wahl kommen. Ich hatte vorhin gefragt, ob offene Abstimmung gewünscht wird. Dem ist widersprochen worden. Also kommen wir jetzt zur geheimen Wahl. Dazu berufe ich aus den Reihen der Abgeordneten folgende Wahlkommission: Frau Roth von der PDS-Fraktion als Leiterin, Herrn Colditz von der CDU-Fraktion, Frau Dr. Raatz von der SPD-Fraktion, Herrn Schmidt von der NPD-Fraktion, Herrn Dr. Martens von der FDP-Fraktion und Herrn Weichert von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wir kommen nun zur Wahlhandlung. Ich bitte die Wahlkommission nach vorn zu kommen und übergebe der Wahlleiterin jetzt das Wort. Bitte sehr.

Andrea Roth, PDS: Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten werden in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen und erhalten einen Stimmschein, auf dem entsprechend der angegebenen Drucksache über den Wahlvorschlag der Fraktion der PDS abgestimmt wird. Sie können sich zu dem Kandidaten durch Ankreuzen in dem entsprechenden Feld mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung entscheiden. Der Kandidat ist gewählt, wenn er die Mehrheit der Mitglieder des Landtages erreicht, also 63 Jastimmen.

Wir beginnen mit der Wahl. Ich beginne mit dem Buchstaben A.

(Namensaufruf – Wahlhandlung)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es noch jemanden im Saal, der nicht aufgerufen wurde und nicht gewählt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, wenn alle gewählt haben, das Wahlverfahren abzuschließen und durch die Wahlkommission auszuzählen.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, dass wir das Ergebnis der Auszählung abwarten, weil wir dann in die Wahl der oder des Ausländerbeauftragten gehen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

(Kurze Unterbrechung)

Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie wieder die Plätze ein.

Mir liegt das Ergebnis der geheimen Wahl auf der Grundlage des Wahlvorschlages der Fraktion der PDS zur Wahl eines Mitgliedes des Parlamentarischen Kontrollgremiums vor. Abgegeben wurden 123 Stimmscheine. Ungültig waren null. Es wurde wie folgt abgestimmt: Für Herrn Bartl stimmten 52 Abgeordnete, mit Nein 49 Abgeordnete und 22 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Bartl nicht gewählt worden.

Ich frage jetzt die PDS-Fraktion, ob sie einen neuen Vorschlag am heutigen Tag einbringen will.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Heute nicht!)

– Gut; damit beende ich jetzt den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4

Wahl des Sächsischen Ausländerbeauftragten (gemäß § 2 des Gesetzes über den Sächsischen Ausländerbeauftragten)

Drucksache 4/0271, Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der SPD

Drucksache 4/0245, Wahlvorschlag der Fraktion der PDS

Drucksache 4/0305, Wahlvorschlag der Fraktion der NPD

Drucksache 4/0308, Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gemäß § 2 des Gesetzes über den Sächsischen Ausländerbeauftragten wird der Ausländerbeauftragte vom Landtag zu Beginn der Wahlperiode für deren Dauer aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Die Wahl findet nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung geheim statt, allerdings kann stattdessen durch Handzeichen abgestimmt werden. Ich frage daher, ob jemand widerspricht, dass durch Handzeichen abgestimmt wird. – Ich sehe, es gibt dagegen Widerspruch.

Wir kommen daher zur geheimen Wahl, da es Widerspruch gegen offene Abstimmung gegeben hat. Hierzu berufe ich wieder die bewährte Wahlkommission. Es gibt allerdings eine Veränderung: Ich berufe von der NPD-Fraktion Frau Schüßler jetzt in die Wahlkommission, weil Herr Schmidt selbst kandidiert.

Ich bitte jetzt um den Namensaufruf.

Andrea Roth, PDS: Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten werden wiederum in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen. Sie erhalten einen Stimmschein, auf dem entsprechend den angegebenen Drucksachen die Kandidatinnen und der Kandidat für den Sächsischen Ausländerbeauftragten aufgeführt sind. Sie haben eine Stimme und können sich durch Ankreuzen in dem entsprechenden Feld für die jeweilige Kandidatin oder den jeweiligen Kandidaten oder aber für Stimmenthaltung entscheiden.

Ich beginne mit dem Buchstaben W.

(Namensaufruf – Wahlhandlung)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ist jemand nicht aufgerufen worden oder konnte von seinem Wahlrecht noch nicht Gebrauch machen? – Ich sehe, dass das nicht der Fall ist.

Ich bedanke mich bei der Wahlleiterin.

Ich schließe jetzt die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission auszuzählen. Wir warten auf das Wahlergebnis.

(Kurze Unterbrechung)

Meine Damen und Herren! Mir liegt das Ergebnis der geheimen Wahl des Sächsischen Ausländerbeauftragten vor.

Abgegeben wurden 123 Stimmscheine, ungültig waren null Stimmscheine, drei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Für Frau Friederike de Haas haben sich 70 Mitglieder des Landtages entschieden.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und der Staatsregierung)

Ich möchte gern noch die weiteren Ergebnisse verlesen:

Für Frau Dr. Cornelia Ernst haben sich 30 Mitglieder des Landtages entschieden.

(Beifall bei der PDS)

Für Herrn Mirko Schmidt haben sich 14 Mitglieder des Landtages entschieden.

(Beifall bei der NPD)

Für Frau Elke Herrmann haben sich sechs Mitglieder des Landtages entschieden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit hat Frau de Haas mehr als 63 Jastimmen und ist als Sächsische Ausländerbeauftragte gewählt. Ich frage jetzt Frau de Haas, ob sie die Wahl annimmt.

Friederike de Haas, CDU: Ja. Mit Gottes Hilfe.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung.)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich gratuliere Frau de Haas sehr herzlich zur Übernahme der nicht sehr leichten Aufgabe und wünsche ihr alles Gute für das Amt.

(Gratulationen und Übergabe von Blumen)

Meine Damen und Herren! Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

– Sie merken, dass ich noch einige Minuten inne halte, bevor ich den neuen Tagesordnungspunkt aufrufe, um dem Gratulationsbedürfnis stattzugeben.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 5

Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern und Stellvertretern des Landesjugendhilfeausschusses (gemäß § 12 Abs. 2 des Landesjugendhilfegesetzes)

Drucksache 4/0276, Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Drucksache 4/0277, Wahlvorschlag der Fraktion der PDS

Drucksache 4/0278, Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

Drucksache 4/0279, Wahlvorschlag der Fraktion der NPD

Gemäß § 12 Abs. 2 und 5 des Landesjugendhilfegesetzes hat der Sächsische Landtag zu Beginn der Wahlperiode zehn stimmberechtigte Mitglieder und zehn Stellvertreter des Landesjugendhilfeausschusses zu wählen.

Nach § 9 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung ist für die Wahlen, die durch den Sächsischen Landtag vorzunehmen sind, für die Feststellung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen grundsätzlich das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt zugrunde zu legen. Bei den zu wählenden zehn stimmberechtigten Mitgliedern und deren zehn Stellvertretern bedeutet dies:

Auf Vorschlag der Fraktion der CDU sind fünf Mitglieder und fünf Stellvertreter zu wählen. Auf Vorschlag der Fraktion der PDS sind drei Mitglieder und drei Stellvertreter zu wählen. Auf Vorschlag der Fraktion der SPD sind ein Mitglied und ein Stellvertreter zu wählen. Auf Vorschlag der Fraktion der NPD sind ein Mitglied und ein Stellvertreter zu wählen.

Ich frage jetzt wiederum, ob es Widerspruch gegen eine offene Wahl gibt. – Es gibt Widerspruch. Damit treten wir in eine geheime Wahl ein und ich berufe die Wahlkommission. Ich frage noch einmal bei der NPD an: Herr Schmidt, Sie sind jetzt wieder für die NPD dabei?

(Mirko Schmidt, NPD: Ich kandidiere!)

– Sie kandidieren. – Dann, bitte sehr, Frau Schüßler.

Andrea Roth, PDS: Meine Damen und Herren! Ich rufe wieder die Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge auf. Sie erhalten die Stimmscheine, auf denen entsprechend den angegebenen Drucksachen die Kandidaten für den Landesjugendhilfeausschuss aufgeführt sind. Sie können sich zu den Kandidaten durch Ankreuzen in dem entsprechenden Feld mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung entscheiden. Wer mehr Ja- als Neinstimmen erhält, ist gewählt.
Wir beginnen mit der Wahl, und zwar diesmal mit dem Buchstaben T.

(Namensaufruf – Wahlhandlung)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ist jemand im Saal, der nicht aufgerufen worden ist? – Das ist nicht der Fall.

Ich möchte alle herzlich bitten, im Saal zu verbleiben, und Ihnen vorschlagen, dass wir gleich die Wahl zur Otto-Perl-Stiftung anfügen und dann in der Tagesordnung weiter fortfahren, weil wir sonst wahrscheinlich heute erst sehr spät fertig werden. Gibt es Widerspruch? –

(Zuruf: Nein!)

Die Zettel sind farblich unterschiedlich gekennzeichnet, so dass nichts passieren kann – es sei denn, Sie wollen gar nicht geheim abstimmen.

Ich schließe jetzt die Wahlhandlung ab und wir unterbrechen diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 6

Wahl eines Vertreters des Sächsischen Landtages in den Stiftungsrat der „Stiftung Sächsische Behindertenselbsthilfe – Otto Perl“ (gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes zur Errichtung einer „Stiftung Sächsische Behindertenselbsthilfe – Otto Perl“)

Drucksache 4/0280, Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Der Wahlvorschlag der CDU in der Drucksache 4/0280 liegt Ihnen vor: Frau Karin Strempel. Ich frage Sie: Wird eine geheime Wahl gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall, das ist wunderbar.

(Beifall)

Dann lasse ich jetzt abstimmen. Wer dafür ist, dass Frau Karin Strempel in den Stiftungsrat der „Stiftung Sächsische Behindertenselbsthilfe – Otto Perl“ gewählt wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist Frau Strempel damit gewählt. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Karin Strempel, CDU: Ich nehme die Wahl an und danke für das überwältigende Vertrauen.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich gratuliere sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute für das Amt.

Damit kann ich diesen Tagesordnungspunkt schließen.

Ich bin gebeten worden, noch zwei Schriftführer zu benennen zur Auszählung, damit alles etwas schneller geht. Vorgeschlagen waren Herr Heidan und Herr Grapatin, wenn Sie damit einverstanden sind. – Gut. – Herr Grapatin ist nicht anwesend; welcher Schriftführer würde dafür einspringen? – Herr Krauß; danke.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt und wir kommen zu den 1. Lesungen. Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 7

1. Lesung des Entwurfs Gesetz zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Sächsischen Gesetzes zur Durchführung des Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Drucksache 4/0262, Gesetzentwurf der Staatsregierung

Es liegt keine Empfehlung des Präsidiums für eine allgemeine Aussprache vor; daher spricht nur die Einreicherin, die Staatsregierung. Herr Minister Winkler, bitte.

Hermann Winkler, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, über den wir hier im Landtag zu entscheiden haben, ist in der deutschen Rundfunkgeschichte ein Durchbruch zur Strukturreform im öffentlichen Rundfunk gelungen. Ziel der Vorschläge, die unser Ministerpräsident Prof. Georg Milbradt zusammen mit den Länderchefs Steinbrück und Stoiber bereits im November des Jahres 2003 vorgelegt hatte, war es, die langfristige Finanzierbarkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch Strukturreformen und nicht durch überzogene Gebührenerhöhungen sicherzustellen. Es wurden viele Punkte aufgegriffen, die Sachsen schon lange fordert und die nun auch von der KEF, also von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, nachdrücklich angemahnt werden.

Über dieses Ergebnis haben nun alle Landtage zu entscheiden. Ein wichtiger Punkt dieses Änderungsstaatsvertrages ist die Neufestsetzung der Gebührenhöhe. Erstmalig wird von einer Gebührenempfehlung der KEF abgewichen, und zwar nach unten und damit zugunsten der Gebührenzahler. Das ist auch richtig, denn damit wird die gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland und auch in Sachsen berücksichtigt. Damit erfolgt auch eine Berücksichtigung sinkender Einnahmen vieler sächsischer Haushalte.

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am 8. Oktober beschlossen, die Rundfunkgebühr nicht, wie von der KEF vorgeschlagen, um 1,09 Euro zu erhöhen, sondern um lediglich 88 Cent. Dafür hat sich gerade auch Sachsen stark gemacht. Die Rundfunkanstalten hatten ursprünglich das Doppelte gefordert. Mit der vorliegenden Gebührenanpassung wird also nicht einmal die Hälfte der ursprünglichen Forderung der Rundfunkanstalten erfüllt. Das hat es bisher so noch nicht gegeben. Außerdem soll die Gebührenanpassung erst zum 1. April des kommenden Jahres, 2005, erfolgen und nicht schon zum 1. Januar 2005.

Von der Präambel zum Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag ausgehend, hat Sachsen in den Staatsvertragsverhandlungen vor allem auch darauf gedrungen, dass eine Obergrenze für die Zahl der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Hörfunkprogramme eingeführt wird, denn die von den öffentlich-rechtlichen Sendern immer wieder gern, aber leider missverständlich zitierte verfassungsrechtlich gewährleistete Entwicklungsgarantie heißt nicht auch unbegrenzte Expansionsgarantie. Die Finanzierungsgarantie ist kein Blankoscheck. Das Bundesverfassungsgericht legt vielmehr großen Wert auf die Feststellung, dass nicht jede Programmentscheidung von der Politik zu honorieren ist. In unseren Augen definiert sich die mit öffentlich-rechtlich erhobenen Gebühren finanzierte Grundversorgung nicht in erster Linie über die Quantität des Programmangebotes, sondern viel mehr über dessen Qualität.

(Beifall des Abg. Andreas Lämmel, CDU)

Deshalb haben wir uns insbesondere für die Festschreibung einer alten sächsischen Forderung, nämlich das Austauschgebot, als Sicherung gegen eine nicht mehr zeitgemäße Vermehrung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen, eingesetzt.

Den öffentlich-rechtlichen Anstalten ist die Einführung neuer Programme danach nur noch möglich, wenn sie an die Stelle bisheriger Angebote treten. Mehrkosten dürfen dabei nicht verursacht werden.

Ein weiterer Bestandteil dieses Rundfunkänderungsstaatsvertrages ist die Reform des Gebührenrechts. Sie vereinfacht das Gebührenbefreiungsverfahren und führt zur Verbesserung der Ertragsbasis.

Ein weiterer Schritt zu Kostenbewusstsein und besserer Transparenz liegt in der künftigen Kompetenzstärkung der KEF. Ihre Prüfmöglichkeiten wurden erweitert, um eine höhere Klarheit bei der Kostenzuordnung zu erreichen.

All das, meine sehr geehrten Damen und Herren, dient dem sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit unseren Gebührengeldern. Wir sehen uns hier besonders dem Bürger und dem Rundfunkgebührenzahler in Sachsen verpflichtet. Was wir in unseren Verhandlungen mit den Ländern erreicht haben, ist das Ergebnis langer, harter, parteiübergreifender Diskussionen. Dabei war und ist unser aller Ziel vor allem die Rückbesinnung auf den Kern des öffentlich-rechtlichen Auftrages. Ganz in diesem Sinne haben wir mit den Bereichen Kultur, Bildung und Information inhaltliche Schwerpunkte für die digitalen Zusatzkanäle von ARD und ZDF vorgegeben.

Im Ergebnis der Verhandlungen ist der vorliegende Staatsvertrag ein großer Erfolg unserer klaren Forderungen und einer zielgerichteten soliden Verhandlungsführung durch die Staatsregierung. Ich möchte hier ruhig auch offen sagen: Es ist auch das Ergebnis einer parteiübergreifenden guten Zusammenarbeit ganz im Sinne der Sache und zum Wohl unserer Bürger.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Martin Dulig, SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen folgende Überweisungen vor: Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien – federführend – sowie Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss. Wer möchte diesen Überweisungen zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen, keine Gegenstimmen. Damit sind die Überweisungen einstimmig beschlossen worden. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 8

1. Lesung des Entwurfs Elftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Drucksache 4/0268, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Deshalb spricht nur die FDP-Fraktion als Einreicherin. Herr Abg. Zastrow, bitte.

Holger Zastrow, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich in den letzten Wochen häufig gefragt, warum sich so viele Menschen von Politik abwenden, warum auch wir als Parteien so große Nachwuchssorgen haben, warum die Wahlbeteiligung immer weiter zurückgeht und warum extreme Gesellschaftsentwürfe immer mehr Zuspruch gewinnen.

Ich glaube, es liegt nicht nur daran, dass wir für viele Probleme, die die Menschen in diesem Land haben, keine Lösungen anbieten; vielleicht kann man für das eine oder andere Problem auch keine Lösung finden. Es liegt auch daran, dass wir als Politiker oft ein schlechtes Vorbild abgeben. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass wir für sie oftmals wenig Verheißungsvolles beschließen und dass uns zu den richtig großen Problemen in unserem Land keine Lösungen einfallen. Wenn uns etwas einfällt, dann dauert die Umsetzung ewig, weil die parlamentarischen Prozesse zu lang sind. Wenn es aber um unsere eigene Versorgung geht, entwickeln wir eine erstaunliche Kreativität. Da gelingt es uns immer wieder, Mittel, Wege und Lösungen zu finden.

Ich will eines klarstellen: Ein Abgeordneter hat in diesem Land eine sehr wesentliche Aufgabe zu erfüllen. Er ist aus meiner Sicht quasi Mitglied des Aufsichtsrates der „Sachsen AG“ und nimmt in dieser Funktion immens wichtige Aufgaben wahr. Er steuert dieses Land und versucht zwischen verschiedenen Strömungen auszugleichen. Deswegen sage ich: Ja, ein Abgeordneter soll dafür ordentlich bezahlt werden.

Wir als Politiker dürfen allerdings nicht blind durch dieses Land gehen. Wir dürfen die Wahrnehmung, die es draußen von dem, was wir hier machen, gibt, nicht einfach negieren. Ich erinnere an die Diskussion des vergangenen Sommers: Wenn gefordert wird, überall in der Gesellschaft zu sparen; wenn es im öffentlichen Dienst, aber auch in allen anderen Wirtschaftszweigen Nullrunden geben soll; wenn es die Regel ist, dass gerade kleine und mittelständische Unternehmen vieler Branchen in Sachsen schon seit fünf Jahren stagnierende Einkommen verzeichnen; wenn die Honorare in den freien Berufen sinken, dann müssen wir dem Rechnung tragen.

Ich halte es nicht nur für unangemessen, sondern auch für unmoralisch, wenn die Politik in Zeiten, in denen wirklich Druck auf die Bürger ausgeübt wird und in denen einzigartige Sparprogramme beschlossen werden, nicht selbst mit gutem Beispiel vorangeht.

Der Landtag hat sich in der vergangenen Legislaturperiode zweimal die Diäten erhöht, ich glaube, zum letzten Mal vor anderthalb Jahren um fast 9 %. Ich wüsste nicht, in welcher Branche in diesem Land es eine solche Gehaltssteigerung gegeben hätte.

(Frank Kupfer, CDU: Reden Sie aber auch
von den Nullrunden,
die wir vorher beschlossen hatten!)

– Wir sind dennoch allesamt keine Armen, Herr Kupfer! 9 % bedeuten eine ganz außerordentliche Steigerung.

Herr Milbradt hat heute gesagt, er unterstütze die Forderung, dass zum Beispiel die Manager von Dax-Unternehmen ihre Gehälter offen legen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin froh, dass kleine und mittelständische Unternehmer in diesem Land ihre eigenen Gehälter nicht offen legen müssen. Was denken Sie, was man in der Wirtschaft verdient! Ich als Neuling in diesem Landtag habe mit den Ohren geschlackert, als ich das Gehaltsniveau auf Mitarbeiterebene im öffentlichen Dienst gesehen habe. Das ist – leider! – in der privaten Wirtschaft oft anders. Ich füge hinzu: Das ist in Dresden und Leipzig ganz anders als beispielsweise im Erzgebirge, wo das Gehaltsniveau noch einmal niedriger ist.

(Gottfried Teubner, CDU: Was verdienen
Sie denn als Unternehmer?)

– Das kann ich Ihnen hinterher sagen; aber dafür arbeite ich auch sehr hart und gehe ein hohes Risiko ein.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Wir arbeiten nicht?)

Abgeordnete dürfen sich nicht über das Volk erheben. Regelungen müssen transparent und für jeden nachvollziehbar sein. Bei aller Ungleichheit müssen wir trotzdem für Vergleichbarkeit sorgen.

Deswegen sagt die FDP: Wir müssen das System der Abgeordnetenversorgung insgesamt angemessener sowie für jeden Bürger transparenter gestalten.

Wir schlagen dazu in unserem Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vor, vier Bereiche zu ändern.

Der erste Bereich betrifft die Diäten. Ich habe es vorhin schon angedeutet: Wenn die Bürger überall in diesem Land verzichten sollen, dann gehört es sich für mich – – Frau Schwarz, vielleicht hören Sie mir erst einmal zu!

(Dr. Gisela Schwarz, SPD: Ich spreche gerade mit Ihren Kollegen!)

Das ist ein interessantes Thema, über das wir noch oft genug diskutieren können. Lassen Sie bitte erst einmal die Argumente gelten.

Für mich gehört es sich einfach – das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens, das wir alle in der Bevölkerung genießen sollten und das wir durch unser Verhalten vielleicht zurückgewinnen können –, dass die Politiker mit gutem Vorbild vorangehen. Wir schlagen deswegen vor, die vor anderthalb Jahren beschlossene Diätenerhöhung zurückzunehmen und zu der Diätenhöhe, die vor dem Erhöhungsbeschluss gegolten hat, zurückzukehren. Das wäre eine wichtige Geste, ein Signal, das wir an die Bürgerinnen und Bürger, an die Wählerinnen und Wähler in diesem Land senden würden.

Wir alle wissen, wie die letzten Wahlen ausgegangen sind. Wir alle können uns vorstellen, warum so gewählt worden ist. Das hat auch etwas mit der Politik und den Politikern selbst zu tun. Es wäre eine einmalige Geste, wenn die Politiker nicht nur sagen würden: „Wir machen Nullrunden!“, sondern wenn sie signalisieren würden: Wir haben diese Wahlen verstanden und wissen, dass wir uns bewegen müssen. Deswegen nehmen wir die zuletzt beschlossene Diätenerhöhung zurück.

Genau das schlagen wir Ihnen vor. Wir zeigen damit, dass wir in Zeiten von Hartz IV und angesichts einer Rekordzahl an Firmenpleiten, die wir auch in Sachsen immer noch verzeichnen, bereit sind, selbst zu handeln und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt nennen! Wir brauchen sehr dringend eine Reform der Altersversorgung. An dieser Stelle trifft der Satz „Die Politik darf sich über einen normalen Bürger nicht erheben“ besonders zu. Wir haben es einmal ausgerechnet; es stand zum Teil schon in der Zeitung: Nach acht Jahren Tätigkeit als Landtagsabgeordneter – inzwischen dauert eine Legislaturperiode fünf Jahre; daher wäre eine Änderung von acht auf zehn Jahre sicherlich angebracht – hat man einen Rentenanspruch von etwa 1 500 Euro monatlich erworben –, beginnend ab dem 60. Lebensjahr! Wissen Sie, wie lange dafür ein „normaler“ Werktätiger, der gesetzlich rentenversichert ist, beim gleichen Gehalt, das im Übrigen sehr hoch wäre, arbeiten müsste? – 36 Jahre und neun Monate!

(Gottfried Teubner, CDU: Sagen Sie das einmal Ihrer Bundestagsfraktion! Die hat Ähnlichem zugestimmt!)

Da in Sachsen kaum jemand ein so hohes Einkommen wie ein Abgeordneter hat – der Durchschnitt liegt weit darunter –, können Sie sich in etwa vorstellen, wie lange jemand mit einem niedrigeren Einkommen arbeiten muss, um einen vergleichbaren Rentenanspruch zu erlangen.

(Uta Windisch, CDU: Das ist doch Demagogie! – Gottfried Teubner, CDU: Sie haben keine Ahnung!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir als Abgeordnete eine andere Regelung finden müssen und ähnlich, wie es Unternehmer machen, privat für das Alter vorsorgen können. Dafür gibt es sehr interessante Angebote, die auch nicht teuer sind. Ich traue Ihnen sogar zu, dass Sie das bezahlen können! – Unsere Lösung ist also eine private Rentenversicherung, die wir für Landtagsabgeordnete einführen wollen.

Ferner gibt es recht interessante Übergangsgeldregelungen für Landtagsabgeordnete. Auch da empfehle ich, den Vergleich mit einem „normalen“ Arbeitnehmer anzustellen. Dieser geht, wenn er zum Beispiel seine Arbeit verliert – das ist mit dem Verlust unseres Mandats vergleichbar –, zur Arbeitsagentur. Dort hat er Anspruch auf 60 % oder, mit Kind, auf 67 % seiner letzten Bezüge, und das für ein Jahr. Diese Regelung ist vorbildlich; wir könnten sie uns selbst zugestehen. Da lohnt der Vergleich mit der Situation eines ganz normalen Werktätigen, der genauso vom Verlust seiner Arbeit bedroht ist, wie wir jederzeit unser Mandat verlieren können.

Der vierte Punkt in unserem Entwurf betrifft das Sterbegeld. Vielleicht stimmen uns in diesem Punkt auch einige Abgeordnete anderer Parteien zu. Das Sterbegeld wurde gesetzlich Krankenversicherten zum 1.1. dieses Jahres gestrichen. Bis zu jenem Zeitpunkt gab es für die Hinterbliebenen einen Satz von 525 Euro. Für uns als Abgeordnete des Sächsischen Landtages gilt diese Regelung immer noch, und zwar in Höhe einer zweifachen Diät. Wenn bei uns jemanden das Schicksal trifft, erhalten die Hinterbliebenen ein Sterbegeld in der gewaltigen Höhe von 8 568 Euro! Ich muss Ihnen ehrlich sagen – da brauche ich gar nicht zu diskutieren –, das ist ein alter Hut, der abgeschafft gehört. Das sind wir mindestens den Wählerinnen und Wählern in diesem Land schuldig.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktion hat sehr wohl gemerkt, dass es auch andere Fraktionen in diesem Landtag gibt, die sich in letzter Zeit mit der Frage der Abgeordnetenversorgung beschäftigt haben. Es gibt bereits einen Vorstoß von der PDS-Fraktion in der Diätenkommission, auch die NPD-Fraktion hat einen Antrag gestellt. Ich habe gestern im „Sachsenspiegel“ gesehen, dass auch seitens der CDU-Fraktion und seitens der SPD-Fraktion Bewegung in die Diskussion gekommen ist. Ich möchte Ihnen sagen, wir begrüßen das außerordentlich.

Ich weiß auch, dass man einzelne Punkte unseres Vorschlages anders sehen kann. Ich will mit diesem ersten Gesetzentwurf aber eine Diskussion anregen und ich möchte – das sage ich absichtlich – alle Fraktionen in diesem Landtag einladen, über das Thema nachzudenken, eine grundlegende und auch weitgreifende Reform

der Abgeordnetenversorgung jetzt anzugehen und dann zu versuchen, ob es nicht doch möglich ist, in den nächsten zwei, drei, vier Monaten eine Lösung im Konsens mit allen Beteiligten hinzubekommen. Verstehen Sie das bitte als ersten Denkanstoß, als eine Einladung zum Diskutieren. Ich denke, die Zeit ist reif.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen folgende Überweisungen vor, und zwar: an den Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss – federführend –, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend. Wer diesen Vorschlägen folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer Stimmenthaltung sind diese Überweisungen so beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 8 ist beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 9

2. und 3. Lesung des Entwurfs Gesetz zur Änderung des Sächsischen Steuerberaterversorgungsgesetzes

Drucksache 4/0126, Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drucksache 4/0255, Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

Im Präsidium ist vorgeschlagen worden, keine Aussprache durchzuführen. Wird dies dennoch gewünscht? – Nein, das ist nicht der Fall. Jetzt hätte der Kollege Rohwer als Berichterstatter die Möglichkeit, seinen Bericht abzugeben. – Dies wird auch nicht gewünscht.

Ich schlage Ihnen vor, über dieses Gesetz artikelweise abzustimmen. Wir stimmen somit jetzt über die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 4/0255, zuerst über die Überschrift, ab. Wer der Überschrift seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei wiederum einer Stimmenthaltung und ohne Gegenstimmen ist dies angenommen.

Ich lasse abstimmen über den Artikel 1. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Gleiches Abstimmungsverhalten, damit ist dem Artikel 1 mit übergroßer Mehrheit zugestimmt.

Ich lasse abstimmen über den Artikel 2. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Wiederum ähnliches Abstimmungsverhalten wie eben, damit ist dem Artikel 2 zugestimmt.

Meine Damen und Herren! Da in der 2. Lesung keine Änderungsanträge eingebracht worden sind, komme ich gleich zur 3. Lesung. Liegen Ihrerseits Begehren zur allgemeinen Aussprache vor? – Dies ist nicht der Fall.

Damit stelle ich den Gesamtentwurf Gesetz zur Änderung des Sächsischen Steuerberaterversorgungsgesetzes in Gänze zur Abstimmung. Wer dem Gesetz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich der Stimme? – Wiederum 3 Stimmenthaltungen. Meine Damen und Herren, damit ist dieses Gesetz angenommen und dieser Tagesordnungspunkt abgearbeitet. – Danke schön.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 10

2. und 3. Lesung des Entwurfs Sächsisches Ausführungsgesetz zum Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz und zu weiteren Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten (SächsAGTierNebG)

Drucksache 4/0125, Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drucksache 4/0270, Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend

Auch hier ist keine allgemeine Aussprache vorgesehen. Möchte trotzdem ein Abgeordneter das Wort dazu ergreifen? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann frage ich den Berichterstatter, Herrn Dr. Pellmann, ob er die Möglichkeit nutzen will. – Herr Dr. Pellmann ist leider nicht anwesend, also gehe ich davon aus, dass er verzichtet.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auf Folgendes hinweisen: Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend, die Ihnen als Drucksache 4/0270 zum Gesetzentwurf der Staatsregierung vorliegt, enthält in Nr. 2 eine Unrichtigkeit. Die Beschlussempfehlung sieht in Nr. 2 vor, in § 5 Abs. 2 Nr. 1 des Entwurfs die Worte „Artikel 10 der Verordnung vom 10. April 2003“ zu ersetzen durch die Worte „Artikel 10 der 2. Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Anpassung von Zuständigkeiten vom 10. April 2003“.

Würde der Beschlussempfehlung in diesem Punkt gefolgt, stünde der Wortlaut des Gesetzes im Widerspruch zu den durch den Präsidiumsbeschluss vom 4. November 2004 mit Wirkung vom 15. November 2004 in Kraft gesetzten Richtlinien des Sächsischen Landtages für die formale Gestaltung von Gesetzen, die Richtlinienempfehlungen. Diese Richtlinien finden ihre Rechtsgrundlage in § 37 Abs. 4 der vom Plenum beschlossenen Geschäftsordnung. Sie sehen in II 9b Satz 4 vor, dass für das Zitat einer geänderten Rechtsnorm in der Änderungsangabe ein Gesetz nur als Gesetz und eine Verordnung nur als Verordnung bezeichnet wird. Diese Regelung dient insbesondere der besseren Lesbarkeit des Gesetzes. Durch die Angabe der Fundstelle der ändernden Vorschrift wird gewährleistet, dass ihre genaue Überschrift problemlos recherchiert werden kann.

§ 50 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung erlaubt es dem Präsidenten, im Zuge der Ausfertigung offenbare Unrichtigkeiten in dem vom Landtag beschlossenen Gesetzestext zu beseitigen. Zu einer solchen offenbaren Unrichtigkeit gehört auch die Abweichung in den oben genannten Richtlinien. Da die Umsetzung der Nr. 2 der Beschlussempfehlung eine solche offenbare Unrichtigkeit zur Folge hätte, würde im Wege der Ausfertigung auf die richtlinienkonforme Fassung der Staatsregierung zurückgegriffen und im Wege des § 50 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung übernommen.

§ 5 Abs. 2 Nr. 1 wird somit in folgender Fassung zur Abstimmung gestellt werden: „Das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierkörperbeseitigungsgesetz vom 16. November 1982, geändert durch den Artikel 10 der Verordnung vom 10. April 2003“ usw. – –

Meine Damen und Herren! Deshalb schlage ich Ihnen nach § 54 Abs. 5 Satz 3 der Geschäftsordnung vor, über den Gesetzentwurf paragrafenweise in der Fassung, wie sie durch den Ausschuss vorgeschlagen wurde, zu beraten und abzustimmen. Wenn es keinen Widerspruch gibt, dann verfahren wir so.

Meine Damen und Herren! Wir stimmen ab über Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend, Drucksache 4/0270, und zwar als Erstes über die Überschrift. Wer der Überschrift zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung ist der Überschrift zugestimmt.

Wir stimmen ab über § 1 Zuständige Behörden und ihre Aufgaben, Beseitigungspflichten. Wer diesem Paragrafen zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen? – Danke schön. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Ich lasse abstimmen über § 2 Einzugsbereiche. Wer stimmt dem § 2 zu? – Danke schön. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle ebenfalls Einstimmigkeit fest.

Paragraf 3 lautet: Gebühren, Entgelte, kostendeckend. Wer stimmt dem § 3 zu? – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle eine kleine Anzahl von Stimmenthaltungen fest, ansonsten große Zustimmung.

Ich lasse abstimmen über § 4 Satzungen und Allgemeine Vertragsbedingungen. Wer stimmt dem § 4 zu? – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Ebenfalls keine, also Einstimmigkeit.

Wir stimmen als Letztes über den § 5 In-Kraft-Treten und Außer-Kraft-Treten ab. Ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Wenige Stimmenthaltungen und keine Gegenstimme. Damit ist auch dem § 5 zugestimmt worden. Demzufolge ist allen Paragrafen zugestimmt. Wir benötigen keine Gesamtabstimmung.

Meine Damen und Herren! Das war die 2. Lesung. Weil in der 2. Lesung keine Änderungen gekommen sind, können wir gleich die 3. Lesung eröffnen. Ich frage Sie, ob Sie dazu sprechen möchten. – Das ist nicht der Fall. Dann können wir uns auch die paragrafenweise Abstimmung ersparen. Wir stimmen über das Gesetz im ganzen ab.

Ich bitte, wenn Sie dem Gesetz zustimmen, um Ihr Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist dieses Gesetz angenommen.

Wir sind mitten in der Abstimmung gewesen. Ich glaube, Herr Abg. Leichsenring, Sie möchten Ihr Abstimmungsverhalten erklären.

Uwe Leichsenring, NPD: Ich wollte Sie bitten, feststellen zu lassen, ob der Landtag überhaupt beschlussfähig ist.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Leichsenring, ich bin darauf hingewiesen worden, dass Sie das bei der nächsten Abstimmung verlangen können. Diese Abstimmung ist beendet. Wir stellen Beschlussfähigkeiten vor einer Abstimmung fest. Jetzt ist sie vorbei. Damit ist der Tagesordnungspunkt 10 mit der Gesetzesverabschiedung beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe zur Behandlung auf

Tagesordnungspunkt 11

2. und 3. Lesung des Entwurfs Gesetz zur Sicherung des Rechtsanspruches von Kindern auf eine ganztägige Förderung in Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen

Drucksache 4/0064, Gesetzentwurf der Fraktion der PDS

Drucksache 4/0269, Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend

Die Fraktionen haben das Recht, in folgender Reihenfolge Stellung zu nehmen: Einreicherin PDS, danach CDU, SPD, NPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Ich erteile dem Sprecher der PDS-Fraktion das Wort.

Falk Neubert, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist noch nicht einmal zwei Wochen her, dass uns die OECD-Studie zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung ereilte, die sinnigerweise auch als „Baby-Pisa“ bezeichnet wurde.

Während die allseits bekannte und immer wieder diskutierte Pisa-Studie für all das Schelte bereithält, was nach 1990 kritiklos vom Westen auf Ostdeutschland übertragen wurde – ich verweise zum Beispiel auf das gegliederte Schulsystem, auf die frühzeitige Auslese oder auf die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft –, kommt Ostdeutschland bei der „Baby-Pisa“ sehr gut weg, allerdings nicht für das, was aus dem Westen übernommen wurde, sondern für das, was trotz gegenläufiger Bestrebungen erhalten geblieben ist.

Ich darf den Länderbericht zitieren: „Kurz, die Versorgungssituation im Westen war eine der schlechtesten in ganz Westeuropa. Während sich eine ähnlich gute Versorgung wie im Osten nur noch in den skandinavischen Ländern fand und während die Meinungen über ganztägige Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung im Westen erheblich auseinander gingen, wurde dieses Angebot im Osten gemeinhin akzeptiert und geschätzt.“

Weiter stellt der Bericht fest, dass trotz des starken Abbaus nach der Wiedervereinigung die Versorgungssituation im Osten heute nach wie vor deutlich besser ist als im Westen. Daran wollen wir anknüpfen. Genau das wollen wir sichern, wenn wir Ihnen vorschlagen, einen landesweiten Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten zu schaffen. Dies schafft für die Kinder einen gesicherten Bildungszugang in einer entscheidenden Lebensphase. Für die Familien schafft es in erheblichem Maße eine soziale Sicherheit in einer sonst unsicheren Zeit.

Natürlich stößt das bei den Kommunen nicht nur auf Beifall, insbesondere nicht bei den Kämmerern, die sich mit den Zugangskriterien für Kitas eine Einspargelegenheit erschließen wollen. Wir sind jedoch der festen Überzeugung, dass es kaum einen falscheren Platz für rigide Sparmaßnahmen gibt als die Investitionen in unsere Kinder. Jawohl, dazu bekennen wir uns: Diese Sparmöglichkeit wollen wir den Kommunen nehmen.

Dennoch haben wir durchaus die berechtigten Interessen der Städte und Gemeinden im Auge, was in der ebenfalls im Gesetzentwurf verankerten Erhöhung der Landespauschale auf 1 800 Euro zum Ausdruck kommt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Auch die schon zitierte OECD-Studie weist auf das bestehende Spannungsverhältnis zwischen nationalen Standards und lokaler Autonomie hin. Ich zitiere nochmals: „Zweitens gibt es durchaus gute Gründe für die Einführung bestimmter gemeinsamer nationaler Standards, insbesondere in den Bereichen, was Gleichheit zwischen den Familien und das Recht der Kinder auf einen Platz und auf Qualität angeht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es, vom Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz abgesehen, wenig Garantien für Familien und Kleinkinder. Es scheint unangemessen, dass Umfang und Qualität der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung höchst ungleich über das Land verteilt sind und dass Familien in verschiedenen Bundesländern nicht etwa die gleiche Unterstützung, die gleichen sozialen Chancen und Bildungschancen für ihre Kinder erwarten können.“

Das Problem fehlender nationaler Mindeststandards können und wollen wir heute nicht lösen. Das ist eine Diskussion, die wir an anderer Stelle aber auf jeden Fall nochmals führen sollten. Aber wir können einen notwendigen Schritt in die richtige Richtung machen, indem wir dafür sorgen, dass die sozialen Chancen und die Bildungschancen nicht schon innerhalb Sachsens höchst ungleich verteilt sind, indem wir ausschließen, dass die Landkreise und Kreisfreien Städte vollkommen willkürlich und nach Kassenlage Zugangshürden zu Kindertageseinrichtungen errichten. Damit verhindern wir auch einen Kostensparwettbewerb, der uns in unserer Kindertagesbetreuung auf westdeutsches Niveau zurückwerfen würde.

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einmal auf einen wichtigen Punkt kommen, der immer wieder in der Diskussion durchblickt, und zwar die Befürchtung, dass bei der Ausweitung des Rechtsanspruchs die Kommunen für alle vorhandenen Kinder Betreuungsplätze vorhalten müssten und dann auf den Kosten sitzen blieben, wenn die Plätze nicht ausgelastet wären. Das ist falsch. Rechtsanspruch heißt nicht, dass auch für Kinder, deren Eltern das – warum auch immer – gar nicht wünschen, Plätze vorgehalten werden müssen. Vielmehr geht es darum, dass alle Kinder, deren Eltern das wollen, eine Kita besuchen können. Erfasst wird der tatsächliche Bedarf durch die Jugendhilfeplanung, die bei der Bedarfsermittlung wiederum von den durchaus bekannten unterschiedlichen Betreuungsquoten je Einrichtungsart ausgehen können. Oder – ein praktisches Beispiel angeführt –: Vor drei Jahren, als es noch keine

Zugangskriterien gab, wurden auch nicht für alle in Sachsen wohnhaften Kinder Plätze vorgehalten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde mir sehr wünschen, dass Sie diesem Gesetzentwurf der PDS-Fraktion heute zustimmen. Wir würden damit zwei entscheidende Punkte der Koalitionsvereinbarung umsetzen und wir würden vor allem allen Kindern, so der Wunsch besteht, die Möglichkeit geben, ganztägig eine Kita zu besuchen.

Ich finde es total absurd – das ist im Moment die Realität –, dass Kinder von Bildung ausgeschlossen werden, nur weil die Eltern arbeitslos sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich bitte die Sprecherin der CDU-Fraktion, Frau Nicolaus.

Kerstin Nicolaus, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum wiederholten Male beschäftigt uns das wichtige Thema der Betreuung von Kindern im Krippenbereich, im Kindergartenbereich, im Hortbereich, sprich: in Kindertagesstätten, hier in diesem Hohen Hause.

Mit dem heute zur 2. und 3. Lesung vorgelegten Gesetzentwurf will die PDS-Fraktion im Wesentlichen den Rechtsanspruch – wie auch von Ihnen, Herr Neubert, noch einmal erläutert – für Krippen- und Hortkinder festschreiben. Denn für Kindergartenkinder brauchen wir es nicht mehr festzuschreiben. Das ist bereits auf Bundesebene geregelt und dann auf die kommunale Ebene übertragen worden.

Wir sind der Meinung, dass wir diesen Rechtsanspruch nicht benötigen. Ich komme dann später auch noch einmal darauf zurück, warum das so ist. Die Betreuungszahlen im Freistaat Sachsen sind beispielgebend. Ich darf sie an der Stelle einmal nennen. Ich reflektiere auf den April 2004. Das ist verbunden mit der Stichtagsregelung für die Pauschale.

In der Krippe sind es sage und schreibe 34,4 % und im Kindergarten sind es 101,9 %. Es gibt keine „doppelten" Kinder, sondern da sind die jeweils zurückgestellten Kinder mit erfasst. Im Hortbereich liegen wir bei 57,4 %.

Damit haben wir, wenn wir den Ländervergleich betrachten, eine absolut führende Position, was die Betreuungsquote unserer Kinder betrifft. Dieses Angebot von Krippe, Kindergarten und Hort ist im gesamten Freistaat flächendeckend. Hier dürfen wir uns ganz herzlich bei der kommunalen Ebene bedanken, dass dies so möglich ist. Ich komme an einer anderen Stelle noch einmal darauf zurück, wo das eine oder andere aus meiner Sicht nicht ganz so löblich ist. Aber ich denke, als Kommunalpolitikerin kann man hier auch einmal dementsprechende Kritik üben.

Vom Grundsatz her ist es so zu verstehen, dass für jedes Kind auch eine Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht, wenn die Eltern es denn wünschen. Sicherlich – und das habe ich bei der letzten Debatte schon gesagt – gab es schon immer die Möglichkeit vor Ort, gerade im Krippenbereich, Absprachen zu treffen. Wenn nicht gleich Plätze vorhanden waren, hat man sich das vor Ort ausgemacht: Hat jemand Arbeit, hat jemand keine Arbeit? Und dementsprechend hat man es eingerichtet. In jedem Fall war immer das Bemühen da, genügend Betreuungsplätze vorzuhalten.

Die Meinung, dass jetzt ein Rechtsanspruch die Betreuung im Freistaat Sachsen elementar verändern und verbessern würde, können wir wirklich nicht teilen. Wir haben hingegen als Koalitionspartner Dinge eingebracht und festgeschrieben – und die werden wir nächstes Jahr in Gesetzesform bringen –, die beispielgebend sind. Ich darf sie hier einfach einmal nennen.

Wir werden eben, wie in Ihrem Gesetzentwurf niedergelegt, von uns aus die Pauschale von 1 664 Euro auf 1 800 Euro erhöhen. Das – und das muss die kommunale Ebene auch so akzeptieren – ist auskömmlich. Damit wird den gestiegenen Betriebskosten Rechnung getragen und darin sind auch die Personalkosten enthalten. Ich denke, auch dort sind wir nachgewiesenermaßen führend.

Weiterhin werden wir – und das ist heute schon einmal in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten angeklungen – im verstärkten Maße der Bildung im Kindertagesstättenbereich Rechnung tragen und diesen Bereich aufwerten. Hier sei stellvertretend die schulvorbereitende Phase genannt. Im letzten Jahr, bevor die Kinder eingeschult werden, werden wir drei zusätzliche Stunden in der Woche für die Kindergärtnerinnen, also für die Erzieherinnen, als Freistaat bezahlen. Im letzten halben Jahr werden wir in diesem Bereich Grundschullehrerinnen ebenfalls noch einmal drei Stunden bezahlen. Es ist ganz klar: Wir fordern Qualität, dann müssen wir auch für diese Qualität aufkommen.

Genauso ist es mit dem aus unserer Sicht notwendigen Bildungsplan, den wir mit den jeweiligen Lehrplänen abgleichen werden, so dass es einen roten Faden – ein einheitliches Konzept – ergibt; die Lehrpläne bauen auf dem Bildungsplan auf.

Genauso verhält es sich bei der Ausbildung der Erzieherinnen. Auch dort – und das haben wir erkannt – ist es notwendig, dass wir die Ausbildung der Erzieherinnen der der Grundschullehrerinnen angleichen. Ebenso soll es keinen Schnitt zwischen der Einschulung und dem vorschulischen Bereich geben, sondern es muss ein gleitender Übergang werden, auch was das Personal betrifft.

An der Stelle darf man nicht vergessen, dass wir uns sehr aufmerksam der Aufgabe widmen werden, die den investiven Bereich betrifft. Wir werden zweimal 15 Millionen Euro für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 einstellen, die von den Kommunen natürlich kofinanziert werden müssen, um zusätzliche Plätze zu schaffen oder bestehende Plätze zu sanieren bzw. zu modernisieren. Ich denke, damit gehen wir einen Riesenschritt voran.

Jetzt kommen wir zu einem weiteren wesentlichen Punkt, der auch immer wieder genannt worden ist. Die Tatsache, dass Zugangskriterien von den Koalitionspartnern abgelehnt werden, ist wesentlich. Wir können davon ausgehen, dass wir all die Dinge, die ich vorhin benannt habe, aber auch die Zugangskriterien in irgendeiner Art und Weise in dem novellierten Kindertagesstättengesetz festschreiben werden. Denn wir wissen natürlich, dass wir kein Kind ausschließen wollen – ins-

besondere vom konkreten Bildungsangebot, das wir uns vorgestellt haben.

Ich bin Ihnen eigentlich sehr dankbar, Herr Neubert, dass Sie die OECD-Studie hier benannt haben. Die hat einmal mehr gezeigt, dass wir gerade in den neuen Bundesländern dort beispielgebend sind. Wir sollten uns dieses Niveau erhalten, sollten es fortschreiben und noch einmal aufwerten. Wir können eigentlich allesamt in diesem Hohen Hause stolz sein, dass wir ein solches Niveau erlangt haben, so dass wir jetzt aufgrund des Koalitionsvertrages und der daraus resultierenden Veränderungen auf gesetzlicher Ebene noch einiges mehr dazu tun werden.

Auf der anderen Seite hat es mich schon betroffen gemacht, dass einige Kommunen oder kommunale Ebenen, Gebietskörperschaften dies vielleicht nicht so wahrgenommen haben, dass wir spitzenmäßige Betreuung haben – dass wir aber auch im frühkindlichen Bereich das eine oder andere noch verbessern sollten – und statt dessen Zugangskriterien eingeführt haben.

Ich denke, an der Stelle muss man auch darauf verweisen, dass die kommunale Ebene vielleicht das eine oder andere an Erkenntniszuwächsen in diesem Bereich erreichen muss.

Ich blicke von unserer Seite aus, für die CDU-Fraktion gesprochen, frohgemut in die Zukunft, was die Kindertagesstätten betrifft, was die Betreuung unserer Kinder in Gänze betrifft, auch was die Novellierung des Kindertagesstättengesetzes betrifft.

Die ersten Dinge werden sich in dem Haushaltsgesetzentwurf, der durch die Staatsregierung eingebracht wird, widerspiegeln, was die finanziellen Ansätze betrifft. Das ist ganz klar. Darauf folgend werden wir zur Novellierung des Kita-Gesetzes gelangen.

Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir das Gesetz zum Rechtsanspruch der PDS-Fraktion ablehnen; vor allem werden wir darauf verweisen – und das tue ich an dieser Stelle –, dass wir mit unseren Absichten die Qualitätsverbesserung im Kita-Bereich in den Vordergrund stellen. Das ist für uns das Wichtige, dass wir die Qualität nach vorn bringen und nicht auf Quantität setzen. Das sollte eigentlich der Anspruch für das ganze Hohe Haus sein, was die Betreuung unserer Kinder betrifft. Von daher lehnen wir den Gesetzentwurf ab. Wir laden Sie von der PDS-Fraktion aber herzlich dazu ein, uns zu begleiten, wenn wir das neue Gesetz novellieren, damit wir dann entsprechend neue Zeichen in der Qualität setzen. Das ist unser Anspruch, ein hoher Anspruch, aber dem werden wir gerecht werden.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Frau Dr. Schwarz von der SPD-Fraktion spricht als Nächste zu uns.

Dr. Gisela Schwarz, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion nimmt den Koalitionsvertrag sehr ernst. Da können Sie etwas anderes verbreiten, wie Sie wollen, Herr Neubert, das ist so. Wir sind sehr froh, dass es jetzt möglich ist, im Bereich frühkindlicher Bildung einen großen Schritt nach vorn zu tun.

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD)

Dies am ganztägigen Rechtsanspruch festzumachen ist verkürzt. Es gibt auch Eltern, die ganz bewusst ihre Kinder nicht ganztägig in die Einrichtung geben. Unser Ansatz ist, dass niemand bewusst ausgegrenzt werden darf.

(Zuruf von der PDS: Richtig!)

Wir haben immer unterstrichen, dass ein Bildungsauftrag, der sich auf die Schule und anschließende Bildungseinrichtungen konzentriert, zu spät ansetzt. Die thematische Untersuchung der OECD zur frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung, die in der vergangenen Woche der Öffentlichkeit vorgestellte wurde – Sie sind auch darauf eingegangen –, bestätigt unsere Programmatik ausdrücklich. Der Koalitionsvertrag enthält eben Aufträge in diese Richtung.

So wird es künftig auf der Grundlage eines Bildungsplanes eine verbindliche Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen geben. Dazu werden personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt. Dies hätten Sie, Herr Neubert, auch einmal positiv zur Kenntnis nehmen können, statt sich, wie Sie es getan haben, einseitig auf den Rechtsanspruch zu fokussieren, dies mit diesem Gesetzentwurf auch noch mit der Brechstange zu tun und nicht einmal im federführenden Ausschuss die Stellungnahme des Innenausschusses, der auch die Probleme der kommunalen Ebene behandelt, abzuwarten.

(Beifall des Abg. Marko Schiemann, CDU)

Dass Kommunen aufgrund finanzieller Erwägungen Zugangskriterien eingeführt haben – dies im Übrigen auch mit Zustimmung von PDS- Kommunalpolitikern –, ist eben auch dieser finanziellen Situation geschuldet. Auch vor dem Hintergrund des Koalitionsvertrages beginnt in den Kommunen jetzt schon ein Umdenken. Ich denke, auch das haben Sie hoffentlich zur Kenntnis genommen. Es ist ja gerade die Erhöhung der Landespauschale, die den Kommunen die entsprechenden besseren Spielräume eröffnet. Sie haben diese 1 800 Euro Landespauschale auch erst in die Welt gesetzt, nachdem sie schon im Koalitionsvertrag standen. Hinzu kommen 15 Millionen Euro für ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten.

(Zuruf des Abg. Falk Neubert, PDS)

– Aber natürlich! Sie konnten doch Ihren Gesetzentwurf erst in den Landtag einbringen, nachdem die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen waren und wir zur Konstituierung des Landtages zusammenkamen.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Gisela Schwarz, SPD: Ja.

Falk Neubert, PDS: Es ist wirklich ein Randthema, Frau Dr. Schwarz, aber stimmen Sie mir zu, dass der Gesetz-

entwurf in den Landtag eingebracht wurde, bevor Ihre Koalitionsvereinbarung fertig war?

Dr. Gisela Schwarz, SPD: Nein, Herr Neubert, Sie irren sich. Die Koalitionsvereinbarung wurde am 3. November beschlossen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Hier steht „22.10."! – Weitere Zurufe von der PDS)

– Also vor der Konstituierung des Landtages. Aber Sie können doch nicht einen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen, bevor sich der Landtag konstituiert hat!

(Beifall bei der SPD und der CDU – Zurufe von der PDS)

Nun noch einmal zurück zur OECD-Studie: Die ostdeutschen Länder haben hier gute Noten bekommen. Wir geben ganz bewusst viel Geld in diesem Sektor aus, was andere Bundesländer eben nicht tun. Und wir wissen genau, dass das gerade die Bundesländer in Deutschland sind, die nicht zu den ärmsten gehören.

Deswegen plädieren die Forscher auch für den stufenweisen Ausbau des Rechtsanspruches in ganz Deutschland. Davon haben auch wir uns nicht verabschiedet. Auch die Bundesregierung hat mit ihrem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung dieses Ziel formuliert. Der wichtige Schritt aus unserer Sicht ist, dass sich die Koalitionsfraktionen ausdrücklich gegen Zugangskriterien ausgesprochen haben. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Verbesserung frühkindlicher Bildung und die Anhebung der Landespauschale werden sich auch mit der Frage der Zugangskriterien beschäftigen. Ich habe das im Ausschuss bereits angekündigt.

Wir werden unser Ziel, einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Krippe oder im Hort zu sichern, nicht aus dem Auge verlieren. Ein solcher Rechtsanspruch muss jedoch für alle Kinder gelten, egal ob sie in Bremen oder in Freiberg aufwachsen, und alle Länder und Kommunen müssen bereit sein, dies inhaltlich und finanziell zu untersetzen, so wie wir das jetzt tun werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Als nächster Redner spricht der Vertreter der NPD-Fraktion, Herr Schön.

Jürgen Schön, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht hier um Kinder, also um die Zukunft unseres Freistaates. Ich finde es beschämend, dass gerade bei dieser Debatte so wenig Abgeordnete anwesend sind.

Wenn wir heute über den Gesetzentwurf der PDS zur Sicherung des Rechtsanspruchs von Kindern auf eine ganztägige Förderung in Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen sprechen, sollten wir die Einsicht beherzigen: Ein Kind ist kein Gefäß, das gefüllt, sondern ein Feuer, das entzündet werden will. Immer noch wird die Vorschulerziehung stiefmütterlich behandelt.

Gerade die Lernleistungsstudie „Pisa II", die in den letzten Tagen vorgestellt worden ist, hat eine Diskussion über die Bildungspolitik erneut in die Gesellschaft hineingetragen. Dies ist gut so, da gerade die Bildung ein Gut ist, das es zu bewahren gilt. Doch greift diese Diskussion viel zu kurz, wenn lediglich über Reformen auf dem Schul- und Hochschulsektor nachgedacht wird. Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der demzufolge schon beim Kleinkind anfängt. Da muss gerade auf dem Gebiet der Vorschulerziehung grundlegend umgedacht werden.

Gerade im Vorschulalter machen Kinder einen enormen Entwicklungsprozess durch. Das Kind lernt in dieser Entwicklungsphase, sich vor allem durch Ausprobieren die gegenständliche Welt anzueignen und sich in ihr zurechtzufinden. Zugleich werden in dieser Phase auch Identität, die Regeln, Normen und Werte durch das Kind erlernt.

Zu diesem Bildungsprozess benötigt das Kind eben auch andere Kinder. Nur in der Gemeinschaft kann letztlich die Sozialkonstruktion von Wissen stattfinden. Daher ist es notwendig, dass die beschriebene Sozialsituation des Kindes tatsächlich stattfindet. Es muss aus diesem Grunde gewährleistet sein, dass Kinder eben nicht aus diesem Reifeprozess ausgeschlossen werden.

Das bisher geltende Gesetz kann diese Anforderungen nicht in allen Punkten umsetzen. An dieser Stelle sieht meine Fraktion Handlungsbedarf. Wenn die Staatsregierung, was wir begrüßen, in der Koalitionserklärung die Lebensphase des Vorschulalters bereits als Bildungsphase begreift, dann findet Bildung dort nicht zwischen neun und zwölf Uhr statt, sondern zieht sich über den ganzen Tag hin.

Natürlich müssen sich in erster Linie die Eltern um ihre Kinder kümmern. Natürlich sind ein liebevolles Zuhause und eine gute Familie immer sehr wichtig. Aber wie die Kindertagesstätte nicht das Elternhaus und umgekehrt ersetzen kann, sind beide zusammen ein starkes Paar zur Entwicklung von kindlichem Potenzial in den ersten Lebensjahren.

Dass sich die Generationen immer weniger zu verstehen scheinen, immer weniger voneinander wissen, wird schon jahrelang propagiert, vor allem dann, wenn wieder etwas Schreckliches passiert ist. Dass es aber durchaus auch Wege aus dieser Ohnmacht geben kann, wird bei politischen Entscheidungen ausgeblendet. Wie sonst wäre zu erklären, dass Kinder- und Jugendarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Schulsozialarbeit durch Entscheidungen auf Landesebene in ihrer Existenz bedroht sind oder eingestellt werden mussten?

Soziale Auflösungserscheinungen in der Gesellschaft, Koalitionskonflikte haben immer noch eine längere Vorgeschichte. Wenn Kindern und Jugendlichen ein offizielles Bild über sich selbst vermittelt wird, das sie zum Problemfall werden lässt, macht es sie nicht neugierig auf ein Leben als Gemeinschaft. Junge Leute reagieren darauf völlig natürlich. Sie nehmen ihr Umfeld nicht als Gemeinwesen dar und konzentrieren sich auf ihren eigenen Lebensausschnitt. Da erleben wir heute auch die Abwanderungswelle in die westlichen Bundesländer, die uns zweifellos vor Probleme stellt.

Wir schaffen es nicht ohne die junge Generation. Deshalb muss die Botschaft sein, dass sie in unserer politischen Rangliste einen Platz ganz oben einnimmt. Wenn aber fortwährend in diesem Bereich gekürzt wird, dann sind

nicht nur die Zahlen selbst ein Problem, sondern das damit verbundene Signal.

(Kerstin Nicolaus, CDU: Das hat doch die Koalition vereinbart!)

Kehren wir wieder zur Zukunftssicherung für Sachsen zurück. Wir haben mit diesem Gesetzentwurf die Möglichkeit, hier das rechte Signal zu setzen. Nutzen wir diese Chance!

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich bitte die Vertreterin der FDP-Fraktion das Wort zu ergreifen. Frau Kristin Schütz.

Kristin Schütz, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Absicht des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzentwurfes zum 1.1.2005 lässt die PDS-Fraktion den wahrhaft guten Ansatz dieses Gesetzentwurfes leider ins Leere laufen. Auch die FDP setzt sich für ein qualitativ höheres Bildungsniveau in den Kindertageseinrichtungen in Sachsen ein. Kindertageseinrichtungen sind die erste Stufe im Bildungssystem. Ein kostenloses und gleichzeitig verpflichtendes Vorschuljahr, wie es die FDP vorschlägt, kann dabei ein wesentlicher Schritt sein. Der Rechtsanspruch, wie er hier formuliert ist, gibt den Eltern sofort die Möglichkeit, ihren Rechtsanspruch wahrzunehmen. Durch diesen so formulierten Rechtsanspruch sind die Kommunen aber auch sofort verpflichtet, entsprechende Angebote bereitzustellen. Da dies jedoch durch die abgeschlossenen Bedarfs- und Haushaltsplanungen in vielen Kommunen und Landkreisen bereits beschlossen ist, wird dies zum 1.1.2005 so nicht mehr möglich sein. Eine Angebotssteigerung von 70 % im Krippenbereich ist in den nächsten Jahren bei der derzeitigen Ausgangslage in Kommunen und Landkreisen nicht erreichbar. Selbst das Investitionsprogramm von 15 Millionen Euro lässt maximal den Neubau von etwa neun Kindertageseinrichtungen in ganz Sachsen zu.

Wir halten eine Forderung nach einem grundsätzlichen Betreuungsanspruch von neun Stunden ab Geburt für unangemessen. Stattdessen stellen wir die Forderung nach mehr Flexibilität. Vereinbarkeit von Beruf und Familie neben hoher qualitativer Betreuung sollten oberstes Ziel eines entsprechenden Gesetzentwurfes sein. Uns fehlen die statistischen Größen der tatsächlichen Inanspruchnahme bei der entsprechenden Bedarfslage der Eltern und eine Aussage zum qualitativen Ausbau der Elternbildung. Wir werden uns daher bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf der Stimme enthalten.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Den Reigen der Abgeordneten beschließt die Vertreterin der Bündnisgrünen, Frau Elke Herrmann.

Elke Herrmann, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In der öffentlichen Diskussion zum Thema Ganztagsbetreuung steht in der Regel der Rechtsanspruch der Eltern im Vordergrund. Sprechen wir über demografische Entwicklung, wird darauf verwiesen, dass ein Zusammenhang zwischen den Angeboten an Betreuungsformen und dem verwirklichten Kinderwunsch besteht.

Nach einer Befragung des IPOS-Instituts vom September dieses Jahres sind immerhin 21 % der Befragten der Ansicht, dass die Bereitstellung von mehr Plätzen mit Ganztagsbetreuung für Kinder die Geburtenrate deutlich erhöhen würde. Damit rangiert dieser Aspekt der Ganztagsbetreuung immerhin vor der Bereitstellung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen und vor der Erhöhung des Kindergeldes. Es sind dies auch unsere eigenen Erfahrungen aus Gesprächen mit Familien und Frauen. Denken Familien über den Kinderwunsch nach, dann überlegen sie, ob dieser mit der Berufsausübung – meistens der Frau – vereinbar ist.

Der Blickwinkel des uns vorgelegten Gesetzes ist jedoch ein anderer. Durch dieses Gesetz sollen die Belange der Kinder gestärkt werden. Das unterstützen wir. Darin stimmen wir auch mit dem Ministerpräsidenten überein, der heute Morgen sagte, das Bildungsangebot sei nicht nur an den Bedürfnissen der Eltern, sondern auch denen der Kinder auszurichten. Das verstehen wir unter Chancengleichheit; denn die Kinder sind es, die unter der Ausgrenzung leiden. Sie starten mit unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule und können dieses Manko vielleicht nie wieder ausgleichen. Die Weichen für ihr Leben werden gestellt. Wir wissen, dass Entwicklungsnachteile durch professionelle Betreuung ausgeglichen werden können. Entwicklungsverzögerungen – zum Beispiel in der Sprachentwicklung – können rechtzeitig erkannt und positiv verändert werden.

Wir Bündnisgrünen fordern seit langem, dass der Bildungsauftrag in den Kindertagesstätten nicht nur formuliert, sondern auch eingelöst wird. Dazu gehört auch die Option einer ganztägigen Betreuung. Frau Nicolaus, es gibt zwar den Rechtsanspruch auf Besuch einer Kindertagesstätte ab dem Alter von drei Jahren, es gibt jedoch keinen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung, und das steht im Gesetzentwurf.

(Beifall bei den GRÜNEN und der PDS)

Nur so erhalten Kinder aller sozialen Schichten von Anfang an einen gerechten Zugang zur Bildung. Dazu gehört unter anderem auch eine Professionalisierung der Erzieherinnenausbildung, die die Erzieherinnen in die Lage versetzt, Entwicklungsprobleme der Kinder frühzeitig zu erkennen und darauf angemessen zu reagieren. Dazu gehören auch Bildungsstandards; das ist jedoch heute nicht das Thema.

Es geht um eine quantitative und eine qualitative Verbesserung der Betreuung und Bildung, und zwar nicht unter Nützlichkeitsgesichtspunkten – sozusagen mit dem Gedanken an Verwertbarkeit verbunden –, sondern es geht um den Anspruch auf Chancengleichheit, und dieser liegt in der Person des Kindes und nicht im Anspruch der Gesellschaft begründet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der PDS)

Deshalb brauchen wir den Rechtsanspruch von Kindern auf ganztägige Förderung, und wir brauchen ihn von

klein an. Unsere Fraktion wird dem Gesetzentwurf deshalb zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Jetzt hätte die Staatsregierung, so sie denn möchte, das Wort.

(Unruhe)

– Die Staatsregierung verzichtet. Gibt es weiteren Bedarf zur Aussprache? – Herr Neubert möchte noch einmal sprechen.

Falk Neubert, PDS: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin etwas verwirrt, dass die Staatsregierung zu einem so wichtigen Thema nicht das Wort ergreift; einem Thema, das die letzten Jahre diesen Bereich dominiert hat. Ich möchte auf einige Dinge eingehen, die hier gesagt wurden.

Zu dem neunstündigen Bildungs- und Betreuungsangebot als ganztägiges Angebot hat Frau Herrmann schon etwas eingewandt. Es ist natürlich auch klar, Frau Nicolaus, dass es früher an der einen oder anderen Stelle im Krippenbereich Wartelisten gab. Man muss aber feststellen, dass der Ausschluss, der jetzt stattfindet, ein per Beschluss und Kriterium an die Eltern gebundener Ausschluss ist. Das ist der Unterschied, denn generell wird danach der Bedarf etc. für die nächsten Jahre ermittelt. Wenn Sie sagen – und darüber streiten wir uns in diesem Haus immer wieder –, die Ablehnung von Zugangskriterien sei notwendig und es ist auch im Koalitionsvertrag so verankert, und daraus folgt jedoch keine Zustimmung zu unserem Gesetz – denn gesetzlich verankern kann man es nur auf diesem Weg –, dann finde ich das schade; denn im nächsten Jahr stehen in verschiedenen Kreisen – das wissen wir wahrscheinlich beide – wieder verschiedene Beschlüsse auf der Tagesordnung, die weitere Zugangskriterien einführen. Ich halte das für bedenklich, und wir könnten heute mit dem Gesetz die Möglichkeit schaffen, einen Riegel vorzuschieben.

Sie haben die Dinge, die in diesem Bereich positiv laufen, verschiedentlich ausgeführt. Selbstverständlich sind wir in den letzten Jahren im qualitativen Bereich vorangekommen. Die Erzieherinnenausbildung ist zurzeit noch eine große Baustelle, aber wir haben hierbei schon einen Schritt hinter uns gebracht. Die optimierte Schuleingangsphase, die in Sachsen eingeführt wurde, oder der Bildungsplan – selbstverständlich sind dies alles positive Dinge. Hier geht es aber um einen Bereich, an dem eine sehr starke Kritik unsererseits vorhanden ist. Das war mein Kernpunkt, den ich heute ausgeführt habe, und ich muss sagen: Eine Kindertagesstätte kann qualitativ noch so hochwertig sein, wenn aber Kinder über ein Kriterium der Eltern davon ausgeschlossen werden, halte ich das für falsch.

(Beifall bei der PDS)

Das würde bedeuten, Kinder, deren Eltern Arbeit haben, dürfen diese hochwertige Bildung genießen, Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, dürfen es nicht. Das ist politisch einfach falsch!

Sehr geehrte Damen und Herren! Noch ein paar Worte zu Frau Schütz von der FDP-Fraktion. Ich habe beim letzten Mal das ganze Feld grundsätzlich beleuchtet und natürlich auch gesagt, dass bestimmte qualitative Dinge mit auf die Tagesordnung gehören. Dieser Gesetzentwurf hat sich ganz konkret auf das Verbot von Zugangskriterien beschränkt. Aus diesem Grunde habe ich diese Dinge heute nicht noch einmal wiederholt.

Ich finde es bedauerlich, dass die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion, wie sich andeutet, diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen werden, und kann einfach nur noch einmal werben.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Frau Nicolaus, CDU-Fraktion, möchte noch einmal sprechen. Bitte schön.

Kerstin Nicolaus, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir werden an gegebener Stelle im nächsten Jahr sicherlich noch eine sehr intensive Diskussion über die genannte Thematik, die auch heute zum Thema geworden ist, führen. Aber lassen Sie mich noch ein paar Dinge zu dem sagen, was wir als Freistaat Sachsen zum Beispiel nicht in unserem Gesetz haben:

Wir haben keine Zugangskriterien wie andere Bundesländer verankert – ich erinnere zum Beispiel an das Land Sachsen-Anhalt oder andere Bundesländer, die ich nicht alle nennen will –, sondern wir haben uns im Koalitionsvertrag, explizit von mir und auch von Frau Dr. Schwarz angesprochen, gegen die Zugangskriterien ausgesprochen und wir werden im nächsten Jahr das Übrige dazu tun, dass das auch festgeschrieben wird.

(Dr. André Hahn, PDS: Können wir doch heute machen!)

– Nehmen Sie es doch hin! Wir wollen doch viel besser sein als Sie, Herr Dr. Hahn. Das habe ich doch vorhin erläutert. Gar keine Frage!

(Beifall bei der CDU – Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Machen Sie es vor Weihnachten!)

Das wird sich auch widerspiegeln.

Das Gesetz ist doch viel zu einfach gestrickt. Wir wollen, wie vorhin ausgeführt, viel mehr in die Qualität investieren. Wir werden das auch tun. Dann werden wir das hochhalten und alle anderen Bundesländer werden uns darum beneiden. Dessen können Sie sicher sein.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Was ich mir aber wünschen würde, wäre schon jetzt vor Ort mehr Flexibilität. Dann würde das Problem, das der Ministerpräsident heute früh in der Regierungserklärung angesprochen hat, dass so wenig Kinder geboren werden, wahrscheinlich etwas minimiert. Denn warum gebären zum Beispiel so wenig Akademikerinnen Kinder? Weil sie, wenn sie in einem sehr hoch gestellten Job be-

schäftigt sind, natürlich Angst haben, ihr Kind nicht betreut zu bekommen. Die Regelöffnungszeiten reichen nicht aus. Ich bin der Ministerin dankbar, dass sie sich sehr darum bemüht, dass Betriebskindergärten eröffnet werden, um den Öffnungszeiten, die gebraucht werden, Rechnung zu tragen, damit auch eine Rettungssanitäterin oder eine Ärztin, je nachdem, ihr Kind betreut bekommt.

Wir haben in Sachsen auch das Angebot der Tagesmütter, die bei uns über eine Landespauschale bezuschusst werden. Das ist eine sensationelle Sache. So etwas haben die anderen Bundesländer nicht.

(Zuruf der Abg. Dr. Barbara Höll, PDS)

Ich denke, darauf sollten wir gemeinsam stolz sein. Ich bin nicht der Meinung und auch unsere Fraktion ist nicht der Meinung, dass ein Rechtsanspruch letztlich eine Verbesserung hinsichtlich der Betreuungssituation oder der -qualität bringen würde – das ist es nicht –, sondern wir sehen andere Kriterien. Diese haben wir hier schon benannt und sehr ausführlich diskutiert.

(Dr. Cornelia Ernst, PDS: Das gehört aber dazu, Frau Nicolaus!)

Von dieser Warte aus können wir uns Ihrem Votum leider nicht anschließen, wofür Sie geworben haben. Wir werden den Gesetzentwurf ablehnen und einen viel besseren einbringen.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Hat sich daraus noch weiterer Aussprachebedarf ergeben? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen entsprechend § 44 Abs. 5 Satz 3 der Geschäftsordnung vor, über den Gesetzentwurf artikelweise zu beraten und abzustimmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über die Überschrift des Gesetzes. Wer dieser Überschrift zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist eine ganze Reihe. Die Gegenprobe! – Das ist die Mehrheit. Ich bitte um die Stimmenthaltungen. – Stimmenthaltungen gibt es ebenfalls. Mit knapper Mehrheit ist die Überschrift abgelehnt.

Ich bitte um Abstimmung zu Artikel 1 – Änderung des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen. Wer diesem Artikel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Eine größere Anzahl. – Die Gegenstimmen! – Eine Mehrheit. Die Enthaltungen! – Gleiches Abstimmungsverhalten wie soeben und demzufolge ebenfalls abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über Artikel 2 – In-Kraft-Treten. Wer stimmt dem Artikel 2 zu? Den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist eine größere Anzahl. – Die Gegenstimmen, bitte! – Diese Zahl ist eindeutig größer. Die Stimmenthaltungen! – Ich kann paralleles Abstimmungsverhalten feststellen.

Meine Damen und Herren! Nachdem somit sämtliche Bestimmungen des Gesetzentwurfs abgelehnt wurden, findet gemäß § 44 Abs. 7 der Geschäftsordnung über diesen Entwurf keine weitere Beratung und damit auch keine 3. Lesung statt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Fortsetzung Tagesordnungspunkt 5

Meine Damen und Herren! Wir schalten etwa anderthalb Stunden zurück. Inzwischen liegt das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern und deren Stellvertretern für den Landesjugendhilfeausschuss vor.

Es wurden 122 Stimmen abgegeben. Bei der Wahl der stimmberechtigten Mitglieder waren zwei Stimmscheine ungültig und bei der Wahl der Stellvertreter war ein Stimmschein ungültig. Es wurde wie folgt abgestimmt:

Der Abgeordnete Alexander Krauß erhielt 87 Jastimmen, 8 Neinstimmen und 12 Enthaltungen.

Herr Thomas Müller: 89 Jastimmen, 8 Neinstimmen, 10 Enthaltungen.

Frau Martina Weber: 89 Jastimmen, 8 Neinstimmen, 10 Enthaltungen.

Frau Christine Zippel: 87 Jastimmen, 9 Neinstimmen, 11 Enthaltungen.

Herr Falk Neubert: 73 Jastimmen, 21 Neinstimmen, 14 Enthaltungen.

Frau Anja Stephan: 72 Jastimmen, 19 Neinstimmen, 16 Enthaltungen.

Frau Freya-Maria Klinger: 65 Jastimmen, 25 Neinstimmen, 17 Enthaltungen.

Herr Martin Dulig: 82 Jastimmen, 13 Neinstimmen, 11 Enthaltungen.

Herr Mirko Schmidt: 21 Jastimmen, 44 Neinstimmen, 40 Enthaltungen.

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich jemanden vergessen habe, und bitte um Entschuldigung. Herr Lars Rohwer – Sie stehen an dritter Stelle – 79 Jastimmen, 16 Neinstimmen, 13 Enthaltungen. – Großes Bedauern, es war keine Absicht.

Meine Damen und Herren! Ich stelle somit fest: Herr Krauß, Herr Müller, Herr Rohwer, Frau Weber, Frau Zippel, Herr Neubert, Frau Stephan, Frau Klinger und Herr Dulig sind gewählt. Befindet sich unter den eben genannten Abgeordneten jemand, der seine Wahl nicht annimmt? Dann möge er sich jetzt melden. – Das ist nicht der Fall.

Somit kommen wir zur Verlesung der Ergebnisse der stellvertretenden Mitglieder:

Herr Thomas Kunz: 86 Jastimmen, 6 Neinstimmen, 13 Enthaltungen.

Herr Christoph Stolte: 86 Jastimmen, 7 Neinstimmen, 12 Enthaltungen.

Herr Maik Kaufhold: 84 Jastimmen, 7 Neinstimmen, 14 Enthaltungen.

Herr Matthias Knaak: 85 Jastimmen, 8 Neinstimmen, 12 Enthaltungen.

Herr Hans-Otto Schlotmann: 83 Jastimmen, 7 Neinstimmen, 15 Enthaltungen.

Herr Tilo Kießling: 67 Jastimmen, 23 Neinstimmen, 18 Enthaltungen.

Frau Kerstin Lauterbach: 70 Jastimmen, 19 Neinstimmen, 19 Enthaltungen.

Herr Dietmar Jung: 70 Jastimmen, 19 Neinstimmen, 20 Enthaltungen.

Herr Philipp Schäfer: 82 Jastimmen, 11 Neinstimmen und 12 Enthaltungen.

Herr Alexander Delle: 20 Jastimmen, 47 Neinstimmen, 37 Enthaltungen.

Somit sind gewählt: Herr Kunz, Herr Stolte, Herr Kaufhold, Herr Knaak, Herr Schlotmann, Herr Kießling, Frau Lauterbach, Herr Jung und Herr Schäfer.

Befindet sich jemand unter den eben Genannten, der seine Wahl als Stellvertreter nicht annimmt? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Sie haben aufmerksam verfolgt, dass zwei Abgeordnete nicht gewählt worden sind. Ich frage jetzt die Vertreter der NPD-Fraktion, deren vorgeschlagenes stimmberechtigtes Mitglied, Herr Mirko Schmidt, nicht gewählt wurde und deren vorgeschlagener Stellvertreter, Herr Alexander Delle, nicht gewählt wurde, ob sie heute noch einen zweiten Wahlgang mit diesen Namen oder mit neuen Namen beantragt. – Herr Abg. Leichsenring.

(Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden heute keinen weiteren Wahlgang beantragen.)

Danke schön.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Ich beglückwünsche all diejenigen Damen und Herren, die gewählt worden sind, zu ihrer Wahl.

Wir fahren in der allgemeinen Tagesordnung fort und kommen zu

Tagesordnungspunkt 12

– Föderalismusreform-Kommission

Drucksache 4/0252, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

– Für einen dem Sozialstaatsgebot und der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Bundesgebietes verpflichteten Föderalismus

Drucksache 4/0265, Dringlicher Antrag der Fraktion der PDS

Die Dringlichkeit des PDS-Antrages wurde durch das Präsidium am 2. Dezember 2004 festgestellt.

Die Fraktionen können dazu Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde lautet: CDU, SPD, PDS, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung, wie immer, wenn gewünscht.

Ich erteile dem Sprecher der CDU das Wort. Herr Abg. Schiemann, bitte.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den deutschen Ländern, im Bundesrat, im Bundestag hat man sich eine sehr große Reform vorgenommen: Innerhalb eines Jahres – so kann man sagen – hat man sich vorgenommen, eine Vielzahl von Änderungen in den Beziehungen zwischen den deutschen Ländern und der Zentralregierung, der Bundesregierung, oder dem Bundestag herbeizuführen.

Ich weiß nicht, ob für diese Reform ein Jahr genug ist, ob man in einem Jahr das, was man sich im November 2003 vorgenommen hatte zu diskutieren, überhaupt leisten kann. Ich erinnere dabei an die Gemeinsame Kommission zur Änderung des Grundgesetzes Anfang der neunziger Jahre, die – so glaube ich – fast die dreifache Zeit benötigte und dann am Schluss ein Reförmchen hervorgebracht hat.

Die Tätigkeit der Föderalismuskommission, die wahrscheinlich am 17. Dezember ihren Abschluss findet, ist von größter Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland. Die Föderalismuskommission entscheidet dabei entlang schwieriger und sich überkreuzender Interessenlinien oder auch Trennlinien des Bundestages, der Landtage, der Regierungen der Länder und der Bundesregierung, der Länder im Osten und der im Westen des Vaterlandes, der armen und der reichen Länder, der Länder im Norden und der im Süden. Sie entscheidet unter anderem über die Macht oder die Ohnmacht – und das halte ich für die Diskussion in meiner Fraktion für besonders wichtig – der Landtage in den deutschen Ländern.

Vom Ergebnis der Föderalismuskommission hängt es ab, ob wir im Sächsischen Landtag wichtige Gesetzgebungskompetenzen neu erhalten werden oder ob unser Einfluss weiter schwindet. Den letzten Stand der Verhandlungen können Sie unter anderem dem Eckwertepapier der erweiterten Obleuterunde vom 10. November 2004 entnehmen, das den Mitgliedern des Verfassungs-, Rechts- und Europaausschusses vorliegt. Ich weiß nicht, ob neben dem Eckwertepapier inzwischen die Strategien der Parteien geändert worden sind. Ich gehe davon aus, dass innerhalb dieses letzten Monats weitergearbeitet worden ist und dass vielleicht der Sachstand in diesem Papier nicht abschließend erkennbar sein wird. Wir werden sehen, was uns die Staatsregierung berichten wird.

Wir bleiben – und das möchte ich nochmals betonen – in dem Spannungsverhältnis zwischen Zentralisierung –

Zentralstaat und Dezentralisierung – Föderalismus. Wir brauchen den Föderalismus, die klare Dezentralisierung staatlicher Macht und staatlicher Entscheidungsprozesse. Dezentralisierung schafft mehr Bürgernähe und Transparenz der Entscheidungen.

Es wird vom Verhandlungsgeschick aller – ich betone: aller – Kommissionsmitglieder abhängen, eine kluge und weitsichtige und die Interessen auch der Landtage berücksichtigende Lösung zu finden. Wir richten deshalb in unserem Änderungsantrag die dringende Bitte an die Mitglieder der Föderalismuskommission, die Interessen der deutschen Landtage und somit der deutschen Länder so gut wie möglich zu berücksichtigen. Wir teilen dabei die in der Münchner Erklärung der Landtagspräsidenten und bestimmter Fraktionsvorsitzender vom 18. Oktober 2004 beschriebene Position.

Aus unserer Sicht ist vor allem die Überprüfung der Gesetzgebungskompetenzen des Bundes und der Länder sowie die Neuregelung des landeseigenen Vollzugs des Bundesrechts in Artikel 84 des Grundgesetzes von Bedeutung. Ich lege hier deshalb so großen Wert auf diese Feststellung, weil alle Landtage in den deutschen Ländern in den letzten Jahrzehnten erhebliche Gesetzgebungskompetenzen verloren haben. 35 von 48 der bisher vollzogenen Änderungen des Grundgesetzes sind zulasten der Landtage ausgefallen. Das kann uns in der Tat nicht befriedigen.

Der Sächsische Landtag wie auch die übrigen Landesparlamente haben damit als gesetzgebende Organe eigenständiger Staatswesen erhebliche Einbußen hinnehmen müssen. Einigermaßen bedeutsame Felder der Landesgesetzgebung sind letztlich nur noch Polizei, Kommunalrecht, Kultur- und Medienpolitik.

Die tatsächliche verfassungspolitische Entwicklung der letzten Jahrzehnte verschob die im Grundgesetz ursprünglich angelegte Machtbalance zugunsten der Landesregierungen und des Deutschen Bundestages und zulasten der Länderparlamente und – abgeschwächt – der Bundesregierung.

Dieser Bedeutungsverlust der Landtage, meine sehr geehrten Damen und Herren, vollzog sich auf drei Gebieten, nämlich der konkurrierenden Gesetzgebung, der Rahmengesetzgebung und der Gemeinschaftsaufgaben. Die konkurrierende Gesetzgebung, zu der unter anderem der Strafvollzug, die Gerichtsverfassung, die Rechtsanwaltschaft, das Notariat, die öffentliche Fürsorge, die Steuergesetzgebung – außer bei Zöllen und Finanzmonopolen – sowie die Besoldung und Versorgung im öffentlichen Dienst gehört, wird heute nahezu vollständig durch den Bund ausgeübt. Dies steht im eklatanten Widerspruch zu dem im Grundgesetz verankerten Regel-Ausnahme-Verhältnis zugunsten der Gesetzgebung durch die Landesparlamente.

Instrument des Bundes war dabei der extensive Gebrauch der so genannten Bedürfnisklausel nach Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes. Sie besagt, dass der Bund die Befugnis zur Gesetzgebung hat, wenn dies zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet erforderlich ist. Die 1994 in Kraft getretene Neufassung der Bedürfnisklausel hat an dieser Tendenz zu immer mehr Bundesregelungen nichts geändert. Die Bedürfnisklausel ist nach wie vor der Hebel für den Bund, immer mehr Gesetzgebungskompetenzen an sich zu ziehen. Wie man hört, hat der Bund in den letzten Wochen zwar eine umfangreiche Liste zur Aufteilung der einzelnen Materien auf Bund und Länder vorgelegt; sie ist allerdings zu seinen Gunsten ungleichgewichtig. Das ist so nicht hinnehmbar.

Ich fordere die Kommission auf, die Gesetzgebungszuständigkeit fair und klar zu trennen und die Steuerkompetenz der Länder nachhaltig zu stärken. Es macht wenig Sinn, dass der Bund sich aller strittigen Fragen entledigt und sie auf die Länder abwälzt. Das Ladenschlussgesetz ist ein Beispiel. Wir könnten viele andere nennen. Wir haben beispielsweise von Frau Zypries gehört, dass die Regelungen zu den Schornsteinfegern den Ländern übertragen werden sollen. Daran sieht man, dass alles, was auf Bundesebene Ärger macht und dort strittig ist, die Länder übernehmen sollen. Ich glaube, das ist kein fairer Prozess, wie ihn die Kommission vor einem Jahr auf den Weg bringen wollte.

Mit der Rahmengesetzgebung hat sich der Bund bisher unter der Voraussetzung der Bedürfnisklausel des Weiteren das Recht gesichert, Rahmengesetze unter anderem über Rechtsverhältnisse der Beamten und Richter in den Ländern, allgemeine Grundsätze des Hochschulwesens, die allgemeinen Grundsätze der Presse, des Jagdwesens, den Naturschutz, die Landschaftspflege, das Melde- und Ausweiswesen sowie den Schutz des Kulturgutes gegen Abwanderung ins Ausland zu erlassen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den mühsam vor dem Bundesverfassungsgericht erstrittenen Sieg zur Juniorprofessur. Wie man hört, soll diese Rahmengesetzgebungskompetenz zugunsten der Länder aufgelöst werden. Wir begrüßen diese Absicht.

Schließlich wirkt der Bund bei der Erfüllung so genannter Gemeinschaftsaufgaben mit zur Verbesserung der Lebensverhältnisse. Da hat sich der Bund bisher bereiterklärt, den Ländern auf drei wichtigen Gebieten finanziell zu helfen: beim Hochschulbau, bei der regionalen Wirtschaftsförderung und der Agrarförderung. Was spendabel klingt, ist in Wirklichkeit eine ganz enge Zwangsjacke. Wir sollten uns da auch nicht leimen lassen und den Bund daran erinnern, dass er hier ein faires und korrektes Verfahren zugesagt hat.

Der Bund gibt die Projekte vor, die Länder müssen mitmachen und ebenfalls in die Tasche greifen. Zum Gestalten blieb nicht viel Geld und nicht viel rechtlicher Raum. Wie man hört, sollen auf diesem Gebiet kaum Fortschritte erreicht worden sein. Ich kann deshalb nur nochmals an die Einsicht der Kommission appellieren, den Ländern hier mehr fairen Gestaltungsspielraum zu geben, – –

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

– Vielen Dank.

– denn ich glaube, es ist schon wichtig für uns als Land, dass wir uns, auch wenn es sehr spät ist, endlich einmal diesem Thema zuwenden und es nicht an uns vorbeiziehen lassen und uns dann am Ende beschweren, wir hätten doch die Sache ganz, ganz anders geregelt haben wollen.

Der Antrag der PDS ist widersprüchlich und populistisch im schlechten Sinne des Wortes. Das wird etwa in der Haltung zur Bedürfnisklausel deutlich. Sie fordern einerseits die wesentliche Erweiterung der tatsächlichen Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Landesparlamente; andererseits fordern Sie, dass bei der Bedürfnisklausel alles beim Alten bleiben möge. Was wollen Sie nun eigentlich? Beides zusammen aber geht nicht. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Wir erwarten einen guten Abschluss der Verhandlungen. So kurz vor dem Ziel darf eine echte Reform der deutschen Grundordnung nicht scheitern. Hoffnungsvoll stimmen uns die Berichte über eine weitgehende Einigung bei der Neuordnung der Vorschriften über den landeseigenen Vollzug des Bundesrechtes. Möge sich dies auch für die übrigen Bereiche, insbesondere für die Gesetzgebungskompetenzen, verwirklichen lassen.

In Deutschland ist der Föderalismus das konstituierende Element unseres Staatsaufbaus. Die föderale Struktur war ein entscheidender Impuls beim Wiederaufbau Deutschlands nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Der Föderalismus bot auch die notwendige Flexibilität, um nach dem Zusammenbruch der DDR die neuen Länder zu integrieren. Der Föderalismus ist nach meiner festen Überzeugung die grundsätzlich richtige Antwort, um die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs und der Globalisierung erfolgreich zu meistern.

Ich bitte Sie, dass wir weiterhin im Gespräch bleiben, und die Kommission bitte ich um faire und gute Entscheidungen – auch im Interesse des Freistaates Sachsen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es spricht die Vertreterin der SPD-Fraktion. Frau Dr. Schwarz, bitte.

Dr. Gisela Schwarz, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon lange wird in Deutschland das Thema der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung debattiert. Die so genannte Lübecker und jetzt die Münchener Erklärung sind Meilensteine auf diesem Weg. Diese Reform ist notwendig. Sie ist der Schlüssel zur Wiedergewinnung der Entscheidungsfähigkeit unserer politischen Institutionen auf Bundes- und auf Länderebene. Verkrustungen müssen aufgebrochen und Entscheidungen transparenter gemacht werden. Es geht im Kern um die Stärkung der parlamentarischen Demokratie und die Europatauglichkeit des deutschen Föderalismus. So sollten auf der einen Seite die Länder mehr alleinige Gesetzgebungskompetenz zurückerhalten und auf der anderen Seite die Gesetzgebung des Bundes in geringerem Umfang der Zustimmung des Bundesrates unterliegen. Sind gegenwärtig etwa 60 % aller Gesetze zustimmungspflichtig, so soll dies auf 35 % reduziert werden. Eine solche Reform wird auch zur Stärkung der Landesparlamente führen, also uns mehr Spielräume, aber auch Verantwortung übertragen.

Nun mag man bedauern, dass die Landtage selbst nicht ausreichend in diesen Diskussionsprozess einbezogen sind. Aber da wäre dann auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, etwas Selbstkritik angebracht. Da hilft uns auch der PDS-Antrag nicht wirklich weiter. Wir sehen, dass er hier sehr kurzfristig eingebracht worden ist. Er enthält so detaillierte Forderungen, die im Rahmen dieser Debatte weder verantwortungsvoll diskutiert noch abschließend beschieden werden können. Mein Kollege Schiemann hat auf einen Widerspruch aufmerksam gemacht. Ich möchte auch noch einmal sagen, dass Sie mit einigen Punkten Ihrer Forderungen in die Tarifhoheit eingreifen. Deshalb werden wir ihm auch nicht zustimmen.

Geradezu nach Ablehnung schreit der Änderungsantrag der NPD-Fraktion. Sie zeigt hier wieder einmal deutlich ihre nationalistische und europafeindliche Haltung.

Jetzt muss der Reformprozess zu einem guten Ergebnis geführt werden. Wenn man heute die Presse verfolgt, stehe ich in dieser Forderung hier offenbar nicht alleine. Vorschläge zur Änderung des Grundgesetzes sollten nicht erneut zu Streit Anlass geben, sondern es sollte weitestgehende Einigung erzielt werden.

Für uns unterliegen alle Vorschriften auch dem übergreifenden Gebot, dass gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet erreicht werden. Das heißt, es bedarf weiterer Anstrengungen, die Folgen der deutschen Teilung zu überwinden.

Am 18. Dezember sollen die Vorschläge der Kommission von Bundestag und Bundesrat der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Bis dahin sollte alles versucht werden, eine Einigung zu wesentlichen Fragen herzustellen, um den Föderalismus weiterzuentwickeln und zu stärken.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Bitte, Herr Dr. Friedrich von der PDS-Fraktion.

Dr. Michael Friedrich, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist natürlich heute Abend nach diesen vielen Wahlgängen ein sperriges Thema, es ist aber gleichwohl ein wichtiges Thema und es ist ein Thema, bei dem sich eigentlich parteipolitische Mätzchen und Schwarz-Weiß-Malerei verbieten. Natürlich ist es ein Spannungsfeld, Kollegin Dr. Schwarz. Sie haben sicherlich den Antrag korrekt gelesen. Sie haben ja selbst gesagt, dass Sie für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse eintreten wollen und sollen. Natürlich muss man abwägen, inwieweit dieses – daran wollen wir gerne festhalten – mittelbare Staatsziel, diese mittelbare Staatszielbestimmung, die unseres Erachtens eine unmittelbare Staatszielbestimmung werden sollte, aber wahrscheinlich nicht wird, im Wechselverhältnis, im Spannungsverhältnis zu mehr Länderkompetenzen steht. Da kann man nicht schwarz-weiß malen. Das haben wir in unserem Antrag auch wahrlich nicht getan.

Nun hat die PDS keine Illusionen über die drohende Steißgeburt eines wahrscheinlich doch nur kleineren Mäuschens, das der staunenden Öffentlichkeit am Abend des 17. oder auch erst des 18. Dezembers nach Abschluss der Kommissionsarbeiten präsentiert werden wird.

Immerhin haben wir verstanden, dass bei dieser wichtigen Reform – die Anfänge reichen ja bis 1999 zurück, Kollege Schiemann, mitnichten nur ein Jahr – Parteien-

und Partikularinteressen hart aufeinander prallen. Immerhin ist es nachvollziehbar – zum Beispiel in den Berichten im Landespressespiegel der letzten beiden Wochen über angebliche oder tatsächliche Konfrontationslinien zwischen Bund und Ländern, zwischen Ost und West, zwischen Arm und Reich, Nord und Süd oder auch zwischen den beiden Ko-Vorsitzenden Stoiber und Müntefering. Natürlich sind wir Realisten genug, um nicht unbedingt davon auszugehen, dass unsere heutige abendliche Behandlung des Themas vielleicht die Sprechzettel von Müntefering und Stoiber wesentlich beeinflussen könnte. So realistisch sollten wir alle sein.

Aber noch einmal zum Kern: Wir glauben schon, dass es einen Kompromiss geben wird. Deshalb halten wir es für eine pure Selbstverständlichkeit, dass die Staatsregierung, zumal es ohnehin ihre Pflicht ist, regelmäßig Bericht erstattet. Zumindest die vorherige Staatsregierung hat das bei der damaligen Behandlung versprochen. Es gab ja durchaus schon einmal einen ähnlichen Antrag, von der PDS gestellt in der 3. Wahlperiode. Herr de Maizière hatte das damals als Verantwortlicher zugesagt. Wir halten es für eine pure Selbstverständlichkeit, dass über die Ergebnisse Bericht erstattet wird. Wir möchten aber, dass im Vorfeld – also noch vor Abschluss der entscheidenden Verhandlungen, bei denen es natürlich diesen oder jenen Deal geben wird und bei denen wir den Ministerpräsidenten nicht unbedingt ans absolute Gängelband legen wollen – doch noch einmal die Positionen im Landtag ausgetauscht werden. Ich darf schon daran erinnern, dass der Sächsische Landtag einer der letzten ist, der dies tut; in vielen Landtagen oder Abgeordnetenhäusern liegen inzwischen entsprechende Resolutionen oder Beschlüsse vor – und oft von allen demokratischen Parteien gemeinsam getragen, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern; auch in Brandenburg deutet sich solches an, in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein usw.

Ich will noch einmal auf das zentrale Spannungsfeld kommen: tatsächliche Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Landesparlamente – ich muss hier nicht auf die Einzelheiten eingehen, das haben meine beiden Vorredner dankenswerterweise getan – und das Gebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nach Artikel 72 Abs. 2: Zunächst einmal freuen wir uns, dass die Versuche, hier einen glatten Wettbewerbsföderalismus einzuführen, offenbar gescheitert sind, zunächst jedenfalls. Zwar wird der Artikel 72 Abs. 2 Grundgesetz geändert werden. Dort gibt es ja konkrete Formulierungsvorschläge in der Projektgruppe 1; ich will auf Einzelheiten jetzt nicht eingehen, aber zumindest dem Worte nach wird an dieser Zielstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht gerüttelt.

Wir bedauern, dass die Kommissionsarbeit wenig dazu beigetragen hat, noch genauer zu bestimmen, was denn unter gleichwertigen Lebensverhältnissen in den einzelnen Politikbereichen in Zukunft verstanden werden soll.

Es gibt durchaus positive Dinge zu berichten. So haben wir zum Beispiel mit Wohlwollen bemerkt, dass der Bund künftig keine direkten Aufgaben mehr an die Kommunen überweisen will. Das ist ein ganz klarer Fortschritt, er müsste nur eben auch für die bisher schon an die Kommunen überwiesenen Aufgaben gelten, weil dann natürlich finanzielle Ausgleichsregelungen erforderlich wären.

Es hieße aber eine Vogel-Strauß-Politik zu bedienen, wenn wir den Gefahren eines Standardabbauwettbewerbes im sozialen, im ökologischen, im Bildungs- und Hochschulbereich zwischen den Ländern angesichts der angespannten Haushaltssituation nicht klar in die Augen sehen würden. Deshalb muss der Bundesgesetzgeber – das ist zumindest unsere Meinung, da kann man uns gern Zentralisten nennen – ein Mindestmaß an Kompetenz behalten, um bundeseinheitliche Mindeststandards oder Höchstgrenzen – ich sage auch, vielleicht etwas einfacher: sozialverträgliche Bandbreiten – in den einzelnen Bereichen festzulegen, die neuerdings an die Länder übergeben werden sollten.

Ein Beispiel: Bildungspolitische Schrebergärten sind für uns schlichtweg ein Anachronismus. Die gleiche Aussage könnte man etwas modifiziert treffen für öffentliche Dienstleistungen, Daseinsvorsorge, für gesetzliche Mindestbedingungen in der Arbeitswelt, aber vor allem auch für soziale Sicherheit, Umweltpolitik und öffentliches Dienstrecht. Auf all diesen Gebieten sind unserer Meinung nach der Deregulierung sehr enge Grenzen gesetzt. Das mag sich widersprüchlich anhören; das ist aber das Spannungsfeld, dem sich die Kommission stellen muss und dem auch wir uns sicherlich nach Vorlage der Kommissionsergebnisse dann im Jahr 2005 weiterhin stellen werden.

Abschließend: Wir halten es für unerlässlich, dass der Zeitplan für die parlamentarischen Beratungen für die Föderalismusreform – also nach Abschluss der Kommissionsarbeit – so gewählt wird, dass den Ländern und insbesondere dem Sächsischen Landtag genügend Zeit bleibt, sich substanziell mit den Ergebnissen zu befassen, und dass dann eine durch den Landtag getragene Stellungnahme in die Verhandlungen im Bundesrat eingebracht werden kann. Heute besteht eine erste Möglichkeit, eine solche Stellungnahme substanzieller Natur abzugeben – nicht nur eine bloße Berichterstattung, wie die Koalitionsfraktionen es wollen. Bitte, nutzen Sie diese Gelegenheit!

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Jetzt spricht der Vertreter der NPD-Fraktion, Herr Abg. Apfel.

Holger Apfel, NPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU und der SPD ist grundsätzlich unterstützenswert, auch wenn er einige Monate zu spät kommt. Es ist höchste Zeit, dass sich die Länderparlamente mit dieser Kommission intensiver befassen. Allerdings kommt er eben zu spät, wenn man beabsichtigt, dass die Antwort der Staatsregierung als Grundlage für eine etwaige Meinungsbildung zu verwenden die einzige Chance haben könnte, die Föderalismusdiskussion auch nur geringfügig zu beeinflussen.

Wie alle Anwesenden wissen, werden am 17. Dezember die endgültigen Entscheidungen getroffen. Dann ist diese wichtige Vorentscheidung für die Föderalismusreform

gefallen und kann nur noch zur Kenntnis genommen werden.

Welchen politischen Wert jedoch hat nun im Sinne einer tatsächlichen Mitwirkung des Landtages am gesamten Meinungsbildungsprozess unter diesen Umständen der vorliegende CDU/SPD-Antrag? – Meiner Meinung nach gar keinen. Ich gehe davon aus, dass es sich wieder einmal nur darum handelt, eine Diskussion über existenzielle Schicksalsfragen vorzutäuschen, aber nicht wirklich herbeizuführen. Eine solche Auseinandersetzung wurde bisher von der politischen Klasse genauso wenig zugelassen wie eine Volksabstimmung über Schicksalsfragen wie den Beitritt zu Maastricht, die EU-Osterweiterung, die europäische Verfassung oder den EU-Beitritt der Türkei. Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, weil es im Zusammenhang mit der Arbeit der Föderalismuskommission einen merkwürdigen Vorgang gibt, der vermuten lässt, dass es dabei nicht nur um den Länderfinanzausgleich und die Zurückstellung von Gesetzgebungskompetenzen innerhalb Deutschlands geht, sondern auch um einen Umbau des Grundgesetzes mit dem Ziel, eine Scheinlegitimation für einen weiteren Abbau nationalstaatlicher Souveränität und der demokratischen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen zugunsten eines EU-Kraken zu schaffen.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück schrieb im Januar dieses Jahres an die Vorsitzenden der Föderalismuskommission Franz Müntefering und Edmund Stoiber einen vertraulichen Brief, der durch eine Indiskretion an die Presse ging. Hierin schlägt der Ministerpräsident von NRW vor, die Bundesrepublik Deutschland faktisch abzuschaffen und die Länder zu Protektoraten der jeder demokratischen Legitimation im Sinne von Artikel 20 Grundgesetz entbehrenden EU-Bürokratie zu machen. Einige wesentliche Punkte dieses Vorschlages: Peer Steinbrück geht zunächst einmal davon aus, dass der Bund seine Kernkompetenz der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland im Wesentlichen an die Europäische Union abtreten soll. Insbesondere stellt er die Existenzberechtigung der Grundgesetz-Artikel 72, 74, 74a und 75 infrage. Die beim Bund verbleibenden Regelungsbereiche, in denen europaweit einheitliche Regelungen unnötig seien, aber das Erfordernis bundesweit einheitlicher Normen besteht, sollen Ausnahmecharakter erhalten und gegebenenfalls einzeln nachgewiesen werden müssen, wobei die Beweislast beim Bund liegen soll.

Die Realisierung dieser Vorstellungen würde die ohnehin wegen der EU-Rechtsetzung stark infrage gestellte Eigenstaatlichkeit der Deutschen, die bundesstaatliche Struktur, die Volkssouveränität, den demokratischen Staatsaufbau, das Legitimationskettenprinzip – kurzum: die freiheitlich-demokratische Grundordnung – zu einer noch leereren verfassungsrechtlichen Hülse als ohnehin degradieren. Mehr noch: Die Vorschläge laufen nach Auffassung der NPD-Fraktion unmittelbar auf die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland hinaus. Insbesondere würde der Bund seine Kernaufgabe, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland, fast gänzlich verlieren. Diese Aufgabe würde weitestgehend von der EU übernommen werden, aber nur so weit, wie sie die Regelungen aller EU-Staaten betreffen. Damit wäre die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland über die in der gesamten EU vorherrschende Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hinaus nicht mehr rechtlich geboten.

Einfacher ausgedrückt: Er wäre ein von keiner deutschen Stelle zu verfolgendes Ziel mehr. Die Kernfunktion des deutschen Bundesstaates wäre außer Kraft gesetzt.

Meine Damen und Herren! Dieser Vorschlag betrifft das grundlegende Staatsverständnis in Deutschland, die weitere Existenz der BRD und die demokratischen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen. Insbesondere betrifft er im höchsten Maße die Bundesländer; denn sie wären bei Verwirklichung dieses Vorschlags von Steinbrück praktisch nicht mehr Länder der Bundesrepublik, sondern Provinzen der Brüsseler Bürokratie.

Es ist mir bekannt, dass dieser zutiefst souveränitäts- und wahrhaft verfassungsfeindliche Vorschlag Gegenstand ausführlichster Verhandlungen der Föderalismuskommission gewesen ist. Auch über den Ausgang dieser Verhandlungen ist einiges bekannt.

Umso merkwürdiger ist es, dass bis auf einige wenige Zeitungsartikel keine öffentliche Diskussion über diesen Vorgang stattgefunden hat. Man muss sich die Frage stellen, ob hier das Grundgesetz klammheimlich so zurechtgestutzt werden soll, dass es dem Ziel der endgültigen Beseitigung der Volkssouveränität scheinbar nicht mehr im Wege steht. Es wird deutlich, wie in einem aktuellen Bericht der Vorsitzenden der Föderalismuskommission bekannt gegeben wurde, dass über die Abschaffung der Rahmengesetzgebung nach Artikel 75 Grundgesetz in der Föderalismuskommission Einigkeit besteht. Peer Steinbrück scheint sich also mit seinen Vorstellungen weitgehend durchgesetzt zu haben.

Dies ist nach unserer Auffassung eine spektakuläre Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und des Grundgesetzes. Dementsprechend sollte die Unterrichtung des Landtages durch die Staatsregierung nicht nur den Charakter einer schlichten Information über staatsrechtliche und bundesstaatliche Zweckmäßigkeitserwägungen haben, sondern vor allem auch über die unbestreitbar verfassungsrechtlich fragwürdigen Vorschläge des NRW-Ministerpräsidenten und deren Behandlung in den Verhandlungen der Kommission informieren. Da wir begründeten Anlass zu der Annahme haben, dass die Staatsregierung dies nicht automatisch berücksichtigen wird, bitten wir Sie um die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Als Nächster spricht der Vertreter der FDP-Fraktion, Herr Dr. Martens.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich für die FDP vorweg sagen: Die Föderalismuskommission insgesamt und die notwendige Diskussion über die Neuordnung auch der gesetzgeberischen Zuständigkeiten war überfällig. Sie ist dringend notwendig. Wir sollten sie mit großem Ernst begleiten.

Die Föderalismuskommission hat sich nicht der großen Aufgaben angenommen, die im Themenbereich „Födera-

lismus“ zu diskutieren wären; ich nenne die Neuordnung des Bundesgebietes. Fragen des Finanzausgleichs sind im Wesentlichen außen vor geblieben. Dennoch bietet die Kommission die Möglichkeit, in einigen Politikbereichen und in der verfassungsrechtlichen Balance zwischen Ländern und Bund neue Akzente zu setzen und manches zu vereinfachen.

Sinnvoll ist sicherlich die Neustrukturierung der bisherigen GA-Föderung. In diesem Zusammenhang ist zwar zu begrüßen, wenn eine allgemeine Finanzhilfe geplant ist; diese darf aber nicht zulasten der neuen Bundesländer gehen. Letztere haben es im Übrigen nach unserer Auffassung versäumt, eine kohärente und geschlossene Position für die Diskussion innerhalb der Föderalismuskommission zu definieren und diese dort durchzusetzen.

Die Diskussion in der Föderalismuskommission bietet aber auch die Möglichkeit, auf dem Gebiet, das wir mit „Wettbewerbsföderalismus“ überschreiben, weiterzukommen. Dieser Wettbewerbsföderalismus soll es ermöglichen, dass unterschiedliche Voraussetzungen der einzelnen Bundesländer von diesen möglichst optimal genutzt werden und nicht mit dem Wahn der einheitlichen Regelung aller Lebensverhältnisse überall in der Bundesrepublik zugedeckelt werden; denn damit werden wir nicht weiterkommen. Wir brauchen in unserem Bundesland für bestimmte Sachverhalte andere Regelungen als in anderen Bundesländern. Andere Bundesländer haben andere Probleme. So werden in anderen Bundesländern zum Beispiel 25 bis 35 % der Katastervermessungen nach wie vor von staatlichen Stellen ausgeführt. Dieses Problem haben wir in Sachsen nicht; das ist hier besser gelöst. Das muss man einmal sagen. Es gibt Dinge, die hier besser als in den alten Ländern funktionieren; es ist nicht alles schlechter.

(Beifall des Abg. Peter Schowtka, CDU)

Da fallen Sie nicht tot um, Herr Porsch?

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Ich habe nichts anderes gesagt! Ich habe immer gesagt: eigene Potenziale entwickeln!)

Wir sollten diese Diskussion als Möglichkeit begreifen, Chancen zu sehen und zu nutzen. Wir brauchen nicht jede Regelung so, wie sie in Nordrhein-Westfalen, in Bremen oder im Saarland angewandt wird. Da möchte ich übrigens auch gar nicht hinkommen!

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Na ja!)

– Nein, wirklich nicht.

Herr Kollege Prof. Porsch, was Sie vorschlagen, bedeutet genau das Gegenteil von dem, was wir anstreben. Sie wollen keinen Wettbewerbsföderalismus. Sie wollen nicht die Konkurrenz um bessere Konzepte.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Das stimmt doch nicht!)

Sie wollen alles so geregelt haben, dass nach Möglichkeit nichts passiert. Es muss sich zwar ändern, aber es darf nichts passieren – für die Länder bleibt zum Schluss nur noch der geregelte Hofgang!

(Heiterkeit bei der FDP)

Das ist alles, was Sie den Ländern an Bewegungsfreiheit noch zubilligen möchten. Das ist uns zu wenig.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS, meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Jürgen Martens, FDP: Ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage, weil unsere Redezeit ohnehin begrenzt ist. Danke, Herr Porsch!

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Zu Ihrem Hinweis: Die Beantwortung der Zwischenfrage geht nicht zu ihren Lasten. Ich will Sie aber nicht dazu überreden, die Zwischenfrage zuzulassen.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Dann bin ich damit einverstanden. Ich bin ja nicht so.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Ich bedanke mich ganz freundlich und verschaffe Ihnen durch meine Zwischenfrage mehr Redezeit.
Erstens möchte ich wissen, woher Sie das haben, was Sie uns vorwerfen. Ich habe in meiner Erwiderung auf die heutige Regierungserklärung – meine Erwiderung ist Ihnen hoffentlich nicht entgangen – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Prof. Porsch, die Frage haben Sie schon gestellt: Wo haben Sie es her?

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Das war die erste Frage. Darf ich zwei stellen?

(Heiterkeit)

Dr. Jürgen Martens, FDP: Es ist Vorweihnachtszeit!

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Meine zweite Frage lautet, ob Sie mitbekommen haben, dass ich gesagt habe: Wir sind gegen primitiven Wettbewerbsföderalismus. Primitiver Wettbewerbsföderalismus behandelt Ungleiche gleich; damit behandelt er sie nämlich ungleich. Wenn man alle unter den gleichen Bedingungen – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die Frage bitte!

(Unruhe bei der PDS)

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Ich habe gefragt, ob er das überhört hat. – Das ist genau der Punkt: Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen? Wir wollen nicht, dass unter gleichen Bedingungen – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ob er das zur Kenntnis nimmt, ist schon die dritte Frage.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Herr Hatzsch!

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ja.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Als Sie noch einfacher Abgeordneter waren – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ja, ja, ja.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Wenn Sie mich immer unterbrechen, komme ich nicht dazu, meine Fragen zu stellen.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Sie haben drei Fragen gestellt.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Nein, zwei!

(Heiterkeit)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Drei: ob er es zur Kenntnis genommen hat. Das reicht nun, Herr Prof. Porsch.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Ich wollte ihm doch – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich gebe jetzt dem Abgeordneten das Recht zur Erwiderung.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Er weiß doch noch gar nicht, was er zur Kenntnis genommen haben soll!

Dr. Jürgen Martens, FDP: Ich bin überglücklich, dass das nicht von meiner Redezeit abgeht.

(Fortgesetzte Heiterkeit)

Herr Prof. Porsch, erstens: Ich habe es zur Kenntnis genommen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Sie wissen doch noch gar nicht, was Sie zur Kenntnis nehmen sollen!)

Ich denke, Sie waren bei dem primitiven Wettbewerbsföderalismus. – Na also!

Der primitive Wettbewerbsföderalismus, der schlecht ist, wird von uns in dieser Weise auch nicht propagiert.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Super!)

Teil zwei der Antwort: Wenn wir von Wettbewerbsföderalismus sprechen, dann haben wir das differenziert ausformuliert. Schauen Sie in unser Wahlprogramm! Es geht nicht darum, alles grundsätzlich freizugeben, sondern wir reden von Einzelregelungen. Im Grundgesetz gibt es viele Bereiche, über die wir uns konstruktiv streiten müssen. Wo kann was geregelt werden? Es wird zum Beispiel interessant sein zu fragen: Wie wird sich die Staatsregierung einsetzen – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Sind Sie mit der Beantwortung der Fragen am Ende?

Dr. Jürgen Martens, FDP: Ich bin mit der Beantwortung der Fragen am Ende.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Dann läuft jetzt Ihre Zeit wieder.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Danke.

(Heiterkeit)

Es wird sich auch die Frage stellen, wie sich die Staatsregierung zur Neuordnung der Sicherheitsarchitektur und zur Frage der präventiven Ermittlungsbefugnisse des Bundeskriminalamtes verhält. Wie weit ist es mit der Selbständigkeit und dem Föderalismus in diesem Bereich her? Inwieweit ist man bereit, anderen Dingen dort nachzugehen? Wir werden das mit Interesse verfolgen.

Ich will von dieser Stelle aus aber auch sagen: Wir halten es im Moment nicht für angebracht, ein Scheitern zu kalkulieren. Das ist kein Zeichen von besonderem Mut und Zuversicht. Im Übrigen hat die Staatsregierung die Möglichkeit, von den Gestaltungsmöglichkeiten im eigenen Land mehr Gebrauch zu machen, als das bisher der Fall gewesen ist. Mut kann nicht schaden, auch in der Föderalismuskommission nicht. Wir werden den gesamten Komplex sicherlich noch einmal ausreichend besprechen können.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die Bündnisgrünen spricht die Fraktionsvorsitzende Frau Hermenau.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine lieben Kollegen! Obwohl es dunkel ist, ist es noch nicht spät. Es kommt nur der Eindruck auf, als sei es schon ganz spät am Abend. Wir können uns also dem Thema noch widmen.

Es ist ein wichtiges Thema. Ich kann ein bisschen aus der Zeit im Bundestag berichten, denn ich habe jetzt beide Seiten kennen gelernt und erlebe beide Seiten, immer wieder übrigens. Ich kann nur davor warnen, dass diese Reform scheitert.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Mein Eindruck nach vielen Jahren ist, dass ein Versagen bei der Reform dazu führen würde, dass es einen weiteren Vertrauensverlust bei der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit der Politik gäbe. Das hielte ich für katastrophal. Deswegen muss diese Reform gelingen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich halte persönlich und noch viel mehr in der Politik sehr viel davon, klare Kompetenzen zu haben, nachvollziehbare Verantwortlichkeiten und schnelle Entscheidungen. Ich glaube, dass das unbedingt nötig ist. Das föderale System muss ganz offensichtlich diesen neuen Bedürfnissen der Politik angepasst werden. Das gegenwärtige System hat zu viele Blockademöglichkeiten –

übrigens haben das beide großen Parteien schon in Anspruch genommen, da gibt es also keinen, den man immer blamieren müsste –, aber 60 % aller Gesetze sind durch den Bundesrat zustimmungspflichtig und damit blockadefähig, potenziell blockadefähig. Das heißt, mehr als die Hälfte aller Gesetze sind zustimmungspflichtig.

Ich sehe Folgendes: Die Globalisierung schreitet voran. Die Europäische Union nimmt von Tag zu Tag mehr Gestalt an. Es geht eigentlich immer schneller, und wir sind noch ganz oft in der Politik in Deutschland dabei, ein gemütliches „das müssen wir noch einmal diskutieren, vielleicht könnten wir eine Arbeitsgruppe implementieren“ zu betreiben. Das zieht nicht mehr. Die Entwicklung zieht an uns links und rechts vorbei und wir sind dabei, in unserem Föderalismus stecken zu bleiben.

Deswegen, und ich weiß, ich bin da nicht allein, unterstütze ich ganz stark und ausdrücklich die Reform. Ich habe sogar bei Herrn Stoiber am Dienstag auf dem Parteitag der Union in Düsseldorf anklingen hören, dass es auch ihm darum geht, eine klare Zuordnung von Zuständigkeiten für Bund und Länder zu haben. Er meinte, damit könne er Rot-Grün auf Bundesebene bloßstellen – ich hingegen bin natürlich genau der gegensätzlichen Auffassung: dann könne man endlich die Landesregierung mit ihren Verantwortlichkeiten an die Wand nageln. Auf alle Fälle zöge deutlich mehr Klarheit in die Politik ein und das begrüße ich.

Eine der wichtigsten Baustellen bei dieser Angelegenheit ist der Reformstau im Bereich der öffentlichen Verschuldung. Es ist kein privates Hobby von mir, sondern die Zusammenfassung aller Erarbeitungen, zum Beispiel auch der Rechnungshöfe. Ich bin da nicht allein. Ich weiß, dass Herr Milbradt in dieser Kommission versucht hat, immer wieder darauf hinzuweisen, dass man Strategien vereinbaren muss, aus der gesamtdeutschen Schuldenfalle herauszufinden. Es ist schon ein Vorkommnis, wenn sich nicht nur der Bundesrechnungshof, sondern auch die Landesrechnungshöfe zusammensetzen und es für notwendig halten, im Frühjahr dieses Jahres eine gemeinsame Initiative auf den Weg zu bringen, um deutlich zu machen, dass nach 30 Jahren Kreditaufnahme Handeln für den Rechnungshof auch Sparen heißt und nicht nur auf die Konjunktur zu hoffen. Durch jede Partei in diesem Land gehen die Diskussion und der Streit, wie man die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erreichen kann. Es muss ein wesentlicher Ausfluss dieser Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Bund sein, einen nationalen Stabilitätspakt zu vereinbaren, der Klarheit schafft. Das wäre auch das Ende des Minimalkompromisses bei der Finanzierung. Damit kann ich hervorragend leben.

Natürlich versuchen die Länder, Zustimmungstatbestände zu definieren, Mitwirkungen an Bundesgesetzen zu erhalten, die erhebliche Kostenfolgen haben. Das kann ich nachvollziehen. Es geht um Sach- und Geldleistungen der Länder. Ich mache das am Detail fest. Wer bezahlt zum Beispiel die Verwaltungskosten, wenn Verwaltungsteile auf der Länderebene verbleiben, obwohl die Geldleistungen für Bund und Länder eingetrieben werden? Ich wünschte mir, dass die Länder deutlich mehr Verantwortung im Bereich der Steuern und Finanzen übernähmen. Ich habe diesen Bereich immer so erlebt, dass es von Pontius nach Pilatus ging. Der eine versteckte sich hinter dem anderen. Hans Eichel wurde als Bundesfinanzminister nach Brüssel geschickt, um das Defizit für Deutschland anzumelden. Dahinter versteckte sich der eine oder der andere Länderfürst – der hiesige ausgenommen, der nun gerade nicht –, aber es gab eine ganze Reihe von Ministerpräsidenten, die sich 2000 oder 2001 gern im Schatten von Hans Eichel einen gehörigen Schluck aus der Verschuldungspulle geleistet haben, ohne dass es öffentlich wahrgenommen wurde.

Deswegen bin ich der Meinung, dass man da mehr Klarheit schaffen sollte. Ich halte es für richtig, dass man zum Beispiel auch die Besoldungs- und Versorgungsrechte für Landesbeamte vollkommen an die Länder überführt. Das ist korrekt. Es ist ein Unterschied, ob Sie ein Gehalt auf einer Hallig, in Panschwitz-Kuckau oder in München-Zentrum beziehen. Es gibt einen Unterschied in den Lebenshaltungskosten für Sie und Ihre Familie, wenn Sie an einem der drei Orte leben. Deswegen muss man darüber reden, denke ich. Ich weiß, dass die PDS bei ihrem Versuch, die Frage aufzuwerfen, wie weit es damit geht, dass das Grundgesetz die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse garantiere, genau solche Fragen blockiert. Davon halte ich nichts. Wir werden so nicht weiterkommen. Wir haben Umverteilungsmechanismen, die stabil bleiben. Der Länderfinanzausgleich ist extra aus den Verhandlungsgegenständen der Kommission herausgenommen worden. Das war der Versuch der Stabilisierung der bisherigen Umverteilungsgrundsätze. Die haben sehr viel damit zu tun, dass man versucht, gleichwertige Lebensverhältnisse in bestimmten Bereichen zu garantieren. Deswegen glaube ich nicht, dass es sich hier um einen Globalangriff handelt. Sie können das so interpretieren, aber das ist auch eine Frage des zentralstaatlichen Ansatzes. Wir haben bei uns durchaus eine Reihe von föderalen Sympathien, die uns davon abhalten, das ganze zentralistisch zu sehen. In unserer Partei ist auch nicht alles völlig unumstritten, nicht dass Sie denken, meine Position wäre die von 40 000 Grünen in Deutschland, sondern natürlich gibt es auch da Streitigkeiten.

(Staatsminister Stanislaw Tillich: So viele Grüne?)

– Sie sollten sich fürchten, Herr Tillich.

Ich glaube, dass als einer der wichtigsten Streitpunkte neben der Frage des nationalen Stabilitätspaktes und der Frage des Steuerrechtes und wer was bekommt und was mit wem austauscht, natürlich auch die Frage steht, wie wir es mit der Rahmengesetzgebung im Bereich der Hochschule halten. Der Bund hat versucht ein Angebot zu machen, das ich auch aus der jetzigen Sachsen-Ländersicht nicht ablehnen kann, indem er sagt: Rahmenkompetenz bleibt. Es geht um die Hochschulzugänge, die Hochschulabschlüsse und die Qualitätssicherung, wobei da Verhandlungsbereitschaft wäre, die Qualitätssicherung an die Länder abzutreten. So schlimm ist es ja gar nicht. Worum es aber im Kern geht, ist, dass der Bund dafür zuständig sein sollte, die Hochschulen im internationalen Wettbewerb zu positionieren. Das können nicht 16 Bundesländer machen. Das ist meine feste Überzeugung. Deswegen hat die Bundesseite in dieser Frage Recht.

Wenn man sich ansieht, worum es im Einzelnen geht, würde man hier und da den Kopf schütteln, aber es ist vielleicht ganz interessant, sich das einmal vor Augen zu führen. Die Länder können, wenn sie es wollen, den Ladenschluss haben. Dazu haben Sie das eine oder andere gesagt. Herr Schiemann meint, das wäre ihm zu stressig. Denken Sie an das Gaststättenrecht. Was meinen Sie, wie die Bayern sich freuen, wenn sie ihre Biergärten länger aufmachen können?!

Oder sehen Sie, was eben nicht an die Länder gehen soll, zum Beispiel der Küstenschutz. Das ist eine Aufgabe, die ein kleines Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein überfordern würde. Das wissen Sie so gut wie ich. Ich finde es richtig, wenn der Bund die Fragen zum Waffen- und Sprengstoffrecht und zum Melde- und Ausweiswesen übernehmen würde. Das finde ich alles vernünftig. Das hat damit zu tun, dass auch versucht wird, alle Aspekte der Terrorbekämpfung auf der Bundesebene zu konzentrieren. Das kann man gut oder schlecht finden. Selbiges gilt für den Katastrophenschutz. Ich bin der Meinung, hier sollten wir alle füreinander einstehen und das gemeinsam machen.

Interessant wird es dann wieder beim Umweltrecht oder auch bei Fragen des Jagdrechtes. Ich habe gehört, da wird noch diskutiert. Es geht um Naturschutz und ob man zum Beispiel den Artenschutz dem Bund überlässt. Die Länder wollen den Naturschutz gern selber in die Hand nehmen, auch die Landschaftspflege. Das ist natürlich schwierig, das wissen Sie genauso gut wie ich. Beim Jagdrecht sind die Länder jetzt entgegenkommend und sagen, sie können sich vorstellen, keine Einspruchsrechte auf die Jagdscheine in Anspruch zu nehmen. Wir werden sehen, wie das im Detail ausgeht. Bei der Umweltgesetzgebung mit der Abfallbehandlung, Luftreinheit, Lärmbekämpfung und dem Wald- und Forstrecht gibt es auch eine Reihe von Fragen zu beantworten, die nicht so einfach zu lösen sind.

Womit ich zufrieden bin, ist zum Beispiel – und da sind wir wieder bei den Finanzen – die Frage der Neuordnung der Finanzverantwortung. Es geht um den Abbau von Mischfinanzierungen. Wir sind also wieder bei der Frage, inwieweit Bund und Länder sich immer wieder hintereinander und gegenseitig voreinander bei Sachen verstecken können, die zu klären sind. Ich bin dafür, dass der Hochschulbau an die Länder geht und dort finanziert wird. Ich bin auch dafür, dass wir bei der Wirtschafts- und Agrarstruktur in Zukunft darüber reden werden. Da muss man vielleicht eine Ost-West-Differenzierung vornehmen. Darüber kann man auch noch einmal reden. Diese Änderungen werden die Mittel, die im Länderfinanzausgleich und im Solidarpakt II bis 2019 festgelegt sind, nicht verändern. Das heißt, das Maß der Finanzmittel für den Aufbau Ost ist gewährleistet. Insofern, finde ich, kann man sich mutig und offen einer solchen Veränderung beim Föderalismus in Deutschland stellen. Ich glaube, dass auch der Sächsische Landtag davon profitieren wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Möchte die Staatsregierung sprechen? – Jawohl. Herr Innenminister de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière, Staatsminister des Innern: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den verschiedenen Anträgen ist die Staatsregierung gebeten worden zu berichten, zum Teil bis Ende Januar, zum Teil heute. Ich will also so knapp wie irgend möglich darauf eingehen, aber etwas Zeit wird es brauchen, über den aktuellen Stand zu unterrichten.

Die Staatsregierung hat sich von Anbeginn zwei Ziele gesetzt, nämlich:

1. die Stärkung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten der Länder und

2. eine stärkere Entflechtung von Bundes- und Landeskompetenzen.

So weit besteht übrigens weitgehend Einigkeit. Die Frage ist immer nur, was das konkret bedeutet. Da gehen die Meinungen quer durch die politischen Lager. Auch hier ist es so und ich werde darauf zurückkommen.

Es muss jedenfalls – das haben die meisten Redner gesagt – in Deutschland wieder klar werden, wer wofür politische Verantwortung trägt. Das ist im Moment nicht der Fall.

Ich bilde immer folgendes Beispiel: Wenn ich mich an meine drei Kinder erinnere, als sie noch kleiner waren und meine Frau und ich im Nebenzimmer waren, da gab es plötzlich ein Riesengepolter. Man reißt die Tür auf zum anderen Zimmer, aus allen drei Mündern kommt: Ich war es nicht! – Es spricht viel dafür, dass nach den Gesetzen der Schwerkraft, wenn die Tasse auf dem Boden lag, das so nicht stimmen kann. Das Verrückte in der Politik ist, im Bund-Länder-Verhältnis stimmt es, wenn die drei „Kinder“ sagen, ich war es nicht. Wir haben ein System – wenn man so will – organisierter Verantwortungslosigkeit. Das heißt, wir haben es so organisiert, dass niemand mehr klar verantwortlich ist. Das Problem ist nicht, dass wir zu wenig oder zu viel Zuständigkeit der Länder haben, sondern dass alle ein bisschen zuständig sind und keiner richtig. Das ist das Kernproblem. Das soll gelöst werden.

(Beifall bei der CDU)

Nach derzeitigem Verhandlungsstand zeichnet sich ab, dass jedenfalls ein Teil dieser Ziele erreicht werden kann, in manchen Punkten aber nicht.

Am letzten Freitagabend gegen Mitternacht schien es so, dass in der so genannten erweiterten Obleuterunde, der auch Sachsen angehört, die Stimmung so war, dass es vielleicht insgesamt zum Scheitern gekommen wäre. Das ist dann noch einmal auch unter dem Eindruck der späten Zeit so nicht gekommen. Die Chancen stehen 50 zu 50, wie der Ministerpräsident gesagt hat. Das ist ganz normal in einer Schlussphase der Verhandlungen. Sachsen wird nicht zum Scheitern beitragen. Wir wollen ein gutes und konstruktives Ergebnis, aber natürlich muss sich das Ergebnis dann auch sehen lassen können. Ich komme insbesondere bei den Finanzfragen ganz kurz darauf zurück.

Ich will Ihnen einige Punkte der Informationen vortragen.

Erstens. Öffentlicher Dienst. Ein wesentlicher Bereich ist in der Tat mehr Organisations- und Personalhoheit der Länder im Bereich des öffentlichen Dienstes. Es ist nicht

einzusehen, warum wir in ganz Deutschland unabänderlich vier Laufbahnen brauchen. Wir sollten uns darauf verständigen, dass es durchaus auch unterschiedliche Leistungselemente im Besoldungsrecht gibt. Wir sollten als Dienstherr über unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – jedenfalls soweit sie Beamte sind, das andere ist Tarifrecht – in voller Würdigung des gegenseitigen Treueverhältnisses eigene verantwortliche Regelungen treffen können. Das bezieht sich sowohl auf die Besoldung als auch auf die Versorgung.

In dem Zusammenhang ist in der letzten Zeit noch eine neue Formulierung debattiert worden. Die betrifft den Artikel 33 Grundgesetz, also die grundlegenden Regeln über das Berufsbeamtentum. Dort heißt es, die Verhältnisse seien unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln. Es gibt jetzt den Vorschlag, hinter den Wörtern „zu regeln“ hinzuzufügen „und fortzuentwickeln“. Das hat einen Sturm der Entrüstung bei einem Teil des Beamtenbundes und anderen ausgelöst. Ich halte diese Beunruhigung nicht für berechtigt. Es geht bei den Worten „und fortzuentwickeln“ um eine behutsame Weiterentwicklung auf der Basis des Berufsbeamtentums. Wir halten an dem Berufsbeamtentum fest. Allerdings muss man auch das Berufsbeamtentum modernisieren können. Wenn dazu eine kleine Veränderung des Grundgesetzes erforderlich und geboten ist, sollten wir dem zustimmen.

Zweitens. Artikel 84 Grundgesetz. Das ist im Grunde, obwohl ihn kaum einer kennt, die Schlüsselstelle für das, was Marko Schiemann auch gesagt hat: dass 60 % der Gesetze des Bundestages zustimmungspflichtig sind. Die Länder brauchen für ihren Verwaltungsvollzug mehr Organisationshoheit als bisher. Deshalb fordern die Länder vom Bund, dass sie ihren Behördenaufbau und ihrer Verwaltungsverfahren künftig in eigener Verantwortung regeln dürfen.

Um Bund und Länder aus ihrer gegenseitigen Umklammerung nach der jetzigen Rechtslage zu befreien, soll der Bund solche Regelungen zwar zunächst ohne Zustimmung des Bundesrates treffen dürfen. Die Länder sollen dann aber dafür die Befugnis bekommen, vom Bundesrecht abzuweichen. Allein damit wird die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze dramatisch reduziert. Das ist auch das Ziel der Reform-Veranstaltung. Allerdings darf das natürlich nicht dazu führen, dass die Länder dann die Zeche, also die Kosten, solcher Bundesgesetze zu bezahlen haben. Dazu gibt es zwei Schutzmechanismen, die auch kurz vor der Einigung sind. Den einen hat der Abg. Friedrich schon genannt. Es soll klargestellt werden, dass den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben überhaupt nicht mehr durch Bundesgesetz übertragen werden dürfen. Das, meine Damen und Herren, hat der Bund uns nicht gewährt, wie einer der Redner gesagt hat – ich weiß nicht mehr, wer –, sondern das haben wir dem Bund mühsam in den Verhandlungen abgetrotzt: keine Aufgabenübertragung mehr vom Bund direkt auf die Kommunen. Das würde dann auch für das Kinder- und Jugendhilfegesetz gelten, das in dieser Form nicht mehr möglich wäre.

Natürlich müssten die Länder auch darauf achten, dass sie bei einer solchen Umschichtung nicht mehr verlieren, als sie gewinnen, dass sie dann sozusagen die Zeche anstelle der Kommunen bezahlen. Das darf auch nicht sein. Deswegen wird noch an einer Formulierung gebastelt, dass Gesetze dann zustimmungspflichtig werden, wenn sie – so ungefähr wörtlich – Pflichten der Länder zur Erbringung von Sach- oder Geldleistungen gegenüber Dritten begründen. Das kann eine Formulierung sein, die uns vor zu großen Kosten schützt und andererseits auch die Zustimmungspflicht von Gesetzen nicht ins Uferlose in die Höhe treibt.

Drittens. Zur Gesetzgebung. Wir wollen als Gegenleistung für den Verzicht auf Mitwirkungsbefugnisse des Bundesrates eigene Gestaltungsmöglichkeiten der Länder. In Wahrheit, meine Damen und Herren, ist ja das Bundesratsverfahren ein Regierungsverfahren – man kann es auch Exekutivföderalismus nennen –, und Beschlüsse des Landtages sind für die Regierung überhaupt nicht bindend. Deswegen wäre eine Reduzierung der Mitwirkungsbefugnisse des Bundesrates, also des Exekutivföderalismus, insbesondere dann für die Länder und die Landtage gut, wenn sie mit eigenen Gestaltungsmöglichkeiten der Länder und damit der Landtage korrespondiert. Hier ist einiges schon feststehend und anderes noch im Fluss.

Die Rahmengesetzgebung soll in der Tat abgeschafft werden. Ich komme gleich noch in anderem Zusammenhang auf einen Punkt zurück, den der Abg. Apfel vorgetragen hat.

Die Zuständigkeiten, die jetzt bei der Rahmengesetzgebung sind, sollen teils auf den Bund und teils auf die Länder entflochten werden. Soweit das nicht gelingt, soll den Ländern – jedenfalls nach Auffassung der Länder – in bestimmten Bereichen die Möglichkeit gegeben werden, von einer bundesgesetzlichen Regelung abzuweichen. Dies ist insbesondere im Umweltrecht vorgesehen. Die Länder könnten dem Bund zugestehen, für die Umweltgesetzgebung ein Bundesumweltgesetzbuch vorzulegen. Das ist eine alte Forderung des Bundes, was für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes vielleicht auch nicht unvernünftig ist. Umgekehrt würden aber dann bestimmte Regelungen unstreitig und unvernünftigerweise von den Ländern weggehen. Der lokale Freizeitlärm, der Naturschutz, jedenfalls der örtliche Naturschutz und Ähnliches, würden dann in die Bundeskompetenz wandern, was nicht vernünftig wäre. Deswegen fordern die Länder eine Abweichungsbefugnis in diesen Fällen. Das ist sehr streitig. Der Bund lehnt das bisher ab, insbesondere, Frau Hermenau, die Grünen.

(Widerspruch der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Deswegen könnte es sein, dass es im Bereich der Umweltgesetzgebung zu keinem Ergebnis kommt, was hieße, dass es insoweit und nur für die Umweltgesetzgebung bei der Rahmenkompetenz bliebe, allerdings unter den verschärften Anforderungen der so genannten Erforderlichkeitsklausel, auf die Marko Schiemann schon hingewiesen hat. Danach hat nämlich der Bund die Gesetzgebungskompetenz nur dann – das haben Sie vergessen – und soweit ein Gesetz für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet erforderlich ist; also nicht nur das Ob einer Bundesgesetzgebung unterliegt der Erforderlichkeitsklausel, sondern auch das Soweit. Das hat etwa die Juniorprofessur gekippt und das

würde auch vieles im Umweltbereich kippen. Der Preis wäre nur, dass der Bund ein Gesetz macht, wir machen ein großes Geschrei, laufen zum Bundesverfassungsgericht und bekommen nach drei Jahren Recht. Das macht keinen Sinn. Deswegen, denke ich, ist auch ein Abweichungsrecht in der Umweltpolitik sinnvoll und notwendig. Wir werden sehen, ob Herr Müntefering die Grünen insoweit ruhig stellen oder so beeinflussen kann, dass sie dem auch zustimmen.

Zur Sicherheitsarchitektur: Der Abg. Dr. Martens hat danach gefragt.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Thomas de Maizière, Staatsminister des Innern: Bitte, gern.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Herr Staatsminister, die Frage der Abweichungsbefugnis ist ja sehr unscharf ausgedrückt. Man kann sich ja durchaus gewisse Abweichungen vorstellen, die unschädlich sind. Sie haben es für den örtlichen Naturschutz auch skizziert. Aber es gibt auch Abweichungsbefugnisse, die aus unserer Sicht völlig untragbar sind. Können Sie bitte ausführen, wo Sie Ausführungsbefugnisse für möglich erachten und wo nicht? Ich glaube, da ist eine differenzierende Lösung zu suchen.

Dr. Thomas de Maizière, Staatsminister des Innern: Herr Abg. Lichdi, das könnte ich ehrlich gesagt. Und unter uns Juristen könnte ich das erst recht und es würde mir Vergnügen bereiten. Nur, es würde etliche Minuten dauern und deshalb bitte ich um Verständnis, dass ich das jetzt in der Ausführlichkeit nicht tun will.

Im Kern ist es jetzt so: Der Bund macht ein Rahmengesetz und darf an sich nur den Rahmen bestimmen. Die Länder machen Landesgesetze, so dass nicht ganz klar ist, wo etwas geregelt ist. Wir sind abhängig von der Gnade des Bundes, was er als Rahmen beschreibt. Im Moment ist es so, dass der Bund den Rahmen so voll gemalt hat, dass man – wie Johannes Rau das einmal gesagt hat – vor lauter Rahmen kein Bild mehr erkennen kann. Deswegen sagen die Länder: Weg mit der Rahmengesetzgebung und im Umweltbereich überwiegend Bundeskompetenz, aber nur, wenn die Länder für bestimmte abschließbare Bereiche eine eigene Regelung machen können. Also gäbe es dann ein Bundesumweltgesetz. Dort einen Abschnitt Naturschutz. Und dieses Recht würde als Bundesrecht meinetwegen in 15 Ländern gelten. Ein einzelnes Land könnte aber sagen: Das Naturschutzrecht regeln wir für uns anders.

Dagegen gibt es gute Argumente: Rechtzersplitterung und Ähnliches. Aber die Rechtzersplitterung gibt es jetzt auch. Deshalb könnte man ein solches Abweichungsrecht gut konstruieren. Wie gesagt, die Grünen lehnen es ab. Der Preis wird sein, dass es bei der jetzigen Regelung der Rahmengesetzgebung bleibt. Ob die Grünen damit besser fahren, werden wir sehen.

Zur Sicherheitsarchitektur ein paar Worte. Die Gefahren durch den internationalen Terrorismus erfordern in der Tat – das meine auch ich als, sagen wir mal, Mindermeinung in der Innenministerkonferenz – ein Überdenken der vorhandenen Sicherheitsarchitektur. Soweit Verbesserungen durch bessere gegenseitige Informationen von Bundes- und Länderbehörden möglich sind, ist dieses natürlich einer Bundeszuweisung vorzuziehen. Wenn jedoch länderübergreifende Gefahren vorliegen und die Zuständigkeit einer bestimmten Landespolizeibehörde nicht erkennbar ist oder auf Ersuchen, dann halte ich eine Verstärkung präventiver Befugnisse des Bundeskriminalamtes für denkbar. Anderer Auffassung ist die Bundes-FDP, anderer Auffassung sind die Grünen auf Bundesebene, Zustimmung allerdings eben von Frau Hermenau in ihrer Rede.

Auch beim Katastrophenschutz halte ich eine behutsame Erweiterung der Koordinierungsbefugnisse des Bundes jedenfalls im Einvernehmen mit den betroffenen Ländern für vorstellbar.

Besonders schwierig ist das Bildungsrecht. Die Länder bestehen darauf, dass mit der ihnen zustehenden Kulturhoheit auch durch Entflechtung Ernst gemacht wird. Einer hat das einmal sehr plastisch formuliert: sozusagen von der Krippe bis zur Habilitation. Der Bund dagegen besteht auf gewissen Einwirkungsbefugnissen in diese klassische Länderdomäne. Die Bundesländer lehnen dies alle ab.

Wenn das Hochschulrahmengesetz fällt und es um die drei Punkte geht, die Frau Hermenau genannt hat – Hochschulzulassung, Hochschulabschlüsse und Qualitätssicherung –, dann kann man darüber reden, jedenfalls im Blick auf Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse. Das letzte Papier, das vonseiten Frau Bulmahns allerdings vorgelegt worden ist, führt dazu, dass durch die Hintertür, nämlich durch die Veränderung des Begriffes Hochschulzulassung zu Hochschulzugang, plötzlich materielle Regeln des Schulrechts in Bundeskompetenz wachsen würden; zum Beispiel wie viele Jahre Schule und, und, und. Das lehnen natürlich alle Länder – Herr Weiss schaut ganz besorgt – einstimmig ab.

Auch bei Hochschulabschlüssen könnte man sich vorstellen, dass man sich auf bestimmte Begriffe verständigt: Master und Ähnliches. Aber wenn damit eine inhaltliche Beeinflussung sozusagen der curricularen Gestaltungssouveränität nicht nur der Länder, sondern der Hochschulen selbst gegeben sein könnte, lehnen das alle Länder ab.

Die Länder wollen auch Sachverhalte mit regionalem Bezug selbständig regeln dürfen. Dazu gehören Teile des Wohnungswesens, das Ladenschlussrecht, das Gaststättenrecht und einige weitere wirtschaftliche Nebengebiete.

Ein Wort zu den Finanzbeziehungen. Da geht es in der Tat um die Entflechtung der Gemeinschaftsaufgaben. Das hat eine besondere Bedeutung. Ich muss Ihnen sagen, Herr Abg. Martens, es kann nur Unkenntnis sein, was Sie da vorgetragen haben. Wenn es ein Land gibt, das hier engagiert verhandelt – das ist übrigens seit 1990 so, beim Solidarpakt I, beim Solidarpakt II und wieder hier –, und zwar für die ostdeutschen Länder, ganz egal, wie sie regiert worden sind, dann ist es der Freistaat Sachsen.

(Beifall bei der CDU)

Und Frau Hermenau, die sich im Haushaltsausschuss wahrscheinlich manchmal darüber geärgert hat,

(Lachen der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

weiß das auch. Deswegen hat Sachsen auch entsprechende Initiativen vorgeschlagen. Wir sind für eine Entflechtung der Gemeinschaftsaufgaben, ja. Aber nur dann, wenn jedenfalls in der Abschätzung der Risiken die Chance besteht, dass das Finanzvolumen mindestens so hoch ist, wie wir es im Moment haben; anderenfalls nicht. Nur wegen des Prinzips der Entflechtung würden wir nicht das materielle Interesse Ostdeutschlands an einer bestimmten Höhe der Wirtschaftsförderung infrage stellen. Das ist unsere Position. Ob wir das durchsetzen, wird kurz vor der Zielgeraden zu verhandeln sein. Ich wage hier noch keine Prognose.

Ein Wort zu den Steuern. Auch dazu hat Frau Hermenau etwas gesagt. Da warne ich zur „Vorsicht an der Bahnsteigkante“ bei Steuerkompetenzen der Länder. Wenn das Steuerkompetenzen der Länder sind, klingt das gut. Wenn allerdings das Ergebnis ist, dass die Erträge dieser Steuern aus dem Länderfinanzausgleich herausfallen und die Erträge bei uns besonders niedrig sind, haben wir kein Interesse an solcher Steuerkompetenz. Deswegen ist hier bei der Grunderwerbsteuer eine gewisse Lösung bei gleichen Bemessungsgrundlagen denkbar, weil es sich dort um immobile Güter handelt.

Aber zum Beispiel bei dem, was uns als Christdemokraten eigentlich Vergnügen bereiten würde, ob wir nicht die Vermögensteuer einmal in die Hoheit der Länder geben würden – Herr Lämmel erinnert sich an bestimmte Diskussionen hier in diesem Landtag – juckt es uns geradezu in den Fingern, das den Ländern zu geben, damit Schleswig-Holstein auch einmal pfeifen kann, wenn es den Mund spitzt bei der Vermögensteuer. Allerdings haben wir Sorgen im Hinblick auf die extrem ungleiche Vermögensverteilung zwischen Ost und West, so dass das für uns kein gutes Geschäft wäre. Also Vorsicht bei Steuerkompetenzen!

Jetzt ein Wort zur EU. Herr Abg. Apfel, jetzt wollte ich gerade kurz auf Sie eingehen.

(Holger Apfel, NPD: Dann bleibe ich natürlich erst einmal hier!)

Obwohl ich normalerweise keine Veranlassung habe, Herrn Steinbrück zu verteidigen, der ein Sozialdemokrat ist, möchte ich es in dieser Frage aber ausdrücklich tun. Herr Steinbrück hat nichts von dem gefordert, was Sie vortragen. Nichts! Er hat etwas anderes gefordert, und da unterstützen wir ihn voll. Er hat gesagt, wenn die EU Regelungen trifft, etwa bei Umweltstandards, und wenn dann eine Bundesregierung – in dem Fall Herr Trittin – diese Standards durch nationales Recht erhöht, dann möchten wir in irgendeiner Form, entweder durch eigene Zuständigkeiten oder durch ein Abweichungsrecht, diese Standards wieder auf 1 : 1-Umsetzung herabsetzen können, nicht unter EU-Standard, aber auf 1 : 1 herabsetzen, damit wir keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber Polen, Frankreich, Tschechien oder anderen Staaten haben. Das ist die Position von Herrn Steinbrück. Die stärkt deutsche Interessen und findet unsere Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ob es bei dem nationalen Stabilitätspakt zu einem Ergebnis kommt, Frau Hermenau, werden wir sehen. Der Bund legt großen Wert darauf. Auch dazu sind wir bereit.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Allerdings haben wir wenige Verbündete. Weil wir natürlich nur einer Regelung zustimmen würden, die jedenfalls im Ansatz sicherstellt, dass man nicht bei Strafzahlungen für eine seriöse Finanzpolitik der letzten Jahre nachträglich bestraft wird. Bisher trägt der Bund 100 % der Lasten für Strafzahlungen der EU. Eine Veränderung würden wir nur dann, was natürlich irgendwie fair ist, mit Länderbeteiligung umsetzen können, wenn es eine Belohnungsregelung in irgendeiner Weise gibt, durch Quoten oder Ähnliches; es sind verschiedene Modelle in der Diskussion. Man sollte jedenfalls nicht die Länder bestrafen, die wenig Schulden aufgenommen haben. Dafür werden sie Verständnis haben. In dieser Frage sind wir einmal ganz eng bei den Bayern aus offensichtlichen Gründen.

Ich komme zum Schluss. „Die Föderalismusreform“ – ich möchte das zitieren – „hat herausragende Bedeutung für unser Land. Sie ist die seit Jahrzehnten wichtigste Reform und ist der Schlüssel für die Wiedergewinnung der Entscheidungsfähigkeit unserer politischen Institutionen.“ Zitatende. Diese Worte stammen aus der Münchener Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente und der Mitglieder der Bank der Landtage vom 18. Oktober 2004 in München.

Weil dies so ist und weil wir diese Erklärung ernst nehmen und unterstützen, muss ein Scheitern der Föderalismusreform vermieden werden. Das, was an Ergebnissen möglich ist, mag vielleicht der von vielen erhoffte große Wurf nicht werden, es kann aber deutlich mehr sein als nur der kleinste gemeinsame Nenner. Es kann ein wichtiger Schritt in Richtung eines gestärkten Verantwortungs- und Gestaltungsföderalismus werden. Dieser Begriff ist mir sehr viel lieber als der Begriff Wettbewerbsföderalismus. Wir wollen mehr Freiheit und weniger Zwang zur Einheitlichkeit, mehr Klarheit und weniger Mischmasch, mehr eigene Wege für uns und weniger ausgetretene Pfade für alle. Der Freistaat Sachsen könnte davon nur profitieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das war die Staatsregierung. Rein theoretisch haben jetzt die Mitglieder der Fraktionen noch einmal das Rederecht. Möchte jemand sprechen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir, da wir über zwei Anträge beraten, zu den Schlussworten. Da wäre zunächst das Schlusswort der Fraktionen der CDU und der SPD. Nach meinem Wissensstand macht sich Herr Schiemann dafür fertig. Es spricht Herr Schiemann von der CDU-Fraktion.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Hohen Haus sehr dankbar, dass wir diese Debatte führen konnten, auch wenn in ihr angeklungen ist, dass der Zug schon mit einer sehr hohen Geschwindigkeit fährt und wir wenig Möglichkeiten haben, uns mit vielleicht anderen Ideen nochmals in diesen Zug hineinzusetzen.

Dennoch ist es, glaube ich, wichtig, dass es Einigkeit zumindest zu den Punkten gab, die unser eigenes Land betreffen. Ich würde aber bei allen Änderungswünschen, die derzeit diskutiert werden und vielleicht auch Erfolg haben, daran appellieren, dass der Wunsch und die Ziele der Mütter und Väter des Grundgesetzes, die eben diese bundesstaatliche Ordnung für Deutschland vorbereitet haben, nicht umgekehrt werden. Der Föderalismus hat den deutschen Ländern, hat dem deutschen Staat letztlich die Stabilität und die Achtung verliehen, mit der Deutschland in die europäische Familie aufgenommen worden ist. Ich glaube, er war bisher ein Garant dafür, dass die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine völlig andere geworden ist. Das ist auch diesem deutschen Föderalismus zu verdanken.

Der zweite Punkt: Was die sicherheitspolitischen Ansprüche und das Bundeskriminalamt angeht, würde ich appellieren, dass man hinsichtlich der Kompetenzen nicht nur immer die Kompetenzen des anderen wegnimmt, sondern dass man eine sehr faire Zusammenarbeit pflegt und nicht immer das Hoheitsdenken für sich behält. Ich glaube, das ist eine Konkurrenz, der auch unsere eigene Landespolizei ausgesetzt ist. Wir sollten sehr klar prüfen, ob es wirklich notwendig ist, alles dem BKA zu übereignen und keinerlei Länderkompetenz mehr zu haben. Ich glaube, die Abstimmung zwischen diesen beiden Polizeien ist der bessere Schlüssel zu einer besseren Terrorismusbekämpfung als lediglich die Zentralisierung. Die Zentralisierung hat natürlich auch Nachteile. Ich habe versucht, das aus der Sicht der CDU-Fraktion darzustellen.

Wir wollen einen Föderalismus, der nicht Wettbewerbsföderalismus heißt, sondern der auch Föderalismus heißt, bei dem neue deutsche Länder, die nach 1990 in dieses Deutschland hineingekommen sind, eine Chance haben, weil die Ausgangsposition eine völlig andere ist als vielleicht im Falle des Wettbewerbsföderalismus, der zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Nordrhein-Westfalen entstehen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Der Staatsregierung möchte ich sehr herzlich dafür danken, dass sie die Interessen des Freistaates Sachsen vertreten hat. Dieser Dank gilt Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihnen, Herr Staatsminister Dr. de Maizière. Wir wissen auch, dass noch ein dritter Sachse in der Kommission sitzt, nämlich Herr Staatsminister Schwanitz. Ich gehe davon aus, dass sie die Menschen des Freistaates Sachsen weiterhin in der Kommission vertreten. Wir sind gespannt, ob das Verhandlungsergebnis auch Chancen für den Sächsischen Landtag bietet.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Zum Antrag der PDS-Fraktion spricht verständlicherweise ein Abgeordneter der PDS-Fraktion. Herr Dr. Friedrich.

Dr. Michael Friedrich, PDS: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich stelle erfreut fest, dass wir uns hier substanziell über die Probleme ausgetauscht haben, auch wenn es anfangs nicht diesen Eindruck gemacht hat. Ich sage es so deutlich: Herr Staatsminister de Maizière, ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie uns nun doch, und zwar in ziemlicher Ausführlichkeit, nicht nur über den Stand der Verhandlungen, sondern auch über die Position der Staatsregierung unterrichtet haben. Deshalb kann ich erfreut feststellen, dass unser Antrag zumindest in Punkt I.2 – genau diese Berichterstattung mitsamt der Positionierung der Staatsregierung hatten wir ja erbeten – erledigt ist.
Die anderen Punkte sind nicht erledigt. Ich sage noch einmal: Wir wollen kein Korsett für die jetzt noch ausstehenden sicherlich schwierigen Verhandlungen. In der Diskussion haben sich auch vielfältige Schnittstellen gezeigt. Keine Fraktion hat die Forderung nach Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – Gleichwertigkeit, nicht Gleichheit! – im Sinne gleicher Startbedingungen für alle infrage gestellt. Das ist ein positives Ergebnis. Wir halten es für wichtig und richtig, dass das auch für einen Landtagsbeschluss formuliert und beschlossen werden kann.

Ich möchte noch ganz kurz auf ein mögliches Missverständnis eingehen. Sie, Frau Kollegin Hermenau und Herr Kollege Dr. Martens, unterstellen der PDS, wir hätten den Wahn, einheitliche Regelungen für alle Lebensverhältnisse schaffen zu wollen. Natürlich ist das Unsinn. Das ist schlichtweg Quatsch. Das steht weder im Grundgesetz noch im Wahlprogramm der PDS. Wir wollen das in dieser Einseitigkeit nicht. Wir wollen, wie gesagt, über Gleichwertigkeit reden, über das Spannungsverhältnis zwischen Gleichwertigkeit und Zuwachs an Länderkompetenzen. Das ist schwierig. Das hat Staatsminister de Maizière an vielen Einzelbeispielen dargelegt. Wir möchten vor allem nicht, dass Wettbewerbsföderalismus und Solidarprinzip plump gegenübergestellt werden. In der Öffentlichkeit passiert das hin und wieder. Wir möchten hier schon differenzieren. Ich sage das so ausdrücklich. Föderalismus in der Bundesrepublik kann sicherlich nicht leben, wenn er sich allein auf Wettbewerb stützt, aber er wird genauso wenig leben können, wenn er sich ganz allein auf das Solidarprinzip stützt. Weder das eine noch das andere kann allein tragen; es muss eine intelligente, eine schöpferische Verbindung zwischen beiden geben.

Ich glaube, dass wir das in diesem Antrag formuliert haben. Ich darf Sie also recht herzlich um Zustimmung zu dem PDS-Antrag ohne den bereits erledigten Punkt bitten.

Vielen Dank

(Beifall bei der PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren, wir nähern uns langsam der Abstimmung. Ich rufe zuerst die Drucksache 4/0252, gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD, auf. Dazu liegen zwei Änderungsanträge vor.

Ich frage in der Reihenfolge des Eingangs, ob die NPD-Fraktion noch etwas zu ihrem Änderungsantrag ausführen möchte.

(Holger Apfel, NPD: Es ist vorhin alles gesagt worden!)

– Ich dachte mir schon, dass Sie bereits alles ausgeführt haben.

Gibt es seitens des Plenums Bedarf, zu diesem Änderungsantrag, der Ihnen in der Drucksache 4/0314 vorliegt, zu sprechen.

(Uwe Leichsenring, NPD, tritt ans Mikrofon.)

Herr Leichsenring, Sie selbst doch?

(Uwe Leichsenring, NPD: Nein!)

Vonseiten des Plenums gibt es offensichtlich keinen Bedarf, darüber zu sprechen. Dann könnten wir über diesen Änderungsantrag abstimmen.

Herr Leichsenring, Sie wünschen das Wort? – Bitte.

Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Änderungsantrag ist uns wirklich sehr wichtig. Deswegen beantrage ich namentliche Abstimmung.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Das ist kein selbständiger Antrag! – Weitere Zurufe)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Einen Moment bitte. Antrag auf namentliche Abstimmung zu einem Änderungsantrag ist ein Novum in diesem Haus. –

Herr Leichsenring und Kolleginnen und Kollegen, das geht – so wurde mir eben gesagt – nicht, da dieser Änderungsantrag den ursprünglichen Antrag nicht ersetzt. Somit ist die Änderung nur ein Teil des Gesamtantrages und damit keine namentliche Abstimmung möglich.

Meine Damen und Herren, wenn es Ihrerseits keinen Aussprachebedarf gibt, komme ich jetzt zur offenen Abstimmung über diesen Änderungsantrag der NPD-Fraktion.

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Ich fordere Sie auf, die Enthaltungen kundzutun. – Es gibt keine. Dieser Änderungsantrag ist mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Es gibt einen zweiten Änderungsantrag. Der Änderungsantrag Nr. 2 kommt vonseiten der CDU und SPD. Ich frage: Soll er noch einmal eingebracht werden? – Ich glaube, ganz kurz sollte dies schon getan werden.

Dr. Gisela Schwarz, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Änderungsantrag, der sich auf den ursprünglichen Antrag bezieht, beinhaltet eine Erweiterung, und ich denke, wir brauchen dies nicht noch einmal einzubringen. Wir haben gerade zu diesem Änderungsantrag gesprochen.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Sie haben es gehört: Dieser Änderungsantrag ersetzt quasi den Grundantrag. Demzufolge müssen wir logischerweise jetzt darüber abstimmen. – Hier wäre namentliche Abstimmung übrigens möglich. Wir stimmen über den Änderungsantrag von SPD und CDU ab. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich der Stimme? – Eine größere Anzahl, aber die übergroße Mehrheit des Hauses hat diesen Änderungsantrag angenommen und somit den ursprünglichen Antrag ersetzt.

Ich rufe die zweite Drucksache, die wir behandelt haben, auf, die Drucksache 4/0265, Dringlicher Antrag der Fraktion der PDS. Ich frage noch einmal den Antragsteller, ob wir in Gänze abstimmen wollen – Wir stimmen in Gänze ab. Welche Ziffer wollten Sie wegnehmen und schon als erledigt erklären? Bitte noch einmal.

Dr. Michael Friedrich, PDS: Ziffer I.2 ist durch die Berichterstattung der Staatsregierung erledigt.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Somit, meine Damen und Herren, rufe ich den Dringlichen Antrag der PDS-Fraktion ohne den Teil I.2 auf. Wer dem größeren Teil zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Mit einer übergroßen Mehrheit des Hauses ist dieser Antrag abgelehnt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 13

Entlastung der Gemeinden an der B 170 von Schwerlastverkehr im Transit Deutschland/Tschechien

Drucksache 4/0062, Antrag der Fraktion der PDS

Die Fraktionen können dazu Stellung nehmen. In der Reihenfolge beginnt die Antragstellerin, die PDS-Fraktion.

Katja Kipping, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als wir auf der letzten Sitzung des alten Landtages das Problem B 170 besprachen, haben wir uns zwar in sehr vielen Detailfragen gestritten, aber in einem Punkt waren wir uns fraktionsübergreifend einig: nämlich, dass die Situation für die Anwohnerinnen und Anwohner entlang der B 170 eine Zumutung ist und deshalb das Problem der Lkw-Lawine auf der B 170 im Weißeritzkreis einer dringenden Lösung bedarf.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Seit Jahren ist bekannt, dass die zunehmende Zahl der Lkws – inzwischen zählen die Zollstationen bis zu 3 000 Lkws pro Tag – mit der Nebenfolge Lärm und Abgase die Lebensqualität und Gesundheit für Anwohner, aber auch für Touristen extrem beeinflussen. Wir haben schon oft darüber gesprochen, dass sich diese Situation auch wirtschaftlich negativ auf die Tourismusbranche im Weißeritzkreis auswirkt, die ein sehr naturnaher Tourismusbereich ist und in der im Übrigen sogar 2 500 Arbeitskräfte ihr Brot verdienen.

Als es nach dem 1. Mai, nach der EU-Osterweiterung, noch einmal zu einem ganz deutlichen Anstieg des Lkw-Aufkommens kam, sprach man dort von Umsatzeinbrüchen von bis zu 30 %. Das Schlimme ist, dass sich, seitdem wir das letzte Mal hier diskutiert haben, die Situation mitnichten verbessert hat und anstelle einer Verbesserung sogar mit einer Verschlechterung zu rechnen ist. Der Wintereinbruch ist sozusagen im Gange. Das erhöht die Unfallgefahr und die Gefahr von Rückstau und anderem. Mit dem Anschluss des Autobahnzubringers in Bannewitz droht noch einmal ein Anstieg der Lkw-Lawine; Fachleute rechnen jetzt mit bis zu 5 000 Lkws pro Tag. Wir werden morgen noch ausführlich über die neuen Grenzwerte für Feinstaub reden. Wenn aber am 1. Januar 2005 die neuen Grenzwerte für Feinstaub gelten, wird ohnehin entlang der B 170 noch einmal ein ganz anderer Handlungsbedarf entstehen – schon von Rechts wegen. Die Bürgerinitiative prüft nicht ohne Grund bereits jetzt eine Klage.

Ich kann von unserer Seite nur sagen: Soweit es in unseren Kräften steht, werden wir natürlich die Leute vor Ort unterstützen. Gerade angesichts dieser neuen Rechtslage meinen wir als PDS-Fraktion: Es lohnt sich, hier noch einmal über das Thema „Nachtfahrverbot für schwere Lkws“ zu diskutieren. Ich weiß, es gibt da juristische Bedenken, aber wir haben auch immer wieder darüber gesprochen, dass die Flut gezeigt hat: Es gibt mögliche Umleitungsstrecken. Diese sind natürlich weiträumiger, aber sie sind auf jeden Fall möglich. Frau Raatz hat aus gutem Grund immer wieder gesagt, als wir über dieses Thema diskutiert haben, man will endlich einmal nicht hören, was nicht geht, sondern die Situation vor Ort ist so schlimm geworden, dass wir endlich einmal vonseiten des Ministeriums hören wollen, was denn jetzt ginge, um die Probleme vor Ort zu beheben.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Weiterhin schlagen wir als PDS-Fraktion vor, dass Kontingente eingeführt werden. Tausend Brummis pro Tag – das ist einfach genug für die Leute. Und, wie gesagt, ich verweise noch einmal auf die Erfahrungen aus der Flut: Umleitungen sind einfach machbar.

Ein sehr großes Problem bei diesem Thema war immer die Frage der Zuständigkeiten. Das sind zum einen internationale Regelungen. Bei vielen verkehrsrechtlichen Fragen war es immer ein Pingpong-Spiel: Ist das Landratsamt zuständig? Bedarf es noch der Zustimmung der obersten Straßenverkehrsbehörde, muss also hier das Ministerium an den Tisch? Und hin und her. Ich finde, mit diesen Unsicherheiten muss Schluss sein. Dieses Pingpong-Spiel bei den Verantwortlichkeiten muss aufhören. Deswegen schlagen wir in unserem Antrag vor, einen Stab einzurichten, bei dem alle Verantwortlichen an einem Tisch sitzen, die Sache klären und an einem Strang ziehen.

In den letzten Landtagsdebatten zu diesem Thema haben wir häufig ein Schwarzer-Peter-Spiel erlebt: Die CDU appellierte an den Bund, die SPD verteidigte pflichtgemäß den Bund und griff dafür die Staatsregierung an. Ich hoffe, dass nun mit diesem Schwarzer-Peter-Spiel Schluss ist und wir in puncto B 170 an einem Strang ziehen können. Frau Dr. Raatz, Sie haben uns damals im letzten Tagesordnungspunkt des alten Landtages alle davor gewarnt, es in dieser Frage dem alten Herrn Kohl gleichzutun, der die Probleme meist ausgesessen hat. Zwei Jahre Aussitzen ist die schlechteste Lösung für die Leute vor Ort. Deshalb meine ich: Mit Blick auf die Situation vor Ort, vor allen Dingen auch mit Blick auf die drohenden Verschlechterungen, können wir es uns einfach nicht leisten, das Problem auszusitzen, sondern wir müssen es in Angriff nehmen.

Danke.

(Beifall bei der PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: In der Aussprache hat als Nächstes die CDU-Fraktion das Wort. Herr Hamburger, bitte.

Georg Hamburger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema B 170 hat uns schon mehrfach hier im Plenum beschäftigt. Wir befassen uns heute erneut damit, allerdings ohne neuen Sachverhalt. Frau Kollegin Kipping, Neues haben Sie im Grunde dazu nicht geboten. Dazu einmal kurz die Eckdaten. Die verkehrstechnischen Fakten sind: Der Verkehr nimmt seit der EU-Erweiterung zu – besonders auf der B 170. Zweiter Fakt: Die B 170 ist eine europäische Verkehrsader und liegt im paneuropäischen Korridor nach Prag und Budapest.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Und Wien!)

– Auch nach Wien, Herr Porsch, wenn Sie Wert darauf legen, selbstverständlich. – Auch der Ausbaustandard entspricht den Anforderungen an eine Europastraße. Wie gesagt, alles nichts Neues.

Das Problem dieser Situation ist: Die Belastung der Menschen längs der B 170 ist am Rande des Erträglichen. Daneben besteht die Rechtslage: Bei gegebenem Ausbaustandard einer Straße ist der Verkehr uneingeschränkt zu gestatten. Verkehrsrechtliche Anordnungen verfügt nach § 45 des Straßengesetzes die untere Verkehrsbehörde nur an drei Bedingungen geknüpft: erstens, wenn eine temporäre unzumutbare Situation das begründet, zweitens, wenn eine Befristung der Maßnahme vorgegeben, also das Ende beschrieben wird, und drittens, wenn eine Alternative der Verkehrsführung angeboten wird. Alle Maßnahmen mit dem Charakter einer Sperrung oder einer Herabstufung sind unzulässig. Das, verehrte Damen und Herren, sind die Eckdaten.

Abhilfe des Problems durch verkehrsrechtliche Anordnungen ist also aus rechtlichen und wirtschaftspolitischen Gründen nicht möglich. Eine Verkehrsreduzierung durch Verbote führt nicht zum Ziel, sie ist ungeeignet.

Zudem trifft ein Verbot auch die regionale Wirtschaft; auch das muss bedacht sein. Im Übrigen: An einer europäischen Verkehrsachse zu liegen ist auch vorteilhaft für ein Land.

Verkehrsreduzierung durch attraktive Alternativangebote, das ist der praktikable Weg, also nicht Verbote, sondern andere Angebote. Darüber haben wir auch mehrfach gesprochen. Als Möglichkeiten für solche Angebote erkenne ich – auch das alles ist nicht neu – erstens die schnellstmögliche Fertigstellung der A 17, zweitens die Ertüchtigung weiterer Grenzübergänge für den Schwerlastverkehr – diese sind mehrfach genannt worden –, drittens weitere Grenzübergänge für den Lkw-Verkehr ab 3,5 Tonnen zu öffnen. Das würde zumindest auch bei den kleineren Lkws eine Entlastung bringen.

Nach Wegfall der Personenkontrollen, also nach dem Beitritt zum Schengener Abkommen etwa 2007/2008, sind etwa zehn weitere Grenzübergänge möglich. Soweit ich informiert bin, steht die kurzfristige Öffnung der Grenzübergänge Johanngeorgenstadt und Bärenstein bevor. Sobald die Grenzübergänge ertüchtigt und die erforderlichen diplomatischen Noten ausgetauscht sind, kann dies geschehen.

Viertens – das möchte ich hier nicht unerwähnt lassen – müssen wir prüfen, ob eine stärkere Nutzung der Schienenkapazitäten im Fernverkehr gelingen kann. Nicht die „RoLa“, sie ist finanziell nicht vertretbar und sie ist den Lkw-Fahrern auch nicht aufzuzwingen; nicht die „RoLa“ über wenige Kilometer, sondern der Fernverkehr über mehrere hundert Kilometer.

Schienengüterverkehr kann bei großen Entfernungen rentabel sein. Wir hatten hier im Hohen Haus eine Anhörung, in der der Vertreter der Deutschen Bahn über eine Güterfernstrecke von Hamburg nach Budapest geredet hat. Er sagte, diese Strecke sei rentabel, und er lehnte es damals ab, über einen Zwischenhalt in Dresden zu sprechen. Das ist, glaube ich, die Stelle, an der man mit der Deutschen Bahn noch einmal reden muss. Wir müssen bei der Bahn darauf hinwirken, dass das Güterverkehrsangebot auch zu kürzeren Strecken führt. Das allerdings ist kurzfristig nicht möglich.

Die PDS fordert in ihrem Antrag nun eine tägliche Kontingentierung der Anzahl der schweren Lkws, eine Videoüberwachung von Stau- und Gefahrenschwerpunkten und ein Nachtfahrverbot für schwere Lkws.

Für eine Limitierung der Verkehrsmenge auf 1 000 Lkws nach Gutdünken fehlt jegliche Rechtsgrundlage, vom organisatorischen Aufwand möchte ich jetzt gar nicht reden. Dieser Wunschtraum muss unerfüllt bleiben. Auch seine Verwirklichung würde die regionale Wirtschaft treffen, die dann die großräumige Umgehung fahren müsste. Das geht nicht. Im Übrigen darf ich Ihnen sagen, dass von der Stadt Crimmitschau – das ist in der Nähe, wo ich wohne – zur Autobahn eine Straße führt, in der täglich etwa 1 600 schwere Lkws fahren. Diese würden dann über kurz oder lang auch in dieses Limit von 1 000 Lkws führen, nämlich indem man eine Folgewirkung induziert. Kollegin Kipping, wir würden, wenn das überhaupt ginge, das totale Chaos im Land produzieren. Das geht nicht.

Zu den Videoüberwachungen: Videoüberwachungen von Verkehrsschwerpunkten sollen Staus vermeiden, indem bei Problemen auf Alternativen hingewiesen wird. Lassen Sie es sich noch einmal sagen: Zur B 170 gibt es keine vernünftige Alternative, jedenfalls zurzeit nicht. Im Übrigen: Das Problem der B 170 ist nicht der Stau, sondern die gleichmäßig hohe Verkehrsbelastung über 24 Stunden. Also ist dieser Vorschlag nicht zielführend.

Ein Nachtfahrverbot – Frau Kollegin Kipping, wir haben es hier schon sehr oft diskutiert – ist mangels einer Alternative im Fahren auch nicht durchsetzbar. Wir haben es oft diskutiert. Stellen Sie sich vor, Sie würden ein Nachtfahrverbot einführen können! Wissen Sie, wie viele Lkws dann in Dresden bis zum nächsten Morgen herumstehen würden? Dann beantragen Sie die nächste Debatte, weil Dresden verstopft ist.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Also, das alles ist, glaube ich, auch keine gute Politik. Die einzige nachhaltige Hilfe in Bezug auf die B 170 ist und bleibt die Erweiterung der Straßenkapazität. Wir müssen alles dafür tun, dass diese Kapazitätserweiterung so schnell wie möglich geschaffen wird. Eine andere so genannte große Lösung gibt es einfach nicht. Ich glaube, es gehört auch zur Ehrlichkeit in der Politik, dies deutlich anzusprechen.

Es ist unsere Aufgabe, trotzdem alles zu tun, trotzdem alles Mögliche zu überlegen und zu veranlassen – und sei es auch noch so klein –, Entlastungswirkungen zu erreichen oder, wie man es anders sagen kann, die so genannten ganz kleinen Stellschrauben zu suchen. Da sind wir in der Nähe Ihres Vorschlages im zweiten Teil Ihres Antrags. Es müssen das Land, die untere Verkehrsbehörde, die Anrainergemeinden, auch der Bund und auch die tschechischen Institutionen durchaus hinzugezogen werden.

Zu Punkt 1 des Antrages: Diesen Punkt lehnen wir ab. Denn ich glaube, die darin suggerierte Hilfe ist so einfach nicht möglich.

Zu Punkt 2 Ihres Antrages: Sie wollen einen Stab zur Abarbeitung der bereits gemachten Vorschläge. Dann reden wir wieder über „RoLa“, über Nachtfahrverbot, über Tonnagebegrenzung und all das, was wir schon hatten. Ich glaube, das wäre ein Stab mit einer rückwärts gewandten Aufgabenstellung, der im Grunde nichts weiter bewirken würde. Das ist nicht zielführend.

Wir brauchen keinen Stab zur Abarbeitung rechtlich zweifelhafter Vorschläge, sondern wir brauchen eine Arbeitsgruppe zur Lösungssuche nach rechtlich beständigen und nachhaltigen Möglichkeiten, insbesondere im Zusammenhang mit der künftigen Inbetriebnahme der A 17. Diese Arbeitsgemeinschaft bedarf der verbindlichen Mitwirkung des Bundes und der tschechischen Institutionen ebenso wie des Landes und der Kommunen – eben um diese so genannten kleinen Stellschrauben dennoch zu finden. Zumindest unter Technikern ist bekannt, meine Damen und Herren, dass der unbedingte Wille zur Lösung in einem richtig zusammengesetzten Team auch zunächst unmöglich scheinende kleine Lösungen bewirken kann.

Fazit: Wir lehnen den ersten Teil Ihres Antrages ab. Zu dem zweiten Teil des Antrags werden wir einen Ände-

rungsantrag in dem eben beschriebenen Sinn noch einbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: In der Aussprache erhält die SPD-Fraktion das Wort. Frau Dr. Raatz, bitte.

Dr. Simone Raatz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner, Herr Hamburger, hat an sich schon einiges gesagt, was wir als SPD auch mittragen.

(Oh! bei der PDS –
Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Das habe ich noch nie von Ihnen gehört!)

Frau Kipping hat darauf hingewiesen, dass wir im letzten Plenum der vergangenen Legislaturperiode das Thema B 170 auf der Tagesordnung hatten. Ich gebe Frau Kipping vollkommen Recht, dass die Situation an der B 170 zurzeit eine Zumutung ist – und das nicht nur in den letzten Tagen, sondern seit Wochen, Monaten und, man kann sagen, seit Jahren. Dieses Problem müssen wir angehen und da muss man auch endlich etwas tun. Darum ist es richtig, Frau Kipping, dieses Thema heute auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Vorschläge aus Ihrem Antrag wurden zum Teil schon diskutiert. Wir hatten im Juni dieses Jahres auch einige Vorschläge unterbreitet, ich will sie noch einmal erwähnen:

Erstens haben wir gefordert, den Betrieb der Rollenden Landstraße Dresden – Lovosice bis zur Fertigstellung der Erzgebirgsquerung der A 17 aufrechtzuerhalten. Die zweite Forderung war, ein Nachtfahrverbot – Frau Kipping hat es schon angesprochen – auf der B 170 zu verhängen. Dieses haben wir mit einer relativ interessanten Aktion auf der B 170 noch einmal deutlich zu machen versucht. Wir haben als SPD-Fraktion dort Liegen aufgestellt und darauf hingewiesen, wie schwierig es eigentlich ist, in der Nacht als Anwohner dort Ruhe zu finden.

Unsere dritte Forderung war, eine Gesamtkonzeption für den grenzüberschreitenden Schwerlastverkehr zwischen Sachsen und Tschechien zu erarbeiten, die die Befreiung der B 170 vom vorgenannten Verkehr nach der Inbetriebnahme der A 17 ermöglicht.

Diese dritte Forderung findet sich im PDS-Antrag im zweiten Teil wieder. Aber auch die beiden anderen Forderungen waren vernünftig.

Wie ist der Ist-Stand? Herr Hamburger hat gesagt, dass sich nicht viel verändert hat. Aber es hat sich doch einiges verändert. Denn ein halbes Jahr nach unserer Debatte können wir feststellen, dass es die Rollende Landstraße nicht mehr gibt, die Betreibergesellschaft abgewickelt wurde und leider ein Nachtfahrverbot bisher nicht existiert. Warum das so ist, haben wir im letzten Plenum diskutiert. Die rechtlichen Bedenken wurden auch hier wieder deutlich.

Man muss ganz ehrlich sagen, dass eine Reaktivierung der Rollenden Landstraße unter den heutigen Gegebenheiten einen enormen Aufwand bedeuten würde und mit großen wirtschaftlichen Risiken verbunden wäre. Ich denke allerdings auch heute noch, dass wir die Schließung der Rollenden Landstraße kritisch sehen müssen und sie zum damaligen Zeitpunkt nicht richtig war. Aber sie ist eine Tatsache. An dieser Tatsache – so denke ich – orientiert sich auch der PDS-Antrag. Denn der Begriff Rollende Landstraße taucht im Antragstext nur noch in Klammern auf. Frau Kipping ist in ihrem Redebeitrag auch nicht weiter darauf eingegangen.

Mit der Rollenden Landstraße ist leider auch die Ausweichstrecke verloren gegangen, die für die rechtliche Durchsetzung eines Nachtfahrverbotes auf der B 170 in den letzten Debatten immer hergehalten hat und sicherlich auch als Alternativvariante in einem rechtlichen Streit Berücksichtigung gefunden hätte.

Im Juni dieses Jahres hätten wir uns im Interesse der Menschen auf einen Rechtsstreit eingelassen, ob die Rollende Landstraße eine zumutbare Ausweichstrecke für eine Bundesstraße ist, was immer wieder kritisiert und negiert wurde. Aber ich denke, heute macht es keinen Sinn mehr, über den Ausgang dieses Verfahrens zu spekulieren.

Damit ist nur noch der dritte Punkt unseres damaligen Antrages aktuell. Darum findet er sich, auch als Punkt 3, in dem Änderungsantrag von SPD und CDU wieder. Ich denke, er deckt sich auch teilweise mit den Forderungen, die Sie, Frau Kipping, hier gestellt haben.

Im vorliegenden Antrag hat die PDS weitere konkrete Schritte vorgeschlagen, wie die Belastungen für die Anwohner der B 170 abgemindert werden können. Diese Vorschläge gehören natürlich auf den Prüfstand und müssen diskutiert werden.

Aber ich denke genau so wie Herr Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS. Diese geforderte Kontingentierung ist praktisch so gut wie nicht durchsetzbar. Vor dem Hintergrund, dass die Alternativroute fehlt und es keine Ausweichstraße in der Nähe gibt, dürfte sich die Abweisung der unzähligen Lkws mehr als schwierig gestalten. Wie will man zum Beispiel die Lkws bereits 100 km vor der Zufahrt zur B 170 herauspicken? Das alles funktioniert in der Praxis so gut wie nicht oder eben nur mit einem immensen Aufwand.

Unabhängig davon gibt es auch die zweite Idee der Web-Cam-Installation. Herr Hamburger sagte schon, dass nicht der Stau das Problem ist. Dann wäre es sicher sinnvoll, so eine Web-Cam-Installation dort vorzunehmen. Aber es ist, wie gesagt, der unaufhörliche Verkehr, der dort entlang rollt und den Leuten den letzten Nerv raubt. Die Schwerlasttransporter sind nach meiner Meinung nicht weniger störend, wenn wir sie in Echtzeit im Internet anschauen können. Haben Sie sich außerdem einmal durchgerechnet, was das kostet? Wer soll das bezahlen?

Eine bessere Idee aus dem PDS-Antrag ist es dann schon, mit den Verbänden und Vereinigungen der Spediteure zu einer freiwilligen Nachtfahrverbotsregelung zu kommen. Da bin ich allerdings gespannt darauf, wie der Diskussionsprozess verlaufen wird und welches Entgegenkommen man von den Spediteuren erfährt.

Die Abfertigungsbeschränkungen sehen wir skeptisch. Damit wird das Problem nur verlagert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS! Sie haben es selbst schon festgestellt und auch Herr Hamburger hat es gesagt: Die geniale Gesamtlösung für das Problem haben wir bisher leider alle nicht gefunden. Vielleicht gibt es sie überhaupt nicht. Andererseits stehen wir bei den Anwohnern der Transitstrecke in der Pflicht.

Wir wissen, dass es eine wirkliche Lösung des Problems wahrscheinlich erst in zwei Jahren mit der Fertigstellung der A 17 geben wird. Deshalb, denke ich, müssen wir unsere gesamte Kraft darauf konzentrieren, dass die A 17 schnell fertig gestellt wird und dafür das Geld zur Verfügung steht.

Wir werden zu Punkt 2 in unserem Änderungsantrag kurz noch etwas zum vorliegenden PDS-Antrag sagen. Den Punkt 1 lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Das war der Diskussionsbeitrag der SPD-Fraktion. Ich frage die NPD-Fraktion, ob sie Redebedarf hat. – Herr Delle, bitte.

Alexander Delle, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im konkret vorliegenden Fall sprechen wir zwar über die Entlastung der Gemeinden an der B 170, allerdings sehen wir uns allgemein mit der Problematik konfrontiert, künftig von der Blechlawine eines stark anwachsenden Verkehrsaufkommens erdrückt zu werden.

Dies ist ein überaus ernst zu nehmendes Problem, das auf die Dauer nicht allein über Verordnungen und infrastrukturelle Maßnahmen im gewohnten Stile zu lösen sein wird. Hier werden wir über kurz oder lang nicht umhin kommen, die vorherrschende Art des Handelsverständnisses kritisch zu hinterfragen. Dies sollte meines Erachtens besser bald als irgendwann erfolgen.

Der Umstand, dass die an der B 170 liegenden Gemeinden einer tatsächlichen Belastung durch den Schwerlastverkehr im Transit ausgesetzt sind, dürfte zumindest für die Realos in diesem Haus außer Zweifel stehen. Eine Vorahnung dessen, was auf den besagten Streckenabschnitt zukommen wird, lässt sich aus dem Vergleich mit der steigenden Verkehrsbelastung der A 2 auf der Strecke Hamburg–Hannover–Berlin–Frankfurt (Oder)–Polen in den neunziger Jahren ableiten.

Man sollte es bitte vonseiten der in Sachsen alteingesessenen Parteien tunlichst unterlassen, sich wie im vorliegenden Fall überrascht zu zeigen oder sich gar noch etwas darauf einzubilden, dass man einen Missstand entdeckt hätte, den man jetzt beseitigen möchte. Man muss wahrlich keine hellseherischen Fähigkeiten besessen haben, um diesen Missstand vorherzusehen.

Wenn eines von vornherein klar war, so war es der Umstand, dass nach der unseligen EU-Osterweiterung die Anforderungen an die Transitkapazitäten der deutschen Fernstraßen in Ost-West-Richtung drastisch steigen werden. Die abzusehende massive Erweiterung des Güterverkehrs vor allem mit Polen und Tschechien ist eine zwangsläufig insbesondere Deutschland betreffende Begleiterscheinung der Osterweiterung der Europäischen Union, die Sie allesamt gewollt haben, was aber nicht unbedingt auf die Bürger zutrifft.

Es handelt sich hierbei, wie bei sehr vielen EU-Projekten, um Auswirkungen auf die Nationalstaaten und ihre Bevölkerungen, die ohne Rücksicht auf die Grenzen der Belastbarkeit allein aus dem Interesse der EU heraus in Kauf genommen wurden. Die entsprechenden politischen Entscheidungen wurden über die Köpfe der Menschen hinweg gefällt und waren in den betroffenen Ländern niemals Gegenstand einer angemessenen öffentlichen Diskussion.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen zu erklären, dass die NPD-Fraktion diese Entwicklung sowohl für unvereinbar mit den Interessen des deutschen Volkes

(Zuruf von der SPD)

wie auch für unvereinbar mit dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes hält. Wir bestreiten grundsätzlich das Recht der EU, Deutschland Auflagen und Lasten aufzuerlegen, die nicht unter Beachtung des Legitimationskettenprinzips laut Artikel 20 des Grundgesetzes vom deutschen Volkssouverän gebilligt worden sind.

Unabhängig davon wird sich die NPD-Fraktion, soweit es um die praktische Bewältigung der durch die EU-Osterweiterung entstehenden Verkehrsprobleme geht, dafür einsetzen, dass die erforderlichen Verkehrskapazitäten zumindest in einer vernünftigen und verantwortbaren Weise eingeplant und nicht durch relativ kurzfristige Straßenprojekte zulasten der Anlieger bereitgestellt werden.

In Sachsen wird zukünftig der Transitverkehr mit Tschechien einen erheblichen Umfang annehmen. Hierzu gehört selbstverständlich auch die im PDS-Antrag angesprochene Verbindung B 170.

Bis man sich in dem soeben von mir angesprochenen Sinne mit dem generellen Problemkomplex beschäftigt, setzen wir uns jedoch auch im speziellen Sinne des vorliegenden Antrages für eine weitgehende Begrenzung des betreffenden Schwerlastverkehrs ein und werden dieser Problemstellung auch künftig unsere Aufmerksamkeit schenken, um zu einem späteren Zeitpunkt eine grundsätzliche Debatte darüber anzustrengen.

Abschließend möchte ich zum vorliegenden Antrag lediglich noch bemerken, dass sich die Antragstellerin, die bekanntermaßen vorgibt, sich besonders für den Lärmschutz einzusetzen, dann auch konsequenterweise für ein komplettes Nachtfahrverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr einsetzen sollte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich frage die FDP-Fraktion, ob sie noch sprechen möchte. – Herr Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf meinen Vorredner eingehen, denn wir müssen einmal klarstellen, dass die EU-Osterweiterung eigentlich ein Ergebnis der demokratischen Revolution gerade auch hier in Sachsen, in Leip-

zig, ist. Wir begrüßen alle die Ergebnisse dieser demokratischen Revolution auch in den anderen osteuropäischen Ländern, von Polen ausgehend, die überhaupt ermöglicht haben, dass wir heute hier in dieser Runde so diskutieren können. Ich denke, das sollte niemand in Abrede stellen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung bereits darauf hingewiesen, wie wichtig das Zusammenwachsen der Wirtschaftsregionen auch für die Wirtschaftskraft in Sachsen ist. Wir werden morgen in diesem Hause eine Debatte über die „Industrie in Sachsen auf Wachstumskurs“ führen. Wenn wir uns die Daten im Einzelnen anschauen, dann stellen wir fest, dass dieser Wachstumskurs gerade ein Wachstum aus dem Export ist und nicht aus der Binnennachfrage in Sachsen. Wenn wir, so wie es vielleicht die NPD möchte, auf diesen Export, auf diese Märkte verzichten würden, dann wäre die Situation hier in Sachsen viel, viel dramatischer. Das zur allgemeinen Situation.

Konkret zu dem Antrag der PDS: Auch wir sind der Auffassung, dass die Situation an der B 170 inzwischen ein Niveau erreicht hat, das kaum noch zu ertragen ist. Aber es hilft auch nicht weiter, hier im Landtag die großen Reden zu halten, Anträge zu stellen und den Leuten zu suggerieren, man könne etwas ändern, wo man nachhaltig nichts ändern kann.

In Ihrem Antrag fordern Sie für den Transitverkehr Kontingente. Einem Lkw sehen Sie per se erst einmal nicht an, ob er im Transit fährt oder regional. Da müssten Sie umfangreiche, wie Sie sagen, Kontrollen installieren, um überhaupt erst einmal herauszufinden, was ist Transitverkehr, was ist Regionalverkehr. Sie wollen ein praktikables Anmelde- und Informationssystem. Wir wissen doch heute, dass in der Industrie, in der Wirtschaft Lkws im Just-in-time-Verkehr fahren, tagesaktuell. Wie soll das funktionieren? Langfristig anmelden, ein halbes Jahr vorher: An dem Tag möchte ich gern das Produkt von A nach B transportieren? Stellen Sie sich bei der PDS so Wirtschaftspolitik, Unternehmertum und wirtschaftliches Handeln vor? Ganz offensichtlich, sonst könnten Sie einen solchen Antrag nicht stellen. Sie schreiben „praktikables Anmelde- und Informationssystem“. Oder meinen Sie, man gibt irgendwie zwei Tage vorher ein paar Zettel ab und wenn dann die tausend voll sind, dann bleiben die Lkws stehen bis zum nächsten Tag oder fahren woanders lang? Wie haben Sie es eigentlich gedacht? Das zeigt doch, dass Sie hier eine politische Proklamation vorhaben, ohne über Alternativen zu verfügen.

Sie haben das Thema Flut angesprochen nach dem Motto: Da ging es ja auch, also muss es jetzt ja auch wieder gehen! Dabei haben Sie aber übersehen, dass die Straßen nach der Flut unpassierbar waren. Da konnte keiner lang fahren. Jetzt sind sie passierbar, jetzt müssen Sie umfangreiche Kontrollen installieren, um sicherzustellen, dass die Fahrzeuge, die Sie vorher nach einem umfangreichen System selektiert haben, sich auch an die von Ihnen vorgegebenen Regeln halten. So funktioniert Wirtschaftspolitik nicht. So schwächen Sie den Wirtschaftsstandpunkt Sachsen nachhaltig.

Allerdings habe ich auch beim Antrag von CDU und SPD ein bisschen mein Befremden. Das klingt mir so: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis. So schaut es doch zuerst einmal aus. Ich habe die leise Befürchtung, dass Sie in dieser von Ihnen vorgeschlagenen Runde noch zwei, vielleicht auch drei Jahre diskutieren werden, dann stellen Sie überrascht fest, dass die A 17 ja jetzt durchgängig befahrbar ist, und dann kommen Sie im Arbeitskreis zu dem Ergebnis, dass sich die Belastung auf ein erträgliches Maß reduziert hat, klopfen sich auf die Schulter und sind zufrieden. Das ist ungefähr das, was Sie hier vorschlagen. Für mich ist das auch kein sachdienlicher Antrag, sondern es ist eher eine Beruhigungspille für die Anwohner. Hier wird versucht, den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen zu streuen, zu suggerieren, wir hätten Lösungsmöglichkeiten, wo keine vorhanden sind.

Wir bekennen uns dazu, die Verkehrsinfrastruktur in Sachsen weiter auszubauen. Das haben wird bereits im Wahlkampf deutlich formuliert. Die A 17 ist ein wichtiges Verkehrsprojekt im Rahmen des zusammenwachsenden Europas. Im Rahmen dieser A 17 wird eine deutliche Entlastung eintreten und, so schmerzlich es für die Anwohner in den angesprochenen Gebieten ist, müssen wir sie leider – das gehört auch zur politischen Führung – darauf verweisen, dass kurzfristig eine Entlastung nicht mehr möglich ist. Das ist auch eine Frage der politischen Ehrlichkeit. Wir haben heute schon darüber diskutiert, warum der Wähler uns vielleicht auch in vielen Punkten nicht versteht, nicht mehr unterstützt. Es ist sehr wichtig, Dinge hier klar zu benennen. Wenn etwas nicht geht, dann müssen wir alle in diesem Hause gemeinsam den Mut und auch die Kraft haben, es öffentlich zu erklären, und nicht durch Anträge den Leuten zu suggerieren, es geht etwas. Wenn es dann faktisch doch nicht geht, schafft man nur enttäuschte Bürgerinnen und Bürger.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Fraktion der GRÜNEN spricht Herr Abg. Lichdi.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hamburger, ich stehe mit einer gewissen Sprachlosigkeit vor Ihrem geradezu religiösen Glauben an den Segen von Straßenneubau, der blind ist gegenüber den berechtigten Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner. Herr Morlok, das Gleiche gilt für Sie. Sie haben am Anfang hier Verständnis … – ich möchte jetzt nicht das böse Wort „geheuchelt“ sagen; mir fällt gerade kein besseres ein. Dann machen Sie eine schöne Rede und am Schluss läuft alles wieder darauf hinaus, wie man es von der FDP ja nicht anders erwarten kann: die Wirtschaft – und leider, leider und dann wird diese Ignoranz sogar noch zu einer Qualität der politischen Führungskraft erklärt. Das finde ich schäbig, Herr Morlok.

Unsere Fraktion wird dem Antrag der PDS zustimmen. Wir erkennen darin den pragmatischen Versuch, den Anwohnerinnen und Anwohnern mit der gebotenen Schnelligkeit zu helfen. Dagegen zeigt der Antrag der Koalition keinerlei Fortschritt. Ich bin insbesondere ent-

täuscht, dass die SPD-Fraktion, die noch im Wahlkampf die B 170 bei Bannewitz öffentlichkeitswirksam blockiert hat, dermaßen einknickt.

Wie ist tatsächlich die Lage? Alle Redner haben bisher gesagt: Ja, ja, die Situation ist schlimmer geworden. Ich möchte die Situation noch einmal schildern. Wir haben eine Steigerung des durchschnittlichen Tagesverkehrs von April bis heute von ungefähr 34 000 Fahrzeugen auf heute 70 000 Fahrzeuge am Tag. Zum Vergleich: Das ist etwas weniger als die Belastung, die im Augenblick die Autobahnbrücke A 4 über die Elbe hat.

Wie sieht es mit den Lkws aus, die das Hauptproblem sind? Wir haben eine Steigerung von über 100 % von April bis November auf im Augenblick ungefähr 3 000 Fahrzeuge. Die Lärmbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner ist tagsüber und nachts unerträglich. Frau Kipping hat darauf zu Recht hingewiesen, dass die Anwohner befürchten, dass die Lkw-Flut mit der Eröffnung des weiteren Abschnitts der A 17 am 22. Dezember noch weiter zunehmen wird. Für die Zukunft wird sogar ein Anstieg auf 5 000 Lkws erwartet.

Ich bitte Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, machen Sie sich das einfach einmal klar, bevor Sie mit Ihrer wirtschaftspolitischen Grundsatzüberzeugung über diese Sorgen und Nöte der Anwohnerinnen und Anwohner hinweggehen!

(Beifall bei den GRÜNEN und der PDS)

Der Antrag der Koalition ist unehrlich. Er geht davon aus, dass mit der Fertigstellung der A 17 der Schwerverkehr auf die Autobahn umgelenkt wird. Sie haben schon den Bau der A 17 mit Ihrer angeblichen Entlastungswirkung gerechtfertigt. Mittlerweile haben Vertreter des Wirtschaftsministeriums – ich glaube, es war der hier sehr gut bekannte Dr. Rohde – in öffentlichen Veranstaltungen zugegeben, dass die Autobahn A 17 die B 170 eben nicht vom Schwerverkehr entlasten wird. Der Antrag ist auch deshalb unehrlich, weil die Staatsregierung selbst laufend neue Grenzübergänge für Lkws fordert. Herr Hamburger hat es heute wieder getan. Im Übrigen hat es auch Herr Ministerpräsident Milbradt bei einer Bürgerversammlung in Ulberndorf getan. Wofür brauchen wir eigentlich neue Grenzübergänge für Lkws, wenn die alle angeblich in Zukunft auf der A 17 fahren werden?

Der Antrag der Koalition ist auch halbherzig, denn er nennt nicht alle Ziele dieser Arbeitsgruppe, die eingesetzt werden soll. Insbesondere vermissen wir das Ziel eines Nachtfahrverbotes für Lkw. Vielleicht ist es Ihnen nicht aufgefallen: Wir vermissen auch die Einbeziehung der Bürgerinitiativen auf deutscher und tschechischer Seite. Daran denken Sie wohl überhaupt nicht mehr?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Johannes Lichdi, GRÜNE: Ja, ich gestatte.

Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte, Herr Morlok.

Sven Morlok, FDP: Im Antrag der PDS ist von einem praktikablen Anmelde- und Informationssystem die Rede. Können Sie das bitte einmal in groben Zügen skizzieren?

Johannes Lichdi, GRÜNE: Herr Kollege Morlok, ich fürchte, dazu ist meine Zeit nicht ausreichend. Mir stehen hier fünf Minuten zur Verfügung.

(Höhnisches Lachen bei der CDU)

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass es ähnliche Systeme am Brenner gibt und dass ähnliche Systeme auch bei den Alpen diskutiert werden.

Herr Morlok, hören Sie mir bitte zu – ich glaube, es ist auch üblich, dass man stehen bleibt –; Herr Morlok, vielleicht wissen Sie es nicht, aber es ist auch so, dass wegen der Feinstaubbelastung – Frau Kollegin Kipping hat es angesprochen –, die an manchen Orten an der B 170 zu erwarten sein wird, in Italien, in Österreich richtiggehend Fahrverbote und Fahrverbote für Schwerverkehre angeordnet werden. – Ich weiß nicht, war das jetzt die Antwort?

(Heiterkeit)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Lichdi, Sie entscheiden selbst, ob das die Antwort war.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Prof. Porsch.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Bitte.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Ich sage es gleich, Frau Präsidentin: Es sind drei ganz kleine Fragen – und diesmal wirklich ganz kurz.

Erstens: Es ist Ihnen sicher bekannt, dass es in Österreich ein funktionierendes Nachtfahrverbot gibt.

Zweitens: Ist Ihnen bekannt, dass in Österreich viele Straßen vom Transitverkehr freigehalten werden, indem nur Ziel- und Quellverkehr zugelassen wird? Und das wird kontrolliert.

Drittens: Könnten Sie das bitte den Damen und Herren sagen?

(Heiterkeit und Zurufe)

Johannes Lichdi, GRÜNE: Ich danke Ihnen, Herr Kollege Porsch. Sie haben sicher bessere Kenntnisse über Österreich als ich; vielen Dank.

Ich würde jetzt gern mit Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit – das gilt auch für Sie von der FDP-Fraktion – fortfahren. Sie wollen ja gar kein Nachtfahrverbot – angeblich, weil keine Ausweichstrecke zur Verfügung steht. Tatsächlich haben Sie die bestehende Alternative, nämlich die Rollende Landstraße, erfolgreich abgewickelt. Sie haben die Rollende Landstraße – dies gilt für die alte Staatsregierung – immer als Übergangs- und Auslaufmodell behandelt und dafür gesorgt, dass die RoLa kein wirtschaftliches Erfolgsmodell werden kann. Sie waren geradezu stolz, die RoLa zum 1. Mai dieses Jahres endlich einstellen zu können, ja, Sie haben sogar noch mehr

getan: Sie haben sofort die Spezialwagen verschrotten lassen, so dass eine Wiedereinrichtung wieder richtig Geld kostet.

Ein Punkt, der im PDS-Antrag fehlt. Offensichtlich fehlen auch die personellen Ressourcen, um die bestehenden Verkehrsregelungen durchzusetzen. Dies gilt vor allem für die Geschwindigkeitsbegrenzungen, die durchaus vorhanden sind, aber gerade im Nachtverkehr eben nicht eingehalten werden.

Es ist im Übrigen festzustellen, dass viele Lkws ohne Winterausrüstung fahren und dann am Steilstück Baukahre vor Altenberg hängen bleiben und stundenlang den Verkehr blockieren. Hier appelliere ich an die Staatsregierung, dass sie dort wenigstens für Abhilfe sorgt, damit zumindest die bestehenden Verkehrsregelungen tatsächlich eingehalten werden.

Herr Staatsminister Jurk, Sie sind als Verkehrsminister auch für die Gesundheit und die Lebensqualität der Anwohner an der B 170 verantwortlich. Ich bin gespannt, wie Sie Ihre Wahlkampfversprechen einlösen wollen.

Wir werden dem PDS-Antrag zustimmen und sehr genau beobachten, wie schnell und wie erfolgreich die Arbeitsgruppe tatsächlich auch wirksame Maßnahmen vorschlagen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich schaue zur Regierungsbank. – Bitte, Herr Staatsminister Jurk.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wäre sehr froh – gerade auch im Interesse der betroffenen Menschen, der Anwohner an der B 170 –, wenn ich Ihnen heute die Lösung des Problems präsentieren könnte. Das ist nicht so einfach, das kann man eben nicht. Der Redner der FDP hat eben auf die Schwierigkeiten auch im Umgang mit unseren Wählerinnen und Wählern aufmerksam gemacht.

Die Staatsregierung verkennt keinesfalls die mit der Zunahme des Schwerverkehrsaufkommens auf der B 170 verbundene Belastung für die Bürger der anliegenden Gemeinden. Damit komme ich konkret zum PDS-Antrag: Eine Kontingentierung des Lkw-Verkehrs ist jedoch nicht praktikabel. Insbesondere wäre von dieser Entscheidung auch der gesamte regionale Verkehr Sachsens betroffen, da eine gerechte Differenzierung zwischen grenzüberschreitendem und landeseigenem Lkw-Verkehr nicht möglich ist. Derzeit bestehen leider keine Möglichkeiten, auf der B 170 verkehrsbeschränkende Maßnahmen anzuordnen.

Ich will dies kurz begründen. Unverzichtbare Voraussetzungen für die verkehrsrechtliche Anordnung eines Verbotes oder eine Beschränkung für den Lkw-Verkehr auf der Grundlage des § 45 der Straßenverkehrsordnung sind das Vorliegen einer konkreten Gefahrensituation sowie das Vorhandensein einer geeigneten und zumutbaren Umleitungsstrecke. An der B 170 wurden in den letzten Jahren erhebliche Baumaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs durchgeführt, so dass im juristischen Sinne eine konkrete Gefahrenlage nicht vorliegt. Ebenso ist eine geeignete Umleitungsstrecke für die B 170 nicht vorhanden und ich weise ausdrücklich darauf hin: Wenn Sie den Verkehr von der B 170 umleiten, dann werden Sie auch wiederum andere Grenzübergänge belasten. Wenn man sich dafür einsetzt, dass mehrere Grenzübergänge für den Lkw-Verkehr geöffnet werden, dann heißt das auch, dass wir eine Zwischenlösung anstreben. Aber eine angemessene Alternativstrecke steht erst mit der Fertigstellung der A 17 zur Verfügung. Man geht bei Schätzungen davon aus, dass der grenzüberschreitende Lkw-Verkehr damit etwa um 75 % von der B 170 entlastet wird.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Ja.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Lichdi, bitte.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Herr Staatsminister, stimmen Sie mir zu, dass eine konkrete Gefahrensituation im Sinne des § 45 Straßenverkehrsordnung dann vorliegt, wenn die zulässigen Grenzwerte – beispielsweise nach der 16. oder nach der 22. Bundes-Immissionsschutzverordnung – überschritten werden? Stimmen Sie mir darin zu oder nicht?

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Juristisch haben wir das geprüft und wir können es leider so nicht anerkennen, wie Sie es gerade versucht haben darzustellen.

Die Gemeinden Bannewitz und Altenberg haben bereits im Juni dieses Jahres versucht, eine verkehrsrechtliche Anordnung gerichtlich durchzusetzen. Die Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Weißeritzkreis sollte verpflichtet werden, ein Nachtfahrverbot anzuordnen. Aus den von mir bereits dargestellten Gründen wurde dies durch das Verwaltungsgericht Dresden mit Beschluss vom 22.10.2004 abgelehnt. Aus Sicht der Staatsregierung kann aus dem Vorschlag, an Stau- und Gefahrenschwerpunkten bzw. an zentralen Kreuzungen in Gemeinden an der E 55, also der Europastraße B 170, Webcams zu installieren und die Bilder im Internet aktuell in Echtzeit zu präsentieren, kein nennenswerter Nutzen abgeleitet werden.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Staatsminister, es gibt wieder eine Zwischenfrage.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Bitte schön.

Katja Kipping, PDS: Herr Staatsminister, weil Sie die juristische Prüfung gerade angesprochen haben: Ab dem 1.1.2005 tritt ja nun noch die neue EU-Richtlinie für Feinstaub mit neuen Grenzwerten in Kraft. Haben Sie denn da schon von Ihrem Haus aus geprüft, ob ab 1.1.2005 die Grenzwerte entlang der B 170 die neuen

Grenzwerte übersteigen? Sehen Sie da nicht juristischen Handlungsbedarf?

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Frau Kipping, selbstverständlich werde ich Wert darauf legen, dass die EU-Richtlinien eingehalten werden. Dazu muss man das entsprechend messen und dann kann man prüfen, ob die Grenzwerte eingehalten werden oder nicht. – Ich kann mich dazu gern noch einmal erkundigen, aber es gibt sicherlich entsprechende Messungen, über die man Sie, wenn das Ergebnis vorliegt, informieren kann.

Ich komme weiter zu den Fragen der Information über die Befahrbarkeit der B 170. Dem Nutzer der B 170 stehen bereits vielfältige Möglichkeiten über das Radio und das Internet zur Verfügung. Insoweit kann sich jeder bei Interesse über das aktuelle Verkehrsgeschehen auf der B 170 informieren.

Weiterhin stehen der sicherheitstechnischen Überwachung öffentlicher Plätze auch datenschutzrechtliche Belange entgegen, auf die ich hinweisen möchte. Auch die Verhängung eines Nachtfahrverbotes in der Zeit von 00:00 Uhr bis 05:00 Uhr ist aus den von mir bereits vorgetragenen Gründen nicht möglich. Zudem würde sich der Schwerverkehr von durchschnittlich 2 400 Fahrzeugen in 24 Stunden noch stärker auf die beschränkungsfreien Zeiten konzentrieren. – Kollege Hamburger hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir nicht das Problem der Stoßzeiten haben, sondern dass der Verkehr kontinuierlich rollt. Das hieße im Übrigen, wenn ich das Nachverkehrsverbot durchsetze, dass ich dann Spitzen bekommen werde, unter anderem im morgendlichen Verkehr, und das, glaube ich, wäre eine noch größere Belastung.

Der Grenzübergang Altenberg/Cinovec ist derzeit aufgrund seiner geografischen Lage der mit Abstand wichtigste Übergang zwischen Sachsen und Tschechien. Die B 170 – ich habe darauf hingewiesen – ist Bestandteil der Europastraße E 55. Diese Funktion und das völkerrechtlich verbindliche Deutsch-Tschechische Abkommen vom 18. November 1996 lassen eine zeitliche oder mengenmäßige Einschränkung nicht zu. Eine Abfertigungsbeschränkung bzw. eine Kontingentierung des grenzüberschreitenden Verkehrs scheidet somit aus rechtlichen und praktischen Erwägungen aus.

Nun bin ich ein Mensch, der nicht nur fragt, was nicht geht, sondern der danach fragt, was geht; deshalb werden wir einige Maßnahmen im nächsten Jahr vorsehen, die zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen sollen. Insbesondere ist in Ortslagen der Bau von drei verkehrsabhängigen lichtsignalgesteuerten Fußgängerüberwegen geplant. Vorgesehen sind diese in Schmiedeberg, Rabenau sowie Bannewitz. Die Realisierung erfolgt im Frühjahr 2005. Die Zustimmung durch das Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Wohnen ist bereits mit Schreiben vom 11.11.2004 erfolgt.

Zusätzlich sind im Jahre 2005 umfangreiche Erhaltungsmaßnahmen in Form von Deckenerneuerung entlang der B 170 geplant. Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer sind ebenfalls für 2005 vorgesehen. Ich denke dabei insbesondere an den Bau eines Radweges im Abschnitt Obercarsdorf bis südlich Dippoldiswalde. Die Finanzierung ist über das Radwegebundesprogramm gesichert.

Am 1.9.2004 gab es eine gemeinsame Verkehrsschau von Wirtschaftsministerium, Innenministerium, RP Dresden, Landratsamt, Straßenbauamt und Polizei mit einer Befahrung. Die Ergebnisse dürften auch Herrn Lichdi in gewisser Hinsicht zufrieden stellen, weil es weitere gemeinsame Verkehrskontrollen geben soll, in deren Vordergrund die Benutzung von Winterreifen stehen dürfte. Außerdem hat man sich auf die Entschärfung weiterer Unfallhäufigkeitsstellen verständigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Haus ist für alle praktikablen Vorschläge offen. Unabhängig davon bedarf es mit Sicherheit einer grenzüberschreitenden Gesamtkonzeption für den Schwerlastverkehr. Mir wäre es sehr lieb – das will ich in einem Land, in dem es sehr viele Standorte des Waggonbaus und des Schienenfahrzeugbaus gibt, ausdrücklich sagen –, wenn es uns politisch gelingen würde, mehr Güter von den Straßen auf die Schienen zu bekommen. Ich glaube, erst dann kann man das Problem richtig in den Griff bekommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich frage, ob es zur Drucksache 4/0062 weiteren Redebedarf gibt? – Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich die PDS-Fraktion, das Schlusswort zu halten. Frau Abg. Kipping.

Katja Kipping, PDS: Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hamburger, ich glaube, Sie unterschätzen die neue EU-Richtlinie für Feinstaub, wenn Sie sagen, es gebe nichts Neues. Wir haben damit eine neue Grundlage für eine Klage; diese ist bereits in Arbeit. Falls wir der neuen Richtlinie widersprechen bzw. gegen sie verstoßen, kommen saftige Vertragsstrafen auf uns zu. Die verkehrseinschränkenden Maßnahmen, die in Bezug darauf von den einzelnen Behörden vorgeschlagen werden, haben sich gewaschen. Sie werden sich noch nach den eher zahmen Vorschlägen der PDS sehnen, wenn wir das Problem erst einmal auf dem Tisch haben.

Bei allem Respekt, Herr Hamburger – es ist ein bisschen verkehrte Welt, wenn Sie mir vorwerfen, dass sich nichts getan hat und dass es in puncto B 170 nichts Neues gibt.

(Beifall bei der PDS)

Es war Ihre Fraktion, die jahrelang den zuständigen Staatsminister gestellt hat! Es war vor allen Dingen Ihre Fraktion, die sich gegen die PDS-Initiative, die Rollende Landstraße zu verlängern, gewehrt hat. Heute reden Sie von der Rollenden Landstraße, die von Hamburg bis nach Budapest verlaufen solle. Wer hat denn schon vor vielen Jahren, zu Beginn der alten Legislaturperiode, einen entsprechenden Antrag eingebracht? Die PDS-Fraktion! Wer hat diesen Antrag abgelehnt? Die CDU-Fraktion! Das will ich nicht gegenseitig aufrechnen; aber es ist nicht hinnehmbar, wenn einem Dinge vorgeworfen werden, die nicht der Realität entsprechen.

Frau Raatz, keine Angst! Wir haben uns nicht von der Rollenden Landstraße verabschiedet. Aber man muss noch ein paar Sachen für Änderungsanträge übrig lassen, die Sie dann mit Ihrem Koalitionspartner aushandeln können.

Herr Morlok, Sie haben nach dem praktikablen Anmeldesystem gefragt. Wenn man sich mit Leuten von Toll Collect unterhält, wird eines sehr deutlich: – –

(Heiterkeit bei der FDP)

– Dass nicht jedes Unternehmen so perfekt ist, darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten.

Es steht fest, dass im Zuge des Mautsystems neue Bordeinheiten eingebaut werden, mit denen solche Sachen sehr leicht möglich wären. Wir können uns Fachleute aus Österreich, wo es recht unbürokratisch und unproblematisch abläuft, in den Ausschuss einladen. Mir ist nicht bekannt, dass aufgrund des Nachtfahrverbots und anderer Einschränkungen in Österreich die dortige Wirtschaft am Boden liegt.

Herr Morlok, Sie haben große Skepsis gegenüber dem Arbeitskreis geäußert. Ich kann eine grundsätzliche Skepsis gegenüber Arbeitskreisen verstehen. Wenn man aber dieses Thema nicht nur mit Reden im Landtag bearbeitet hat; wenn man vor Ort war und mit den Leuten in der Kommune und von der Regierung gesprochen hat; wenn man immer wieder versucht hat, Lösungsansätze voranzubringen, dann muss man feststellen: Ein Grundproblem in Bezug auf diese Frage ist die zum Teil sehr komplexe Zuständigkeitslage. Das, was an einer Stelle besprochen wird, wird an anderer Stelle wieder konterkariert. Deswegen ist ein Arbeitskreis zu diesem Punkt eine gute Sache; denn alle sitzen an einem Tisch, sind gezwungen, sich zu einigen, und stehen unter größerem Erfolgsdruck.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Kipping, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Katja Kipping, PDS: Aber bitte!

Sven Morlok, FDP: Frau Kipping, Sie haben das System Toll Collect angesprochen. Glauben Sie angesichts der Erfahrungen mit Toll Collect, dass das System vor Fertigstellung der A 17 betriebsfähig wäre?

(Heiterkeit bei der FDP)

Katja Kipping, PDS: Für diese Frage bin ich die falsche Adresse; sie müsste an die Bundesregierung weitergeleitet werden. Dass wir immer für ordentliche Kontrolle sind, wenn Großaufträge vergeben werden, steht wohl außer Frage. Normalerweise ist es die FDP, die uns angreift, wenn wir große Unternehmen, die Gelder aus öffentlichen Mitteln bekommen, stärker kontrollieren wollen.

(Holger Zastrow, FDP: Was?)

Meine Damen und Herren! Trotz aller Kontroversen in der Debatte nehme ich mit Freude zur Kenntnis, dass der PDS-Antrag eine katalysierende Wirkung auf die Regierungskoalition hatte. Zumindest wird die Bildung eines Arbeitskreises angeregt. Dieser steht allerdings in der Bringepflicht.

Ich bedauere es, dass die wirklich Erfolg versprechenden Maßnahmen, Maßnahmen, die eine zeitnahe Lösung versprechen, zum Beispiel ein Nachtfahrverbot, leider an den Bremsklötzen innerhalb der CDU scheitern.

(Beifall bei der PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Wir kommen wir Abstimmung über die Drucksache 4/0062. Ich schlage Ihnen vor, über die Punkte I und II getrennt abzustimmen, weil es zu Punkt II einen Änderungsantrag gibt. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Dann frage ich Sie: Wer kann Punkt I der Drucksache 4/0062, Antrag der PDS-Fraktion, zustimmen? Ich bitte um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei Dafürstimmen ist Punkt I dennoch mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich bitte die Fraktionen von CDU und SPD um die Einbringung ihres Änderungsantrags. Herr Abg. Hamburger.

Georg Hamburger, CDU: Frau Präsidentin, ich erlaube mir die Einbringung von hier aus vorzunehmen. Über die wesentlichen Inhalte und Intentionen des Änderungsantrags habe ich in meinem Debattenbeitrag gesprochen. Wenn ich die Ergänzung von Frau Kollegin Dr. Raatz zu Punkt III hinzunehme, dann ist in der gebotenen Kürze alles zum Änderungsantrag gesagt.
Ich möchte die Drucksache 4/0325 hiermit förmlich einbringen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich danke Ihnen. – Frau Kipping, bitte.

Katja Kipping, PDS: Ich möchte in aller gebotenen Kürze zum Änderungsantrag Stellung beziehen. Ich habe bereits gesagt: Das ist besser als gar nichts. Neben dem lyrischen Unterschied, dass die einen von einem Arbeitskreis bzw. einer Arbeitsgruppe und die anderen von einem ressortübergreifenden Stab sprechen, gibt es einen inhaltlichen Unterschied: Die PDS-Fraktion will mit ihrem Antrag die Bürgerinitiativen einbeziehen. Das halten wir für den weitergehenden Punkt. Wir werden deswegen nicht gegen Ihren Antrag stimmen. Da wir aber meinen, dass die Einbeziehung der Bürgerinitiativen wichtig ist, können wir uns zu diesem Punkt nur der Stimme enthalten.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es weiteren Redebedarf? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Drucksache 4/0325, Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion. Ich frage nach den Dafürstimmen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei einer reichlichen Anzahl von Stimmenthaltungen und einer überwiegenden Mehrheit von Dafürstimmen ist dieser Änderungsantrag angenommen worden.

Damit ist Punkt II der Drucksache 4/0062 ersetzt.

Wir können diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 14

Nachträgliche Genehmigungen gemäß Artikel 96 Satz 3 der Verfassung des Freistaates Sachsen zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen

Drucksache 4/0254, Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Ich frage dennoch, ob ein Abgeordneter das Wort dazu wünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wünscht der Berichterstatter, Herr Pfeifer, das Wort?

(Wolfgang Pfeifer, CDU: Nein!)

– Das ist auch nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Nun stimmen wir über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 4/0254 ab und ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der Drucksache 4/0254 einstimmig zugestimmt worden.

Wir können den Tagesordnungspunkt beenden.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 15

Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse – Sammeldrucksache –

Drucksache 4/0273

Ich frage die Fraktionen, ob dazu das Wort gewünscht wird? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Demzufolge können wir zur Abstimmung kommen.

(Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE, steht am Mikrofon.)

– Entschuldigung, Herr Dr. Gerstenberg, bitte.

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Frau Präsidentin! Ich bitte um Einzelabstimmung über die beiden Drucksachen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gut. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Drucksache 4/0055. Wer gibt der Beschlussempfehlung des Ausschusses seine Zustimmung? – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei einer Anzahl Gegenstimmen und Stimmenthaltungen ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 4/0055 zugestimmt.

Ich rufe auf die Drucksache 4/0058 in der Form der Beschlussempfehlung des Ausschusses. Wer kann dieser Beschlussempfehlung zustimmen? – Danke schön. Wer ist dagegen? – Danke. Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Stimmenthaltungen und Stimmen dagegen ist dennoch diese Beschlussempfehlung des Ausschusses angenommen.

(Dr. André Hahn, PDS: Leider!)

Damit können wir diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 16

Beschlussempfehlungen und Berichte zu Petitionen – Sammeldrucksache –

Drucksache 4/0272

(Unruhe im Saal)

– Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie noch einige wenige Minuten um Ruhe.

Ich frage Sie zunächst, ob einer der Berichterstatter zur mündlichen Ergänzung der Berichte das Wort wünscht. – Das kann ich nicht erkennen. Ich frage Sie, ob es den Wunsch von Fraktionen gibt, zu einzelnen Petitionen dieser Drucksache zu sprechen. Sie hätten die Möglichkeit, das im Umfang von zehn Minuten je Fraktion zu tun. – Das kann ich auch nicht erkennen. Demzufolge können wir zur Abstimmung kommen.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 99 Abs. 7 der Geschäftsordnung stelle ich hiermit zu den Beschlussempfehlungen die Zustimmung des Plenums entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest, es sei

denn, es wird ein anderes Stimmverhalten angekündigt. Uns liegt nichts vor, ich kann auch nichts erkennen.

Entschuldigung, ich habe etwas vergessen. Sie möchten bitte die Berichtigungen zu Beschlussempfehlungen zur Kenntnis nehmen. Diese sind Ihnen in der vorliegenden Zusammenstellung zur Drucksache 4/0272 kenntlich gemacht worden. Wenn Sie das getan haben, können wir die Sammeldrucksache abschließen, da kein anderes Stimmverhalten angezeigt war. Damit ist der Sammeldrucksache insoweit im Sinne von § 99 Abs. 7 der Geschäftsordnung durch den Landtag zugestimmt und wir können den Tagesordnungspunkt beenden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Tagesordnung der 4. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages ist abgearbeitet. Das Präsidium hat den Termin für die 5. Sitzung auf morgen, Freitag, den 10. Dezember 2004, 10:00 Uhr, festgelegt. Die Einladung und die Tagesordnung dazu liegen Ihnen bereits vor. Wir können an dieser Stelle die 4. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages schließen.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Nachhauseweg.

(Schluss der Sitzung: 19:36 Uhr)

HERAUSGEBER
Sächsischer Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden

HERSTELLUNG
Sächsisches Druck- und Verlagshaus AG
– SDV – Tharandter Straße 23–27, 01159 Dresden,
Tel. (03 51) 4 20 30 · Fax 4 20 32 60
Bankverbindung: Stadtsparkasse Dresden
Kto.-Nr.: 345 031 772 BLZ: 850 551 42